Merſeburger Korreſpondent

Erſcheint täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis monatlich 2,20 Mark, fällig bei Abholung frei Haus. **Abholerkarte** wöchentlich 53 Goldpfennig. **Poſtbezug** monatlich (Nachforderungsrecht vorbehalten). **Einzelnummer** 10 Goldpfennig, bei 8 Seiten 15 Goldpfennig, Sonnabends 20 Goldpfennig.
Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr uſw.) hat der Bezieher keinen Anſpruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreiſes.
Geſchäftshaus: Kleine Ritterſtraße 3.
Mitglied des Vereins Deutſcher Zeitungsverleger (Eingetragener Verein) Kreis Mitteldeutſchland.

Neueſte Nachrichten
für Stadt und Kreis Merſeburg
Amtsblatt der Stadt Merſeburg
mit den wöchentlichen Beiblättern Das Leben im Bild, der Unterhaltungsbeilage Am häuslichen Herd
und dem zwanglos erſcheinenden Chroniſt von Merſeburg

Anzeigenpreiſe: Für den achtgeſpaltenen Millimeterraum 7 Goldpfennig; im Reklameteil 28 Goldpfennig; für Chiffreanzeigen und Nachweiſungen 21 Goldpfennig Aufſchlag. — Bei Umrechnung in Papiermark iſt der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgeblich. — Familienanzeigen beſonders ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzvorſchrift ohne Verbindlichkeit. Belegnummer wird berechnet.
Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags.
Fernruf: Redaktion 324, Geſchäftsſtelle 486.
Poſtſcheckkonto: Leipzig 39 078.

Nr. 141 — Mittwoch den 18. Juni 1924 — 50. Jahrg.

Deutſchland und der Völkerbund.

Ein Teil der Rechtspreſſe vergnügt ſich damit, das Kabinett Herriot zum Kabinett Nollet umzutauſen und mit Nollet ganz genau ſo innenpolitiſche Argumente zu ſchaffen, wie ſie vorher mit Poincare gemacht werden konnten. Man möchte aber lieber empfehlen, aus dieſer Eingeſponnenheit in engſte Parteipolitik herauszutreten und ſich die Dinge anzuſehen, um die es ſich heute wirklich handelt.

Dazu gehört vor allem die Tatſache einer wiederholten Gleichzeitigkeit und Gleichartigkeit engliſcher und franzöſiſcher Kundgebungen. Die Äußerungen über die Konferenz vom Sonntag ſind ſo taktmäßig aus London und Paris gekommen, die Kommentierung der Ernennung Nollets iſt in den „Times" ſo genau und wortgetreu nach dem Muſter der gleichzeitigen Meldung des „Matin" gearbeitet, daß man an lange vereinbarte gemeinſame Schachzüge, an ein verſtändnisvolles Spiel mit verteilten Rollen denken muß. Es iſt ja auch nicht zu vergeſſen, daß für Macdonald das Kabinett Herriot und für Herriot das Kabinett Macdonald zu den innenpolitiſchen Vorausſetzungen der Autorität vor ihrem eigenen Lande gehören. Ganz abgeſehen von der teilweiſen Gleichartigkeit der Programme und der (in der Politik mit Vorſicht zu behandelnden) Ideale, die Macdonald und Herriot bisher verkündet haben.

Es konnte alſo kaum mehr wundernehmen, daß am Spätabend des Montag ſich wieder eine ſolche demonſtrative Gleichzeitigkeit ereignete. Mac Donald hat nämlich eine Anfrage im Unterhaus über das Verhältnis Deutſchlands zum Völkerbund faſt wörtlich ſo beantwortet, wie ſich Herriot einem amerikaniſchen Journaliſten gegenüber im gleichen Thema geäußert hatte. Der Zufall oder die Abſicht fügte es, daß die Unterredung mit dem amerikaniſchen Journaliſten genau zu der Zeit den Weg in die internationale Preſſe fand, zu der der engliſche Parlamentsbericht der Montag-Sitzung auf Draht gelegt wurde.

Der Inhalt der beiden Äußerungen iſt: „Deutſchland hat bisher kein Geſuch um Aufnahme in den Völkerbund eingereicht. Das iſt bedauerlich. Es iſt klar, daß der Völkerbund durch Aufnahme Deutſchlands ſeinen eigentlichen Zielen näher gebracht wird. Im Völkerbund iſt die Stimmung für Aufnahme Deutſchlands. Deutſchland ſoll nicht nur in den Völkerbund aufgenommen werden, ſondern auch einen Sitz im Völkerbundrat erhalten. Wenn alſo bisher kein deutſches Geſuch vorliegt, ſo würden wir es (wir heißt jeweils Herriot oder Macdonald) ſehr begrüßen, wenn ein ſolches Geſuch käme."

Statt ſich gegenſeitig über die Bedeutung Nollets rein innenpolitiſche Vorhaltungen zu machen, ſollte die deutſche Preſſe jetzt ohne Unterſchied der Parteirichtung ſich mit den Problemen beſchäftigen, um die es wirklich geht. Und dazu gehört die engliſch-franzöſiſche Einheitsfront ebenſo wie dieſe direkte Aufforderung zum Eintritt in den Völkerbund.

Denn nichts anderes als eine ſolche Aufforderung ſtellen die beiden gleichzeitigen Äußerungen Herriots und Macdonalds dar. Die Aufnahme in den Völkerbund geſchieht durch einſtimmigen Beſchluß der Mitglieder. Bisher mußte man damit rechnen, daß Frankreich den Eintritt Deutſchlands in den Völkerbund durch ein einfaches Nein unmöglich machen würde. Gegen Ende der Regierungszeit Poincarés ſchien in dieſer Beziehung auf Grund der Tätigkeit Macdonalds ein Wandel geſchaffen; aber man mußte beſorgen, daß Deutſchland zwar in den Völkerbund aufgenommen würde, praktiſch aber doch ausgeſchaltet bliebe, da kein Platz im Völkerbundrat zur Verfügung geſtellt würde. Der Völkerbundrat iſt die Exekutive und das eigentliche Herz des Völkerbundes; er war bisher zuſammengeſetzt aus den Vertretern der großen Ententemächte und aus wechſelnden Vertretern der kleinen Staaten. Dadurch war der Völkerbundrat zu einem Inſtrument der Entente geworden. Inzwiſchen iſt aber ſchon durch den engliſchen Völkerbundsdelegierten Parmoor der Vorſchlag gemacht worden, im Völkerbundsrat neben der für Amerika offen gelaſſenen Stelle noch zwei weitere für Deutſchland und Rußland zu ſchaffen. Mit ſolchen neuen Beſetzungen würde natürlich der Charakter des Völkerbundrats völlig verändert werden, und der Völkerbund hörte auf, eine intime Vereinsſitzung der Unterzeichner des Verſailler Vertrages zu ſein.

Man wird zugeben, daß jetzt die Schaffung einer vernünftigen außenpolitiſchen Front der deutſchen Preſſe für uns eine Lebensfrage iſt. Das gegenſeitige In-die-Luft-Argumentieren nützt nichts, verdunkelt für den Zeitungsleſer die wirklichen Vorgänge in der Welt und läßt den Gegner ungewollt tiefe Einblicke in deutſche Verhältniſſe und Intereſſen tun. Das iſt einer der Gründe, weshalb wir bisher auf Konferenzen immer ſo ſchlecht abgeſchnitten haben: weil wir nicht nur keine Preſſevorbereitung hatten, ſondern weil das, was die Preſſe ſchrieb, geradezu Materialſammlung für den Gegner war. Hoffen wir, daß bei den jetzt bevorſtehenden Entſcheidungen eine neue Methode gewählt wurde. Die Frage des Völkerbundes iſt für uns ebenſo wichtig wie ſie es für Öſterreich war, als dort die Sanierung begann. Wenn tatſächlich ein Sitz im Völkerbundrat für Deutſchland offen ſtünde, dann fiele eines der bisherigen Eintrittshinderniſſe weg. Für die übrigen Hinderniſſe mag jetzt die gründliche Überlegung angeſtellt werden, ob es vorteilhafter iſt, außerhalb der Höhle des Löwen zu ſein oder in ihr deſſen Bewegungen aus der Nähe verfolgen zu können. Eine Debatte darüber könnte uns jetzt weiter führen, weil in abſehbarer Zeit eine Entſcheidung an uns herantreten wird.

Völkerbund und Militärkontrolle.

Genf, 18. Juni. (T.U.) In ſeiner geſtrigen Vormittagsſitzung befaßte ſich der Völkerbundsrat mit dem Antrag der engliſchen Regierung, die in den Friedensverträgen von St. Germain, Neuilly und Trianon vorgeſehene **Kontrolle über die militäriſchen Rüſtungen Öſterreichs, Bulgariens und Ungarns** dem Völkerbund zu übertragen. Der franzöſiſche Delegierte wies darauf hin, daß mit der Übertragung der Militärkontrolle der obigen drei Friedensverträge **auch für den Vertrag von Verſailles ein Präzedenzfall geſchaffen** werde und daher auch aus dieſem Grunde die Angelegenheit genau geprüft werden müßte. Der Rat nahm in zwei Reſolutionen die beiden Vorſchläge auf Einſetzung einer Juriſtenkommiſſion zur Prüfung der Beſtimmungen und die zweite auf Übrtragung an die ſtändig beratene Militärkommiſſion des Völkerbundsrates an.

Der Regierungskurs in Frankreich.

Teil-Amneſtie für die Ruhr- und Rheinopfer. — Vorerſt keine Räumung des Ruhrgebiets.

Paris, 18. Juni. (WTB.) Die Regierungserklärung, die geſtern in der Kammer vom Miniſterpräſidenten Herriot und im Senat vom Juſtizminiſter Renault im Anſchluß an die Botſchaft des Präſidenten verleſen wurde, ſagt, daß die Regierung im Innern wie nach außen nur ein Ziel kennt, Frankreich in der Arbeit und durch den Fortſchritt den Frieden zu geben, den es ſo ſehr verdient, zunächſt den moraliſchen Frieden. Wir ſind zwar entſchloſſen, keinen Botſchafter beim Vatikan aufrechtzuerhalten und das Geſetz über die geiſtlichen Orden durchzuführen, aber das alles in keiner Weiſe aus dem Gedanken der Verfolgung und Intoleranz heraus. Der Gedanke des Laientums, wie wir ihn auffaſſen, ſcheint uns eine Gewähr für die nationale Einheit und Brüderlichkeit; deshalb iſt es unſer Ehrgeiz, Frankreich den ſozialen Frieden zu geben.

Die Erklärung kündigt an, daß die Regierung noch heute einen großen Amneſtieentwurf einbringe, der nur Verräter und Fahnenflüchtige ausſchließe und der die Wiedereinſtellung der beim Streik 1920 entlaſſenen Eiſenbahnarbeiter betreiben werde. Das Ermächtigungsgeſetz ſoll unverzüglich aufgehoben werden. Die Regierungserklärung ſtreift die Dezentraliſation der Verwaltung, das Gewerkſchaftsrecht der Beamten, die Wiedereinführung der Arrondiſſementswahlen mit gewiſſen Verbeſſerungen, ferner die endgültige geſetzgeberiſche Vereinigung Elſaß-Lothringens mit dem alten Frankreich und die Aufhebung des Generalkommiſſariats an ſowie eine Bekämpfung der Mißbräuche im ehemaligen Kampfgebiet. Nichtsdeſtoweniger ſoll das franzöſiſche Werk weiter durchgeführt werden.

Die Erklärung verſpricht die Aufrechterhaltung des Achtſtundentages. Die Regierung wünſche die baldige Ratifizierung der Waſhingtoner und Genfer Arbeitskonvention. Sie werde den Frauen-, Kinder- und Mutterſchutz ausdehnen müſſen. Die Produktion ſoll mit allen Mitteln entwickelt werden. Die Staatsinduſtrien ſeien zu moderniſieren, aber nicht zu beſeitigen. Der Wert des franzöſiſchen Kolonialreiches ſoll voll erſchloſſen werden. Die Hauptträger der Produktion, die Arbeiter und Bauern hätten ein Recht auf Schutz im Alter und in Fällen von Arbeitsloſigkeit, Krankheit und Arbeitsunfähigkeit, aber dies ſei nicht möglich ohne eine Entwickelung des Unterrichts, der von dem Einfluß des elterlichen Beſitzes freigemacht werden müſſen. Das ganze Programm der Regierung laſſe ſich ohne eine ſtraffe Finanzgebahrung nicht verwirklichen. Sie werde daher das Gleichgewicht im Budget verlangen. Die Einkommenſteuer ſoll durch ſtrenge Kontrolle zur Grundlage eines wahrhaft demokratiſchen Finanzgebahrung gemacht werden.

Sodann geht die Erklärung auf die

Außenpolitik und die Sicherheiten Frankreichs

ein. Herriot führte aus, daß auf militäriſchem Gebiet eine Herabſetzung der aktiven Dienſtzeit beabſichtigt ſei, die aber ſo ausgeführt werden müſſe, daß Frankreich dadurch in keinem Augenblick geſchwächt werde. Herriot weiſt ausdrücklich jeden Gedanken an Annexionen und Eroberung zurück. Die Regierung werde mit Feſtigkeit die im Friedensvertrag niedergelegten Rechte Frankreichs verteidigen, das Anſpruch auf Reparationen habe und die ſie im Namen der Gerechtigkeit verlange. **Sobald Deutſchland hinſichtlich der Reparationen und der Sicherheit ſein Verhalten mit dem Friedensvertrag in Einklang gebracht habe, werde es ihm völlig freiſtehen, in den Völkerbund einzutreten. Die Regierung ſei**

gegen die Politik der Iſolierung, und der Gewalt,

die zu territorialen Beſetzungen und zu Pfandmaßnahmen führe. Angeſichts der Notwendigkeit, nicht allein Frankreich, ſondern alle Völker gegen eine neue Offenſive des nationaliſtiſchen Alldeutſchtums zu ſchützen, hält die Regierung es

nicht für möglich das Ruhrgebiet zu räumen,

bevor die Pfänder mit wirkſamen Garantien für die Durchführung konſtituiert und den zu ihrer Verwaltung beſtimmten internationalen Organiſationen übergeben ſeien. Die Regierung halte ferner eine gemeinſame Überwachung der Entwaffnung Deutſchlands durch die Alliierten und ſobald wie möglich durch die Kontrolle des Völkerbundes für nötig. Das Sicherheitsproblem ſoll durch Garantiepakte gelöſt werden, die ebenfalls der Kontrolle des Völkerbundes unterſtellt ſeien ſollen. Frankreich werde mit allen Mitteln für einen aufrichtigen und dauerhaften Frieden arbeiten. Seine Regierung werde nach beſten Kräften bei allen Völkern den demokratiſchen Geiſt ermutigen, auf den ſie ſich ſelbſt berufe. Der Völkerbund und alle internationalen Einrichtungen zum Zwecke der Sicherung oder des ſchiedsgerichtlichen Ausgleiches ſollen befeſtigt werden. Die Regierung werde eine **Verſtärkung der Bande zwiſchen Frankreich, ſeinen Alliierten und ſeinen Freunden erſtreben.** Mit ihrer Hilfe ſollen dann Garantien der Sicherheit gewährleiſtet werden, die der Sachverſtändigenbericht vorſieht. Frankreich werde aber gegenüber jenen Deutſchen, die den Revanchegeiſt und den monarchiſtiſchen Geiſt nähren, keinen Schutz kennen. Es wünſche, daß die deutſche Demokratie ſich kräftige, und ſei ſchon jetzt zu Maßnahmen des Wohlwollens bereit. In dieſem Zuſammenhang gibt Herriot die Erklärung über die

Begnadigungsmaßnahmen zugunſten eines Teiles der Gefangenen und Ausgewieſenen.

Der Strafaufſchub, der von den Beſatzungsbehörden gewährt worden iſt, wird in eine endgültige Begnadigungsmaßnahme umgewandelt werden. Auch auf die politiſchen Verurteilten, ausgenommen die wegen Anſchlägen, die gegen die Sicherheit unſerer Truppen verübt worden ſind, wird die Amneſtie angewandt werden. Für die kleinen Beamten und Angeſtellten, die nur auf Anweiſung gehandelt haben, werden die Ausweiſungsbefehle zurückgenommen werden. Gewiſſe ſchwere Fälle werden beſonders geprüft. Beſſer als alle Worte werden dieſe Beſchlüſſe beweiſen, daß, wenn die deutſche Regierung ihrerſeits die für die loyale Durchführung des Sachverſtändigenberichtes erforderlichen Arbeiten beſchleunigt, die franzöſiſche Regierung den Bemühungen in Deutſchland ſich mit Entſchloſſenheit den Weg der Demokratie und des Friedens betritt, entgegenzukommen vermag.

Er kam ſchließlich auf die Beziehungen Frankreichs zu Rußland zu ſprechen und teile mit, daß Frankreich ſchon heute die Wiederaufnahme der normalen Beziehungen zu Rußland vorbereite. Sie ſolle unter den Bedingungen erfolgen, die der Reſpekt vor den Verträgen gebiete. Zuvor müßten aber zur Berückſichtigung der franzöſiſchen Intereſſen gewiſſe Vorſichtsmaßnahmen getroffen und Informationen geſammelt werden, mit deren Einziehung bereits begonnen ſei.

Als erſter Interpellant ſprach der Kommuniſt Cachin. Er erklärte u. a.: Der Sachverſtändigenplan werde ebenſowenig wie alle anderen das Reparationsproblem löſen, und ſeine wahrhaftige Bedeutung beſtehe darin, Deutſchland und hierauf Frankreich unter die Herrſchaft der angelſächſiſchen Plutokratie zu bringen. Danach ſprach Rollin von der republikaniſchen Union, der erklärte: Wenn Herriot nicht nach London gehe, müſſe er an ihn die Frage richten, unter welchen Bedingungen er den Frieden von Verſailles ausführen laſſen wolle. Herriot müſſe klar zum Ausdruck bringen, daß die Regierung nicht auf die Wacht am linken Rheinufer verzichte. Nach dieſer Rede wurde die Sitzung gegen 6 Uhr abends unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte der ehemalige Vorſitzende der Reparationskommiſſion Dubois, man müſſe mit der Reparationskommiſſion die Frage der interalliierten Schulden behandeln, ſonſt werde man Frankreich der Gefahr ausſetzen, den Alliierten eine Milliarde mehr bezahlen zu müſſen, als es von Deutſchland erhalten habe. Hierauf wurde die weitere Debatte auf Donnerstag vertagt.

*

Rückkehr von St. Ré.

Paris, 18. Juni. (T.U.) Auf Grund des vor einigen Tagen zwiſchen der deutſchen und der franzöſiſchen Regierung getroffenen Abkommens ſind geſtern 30 Deutſche, die zu Zwangsarbeit durch das Mainzer Kriegsgericht während der Ruhrunruhen verurteilt worden ſind, in Paris von der Inſel St. Martin de Ré kommend, eingetroffen, um nach rheiniſchen Gefängniſſen weitergeleitet zu werden.

Der Widerhall der Rede in Berlin.

Berlin, 18. Juni. (Drahtmeldung unſerer Berliner Schriftleitung.) Zu der Regierungserklärung Herriots liegen irgendwelche offiziellen oder offiziöſen Äußerungen der Regierung noch nicht vor. Es beſteht aber Grund zu der Annahme, daß die Erklärung Herriots über die teilweiſe Amneſtierung der Ruhrgefangenen in allernächſter Zeit zu diplomatiſchen Schritten der Reichsregierung führen werde. In politiſchen Kreiſen iſt man im übrigen nicht gerade über die Rede entzückt, hält aber die Erklärung über die Räumung des Ruhrgebietes, ſobald das Sachverſtändigengutachten unter Dach und Fach gebracht ſei, für einen Fortſchritt gegenüber der Politik Poincarés. Im übrigen iſt bei der Beurteilung der Rede nicht zu vergeſſen, daß Herriot bei ſeiner Rede einige Rückſicht auf die Rechte nehmen mußte. Andererſeits hat die Erklärung auch keine Enttäuſchung bereitet, da man im weſentlichen den Standpunkt Herriots kannte.

Letzte Meldungen.

Vor den Londoner Beſprechungen.

Paris, 18. Juni. (Radiopreſſedienſt.) Der engliſche Delegierte im Völkerbund, Lord Parmoor, trifft heute vormittag in Paris ein. Er wird heute eine Unterredung mit Herriot haben. Die Unterredung Herriots mit dem belgiſchen Miniſter für Auswärtige Angelegenheiten, Hymans, findet um ½12 Uhr ſtatt. Der „Petit Pariſien" ſchreibt darüber, auf dieſe Weiſe werde die belgiſche Regierung über die Gedanken unterrichtet, die Herriot Macdonald zu unterbreiten gedenke.

London, 18. Juni. (Radiopreſſedienſt.) Der Brüſſeler Berichterſtatter der „Times" meldet: In belgiſchen Miniſterkreiſen herrſche der Eindruck, daß eine Einigung zwiſchen den Alliierten der Reparationsfrage ziemlich leicht hergeſtellt werden könne. Man ſei jedoch der Anſicht, daß die Löſung des Sicherheitsproplems ſchwieriger ſein werde.

London, 18. Juni. (Radiopreſſedienſt.) Der diplomatiſche Vertreter des „Daily Telegraph" ſchreibt: Wenn Herriot, wie es in franzöſiſchen Kreiſen heiße, die Abſicht haben ſollte, die britiſche Regierung, um die Zuſage zu bitten, daß Großbritannien im Falle eines neuen Verzuges ſeitens Deutſchlands, Bezahlung der Frankreich von Deutſchland geſchuldeten Summe zu erzwingen oder jedenfalls ſicherzuſtellen, ſo werde die franzöſiſche Regierung verſuchen, an Stelle eines Pfandes oder militäriſcher Sanktionen eine Art finanzielle Garantie zu ſetzen. Dies werde einen wichtigen Punkt aufwerfen und es werde ſchwierig ſein, davon das Problem der Kriegsſchulden loszutrennen, das vorläufig beiſeite geſtellt worden ſei.

Erhöhung der unteren Beamtengehälter?

Berlin, 18. Juni. (T.U.) Wie wir erfahren, wird ſich das Reichskabinett in ſeiner heutigen Sitzung mit der kürzlich erfolgten Erhöhung der Beamtengehälter, die am 1. 6. erfolgte, befaſſen. Die Neuregelung wird bekanntlich von den Organiſationen ſcharf bekämpft, da nach ihrer Auffaſſung die Gehälter der unteren Beamtengruppen nicht genügend erhöht worden ſind. Wie es heißt, beabſichtigt die Reichsregierung, die Grundgehälter der Beſoldungsgruppen 1—6 einer Erhöhung zu unterziehen, Beſchlüſſe darüber ſind aber noch nicht gefaßt worden.

Schweres Straßenbahnunglück.

Iſerlohn, 18. Juni. Durch Verſagen der Bremſe rannte geſtern ein Wagen der Straßenbahn gegen die Schlieperſche Kettenfabrik. Der Wagen wurde vollſtändig zertrümmert. Bisher wurden 15 Tote geborgen und 30 Schwerverletzte feſtgeſtellt.

Um die Militärkontrolle.

Bekanntlich haben uns die Alliierten vor Pfingſten eine neue Note in Sachen Militärkontrolle geſandt, in der im inneren Widerſpruch zu der ſchon vor langer Zeit gegebenen Zuſage eines Abbaues oder gar einer völligen Aufhebung der Kontrolle neue Unterſuchungsmaßnahmen in Ausſicht geſtellt wurden. Es iſt ganz unzweifelhaft, daß dieſe Note die innere Lage bei uns nicht gerade erleichtert. Man entſinnt ſich noch der unerfreulichen Zwiſchenfälle, die ſich dauernd an die Beſichtigungen durch die fremdherrlichen Kommiſſionsmitglieder knüpften, und es iſt noch in aller Gedächtnis, wie bedenklich dadurch immer wieder die Beziehungen zum Auslande gefährdet wurden. Die letzte Note der Alliierten iſt nun noch nicht beantwortet worden, man ſpricht vielmehr von Gegenſätzen innerhalb des Kabinetts, woran zum mindeſten ſo viel wahr ſein dürfte, daß ſich die Reichsregierung zur Zeit eingehend mit der Formulierung der Antwort beſchäftigt. Einerſeits ſteht es feſt, daß die etwa beſtehenden Ausſichten auf eine Löſung der Reparationsfrage nicht zerſtört werden dürfen, und andererſeits nimmt man bei uns im Lande mit Recht den Standpunkt ein, daß es auf militäriſchem Gebiete bei uns nichts mehr zu unterſuchen gibt. Die Note der Alliierten iſt ja denn auch im letzten Grunde nur durch die unglückſelige Methode der ſogenannten „Deutſchen Tage“ und ähnliche Bekundungen eines irregeführten Nationalismus verurſacht worden. Dieſem Umſtande muß man auch im Auslande Rechnung tragen, wie man auf unſerer Seite zu berückſichtigen hat, daß die Lebensintereſſen der beſetzten Gebiete allem anderen vorangehen.

Außenpolitiſche Überſicht.

Die italieniſche Kriſe.

Die Tragweite der Mordaffäre Matteotti reicht über die eines politiſchen Mordes hinaus. Das Kabinett hat Muſſolini die Freiheit gegeben, jede Umgeſtaltung vorzunehmen, der Kampf zwiſchen Muſſolini ſelbſt und den faſziſtiſchen Parteigrößen ſcheint in vollem Gange zu ſein. Die Kabinettsumbildung ſoll nicht nur die nichtfaſziſtiſchen Mitglieder der Regierungsmehrheit mit heranziehen, ſondern auch die kleineren linksliberalen Gruppen der Oppoſition umfaſſen. Muſſolini will alſo eine Koalitionsregierung mit den Kreiſen um Giolitti, Salandra und Orlando machen, mit den einſtigen Zielſcheiben der faſziſtiſchen Angriffe. Denn mit Ausnahme der Sozialiſten ſind gerade dieſe Linksliberalen, als Vertreter des alten Parlamentarismus; den Faſziſten beſonders verhaßt geweſen. Es iſt eine Wendung von ſtärkſter Art, wenn jetzt Muſſolini die Regierung nicht mehr auf den Faſzismus allein gründen will, und wenn er damit gleichzeitig dem Geheimbundcharakter ſeiner eigenen Partei entgegentritt. Im Grunde weiß man die eigentliche Urſache dieſer Wendung in Italien noch immer nicht; die Enthüllungen, die Matteotti ankündigte, ſind ihrem Inhalt nach nicht bekannt, und man weiß auch nicht, welche faſziſtiſchen Kreiſe aus Furcht vor dieſen Enthüllungen den Mord veranlaßten. Man weiß nur, daß die Partei, die mit der Parole „Reinigung des öffentlichen Lebens“ ihre Erfolge gehabt hat, heute durchaus nicht rein daſteht und von ihrem gefeierten Führer ſelbſt nicht gedeckt wird.

Die engliſche Arbeiterpartei zur Matteotti-Affäre.

London, 18. Juni. (Radiopreſſedienſt.) „Daily Telegraf“ berichtet, daß eine Entſchließung der Fraktion der Arbeiter-Partei bezüglich der Ermordung Matteottis in Anweſenheit und ohne Widerſpruch des Staatsſekretärs des Äußeren, Ramſey Macdonalds und anderer führender Mitglieder des Kabinetts einſtimmig angenommen worden iſt. In parlamentariſchen Kreiſen wird großes Erſtaunen über die Entſchließung ausgedrückt, da der Ton der Entſchließung von der italieniſchen Regierung wahrſcheinlich als verletzend angeſehen werden wird.

Die Frage der Deutſchen Minderheiten in Polen vor dem Völkerbundsrat.

Genf, 18. Juni. (T.U.) Die 29. Tagung des Völkerbundsrates iſt geſtern nachmittag zu Ende gegangen, nachdem noch vorher die Saarfrage und die Frage der Deutſchen Minderheiten in Polen zur Beratung ſtand. Was die Frage über die deutſche Beſchwerde über die Verhinderung der zollfreien Einfuhr deutſcher Waren nach dem Saargebiete betrifft, beſchloß der Rat, dieſe Angelegenheit auf die nächſte Ratstagung im Auguſt zu vertagen. — In der Frage der Entſchädigung der aus Polen ausgewieſenen Deutſchen, hob der Berichterſtatter für dieſe Frage, der braſilianiſche Delegierte Danlas hervor, daß inzwiſchen bei Umgehung des Völkerbundes in dieſer Angelegenheit zwiſchen der deutſchen und der polniſchen Regierung nach langwierigen Verhandlungen eine Verſtändigung zu ſtande gekommen iſt, wonach 500 Deutſche mit zuſammen 2,7 Millionen Goldfranken durch die polniſche Regierung entſchädigt werden. Sollte ſich die Zahl der Anſpruchsberechtigten vermehren, ſo würde die Entſchädigungsſumme entſprechend erhöht werden. Der Rat nahm davon Kenntnis, daß die Frage über die Zuteilung der polniſchen Staatsangehörigkeit an deutſche Anſiedler in weiteren direkten Verhandlungen zwiſchen Deutſchland und Polen zu löſen geſucht werden ſoll, und die beiden Parteien einſtweilen von der Anrufung des Schiedsrichters von Kakenbeck abſehen wollen. — Die Deutſche Beſchwerde über verſchiedene Verletzungen einer früheren Vereinbarung, wonach Polen mit ſeinen Maßregelungen Deutſcher Anſiedler in Polen zurückhalten will, ſoll durch eine Verſtändigung oder einen Schiedsſpruch geklärt werden. Die nächſte Ratstagung findet Ende Auguſt vor der fünften Tagung des Völkerbundes ſtatt.

Deutſch-polniſche Differenzen.

Moskau, 18. Juni. (T.U.) Die polniſche Regierung wird demnächſt gegen die deutſche Kohlenkommiſſion Schritte unternehmen, die beſchloſſen hat, nur eine halbe Million Tonnen Kohlen abzunehmen. Nach dem Verſailler Vertrag ſoll Deutſchland dagegen drei Jahre nach der endgültigen Abgrenzung in Oberſchleſien Kohlen in der Menge der Vorkriegszeit, d. h. ungefähr 1 Million Tonnen beziehen.

Deutſchland.

Die nächſte Reichstagsſitzung.

Berlin, 18. Juni. Aus parlamentariſchen Kreiſen verlautet: Für die nächſte Reichstagsſitzung war der 24. Juni in Ausſicht genommen. Der Reichstagspräſident Wallraf wird an dieſem Termin feſthalten, obwohl auch Wünſche wegen Verſchiebung der Sitzung vorliegen. Der Präſident hat, um den Termin der Plenarſitzung zu beſtimmen, den Älteſtenrat des Reichstages auf Mittwoch nachmittag berufen, alſo auf heute.

Die deutſche Wirtſchaftskriſe.

Berlin, 18. Juni. Im Reichsarbeitsblatt wird für Mai das Einſetzen einer rückläufigen Bewegung auf dem deutſchen Arbeitsmarkt feſtgeſtellt. Die wirtſchaftlichen Wirkungen mangelnder Aufträge ſowie Kapital- und Kreditſchwierigkeiten machten ſich ſtark fühlbar.

München, 18. Juni. Wegen der drohenden Stillegung der bayeriſchen Bergwerke richtete die Bayeriſche Volkspartei eine Interpellation an die Regierung.

Schwere Zuchthausſtrafen für kommuniſtiſche Bombenwerfer.

Elberfeld, 18. Juni. (T.U.) Acht Kommuniſten hatten ſich geſtern vor dem Schwurgericht in Elberfeld gegen die § 6 und 8 des Geſetzes gegen den Gebrauch von Sprengſtoffen zu verantworten. Es handelt ſich um einen im November vorigen Jahres geplanten Bombenanſchlag auf ein Überfallkommando der Schutzpolizei. Der Staatsanwalt hielt alle angeklagten Perſonen für überführt im Sinne der Anklage und beantragte gegen ſie Zuchthausſtrafen von 5—7 Jahre, 2 Monate. Das Gericht ſprach zwei Angeklagte frei und verurteilte die übrigen zu hohen Zuchthaus- und Gefängnis-Strafen.

Die Notwendigkeit von Kolonien für Deutſchland

hat Reichsbankpräſident Dr. Schacht in der letzten Zeit wiederholt betont. Als Mann der Wirtſchaft ſtellt er dabei naturgemäß die wirtſchaftlichen Fragen, die ja auch die bedeutſamſten ſind, in den Vordergrund und als Leiter des deutſchen Bankweſens weiſt er insbeſondere auf den Zuſammenhang zwiſchen Kolonien und Währungsſtabiliſierung hin. In dieſer Beziehung hat er mit Recht darauf aufmerkſam gemacht, daß, wenn Deutſchland einen großen Teil der kolonialen Rohſtoffe in ſeinen eigenen Kolonien produzieren könnte, es nicht genötigt wäre, für dieſe Rohſtoffe fremde Valuta herzugeben; das aber würde der Feſtigung der Währung außerordentlich zugute kommen. Dieſes Argument verdient in der Tat von dem Auslande in recht weitem Umfange beachtet zu werden. Der große Nutzen, den die deutſche Wirtſchaft an und für ſich aus eigenen Kolonien ziehen würde, wird ja leider die anderen Staaten recht gleichgültig laſſen. An einer geſunden deutſchen Währung aber ſind ſie mit Rückſicht auf die Reparationszahlungen direkt beteiligt und ſie werden der Aufrollung des deutſchen Kolonialproblems günſtiger gegenüberſtehen, wenn ſie ſehen, daß ein Deutſchland mit Kolonien beſſer zahlen kann, als ein ſeiner Kolonien dauernd beraubtes Land.

Die Bergarbeitertagung.

Dresden, 18. Juni. (T.U.) In der Montagsſitzung der Bergarbeitertagung verteidigte der Verbandsvorſitzende Husmann-Bochum die Stellungnahme des Verbandes im Ruhrkampfe, kam dann auf die Lohnbewegung zu ſprechen und verurteilte ſchließlich die kommuniſtiſche Taktik, die die Gewerkſchaftsaktion unmöglich mache und den ruſſiſchen Kommunismus nach Deutſchland verpflanzen wolle. Die Kampfesweiſe der Kommuniſten errege Ekel und führe die Arbeiterſchaft nur ins Elend hinab. Weiter ſprach Martmöller-Bochum über ſozialpolitiſche Fragen, die Erwerbsloſigkeit, das Reichsknappſchaftsgeſetz, die Arbeitsverordnung über Bildungsbeſtrebungen und Schlichtungsfragen. In der Nachmittagsſitzung wurde eine Entſchließung angenommen, in der mit tiefſter Beſchämung u. höchſter Entrüſtung Kenntnis genommen wird von den unerhörten Angriffen, die während der gegenwärtigen Bergarbeiterkämpfe von kommuniſtiſchen Zeitungen und Flugblättern erhoben worden ſeien.

Auf dem demokratiſchen Beamtentag in Eiſenach

haben noch zwei Entſchließungen einſtimmige Annahme gefunden, die ſo bedeutſam ſind, daß ſie wörtlich wiedergegeben zu werden verdienen. Die erſte Entſchließung ſpricht ſich gegen Partikularismus und für Verwaltungsreform in Preußen wie folgt aus: „Der demokratiſche Beamtentag in Eiſenach hält den Kampf **für den dezentraliſierten nationalen Einheitsſtaat, gegliedert in Reichsprovinzen mit weitgehendſter Selbſtverwaltung für eine der wichtigſten Aufgaben der Deutſchen Demokratiſchen Partei. Sie hat jeden Verſuch einer Änderung der Reichsverfaſſung mit dem Ziele auf Schwächung der Reichsgewalt und Stärkung des Partikularismus ſcharf zu bekämpfen.** — Der Beamtentag hält die von der Preußiſchen Staatsregierung vorgeſchlagene kleinere Verwaltungsreform für völlig unbefriedigend. Er begrüßt die Anträge der Landtagsfraktion in Preußen auf Schaffung einer wirklichen Verwaltungsreform durch Stärkung der **Selbſtverwaltung in Gemeinden, Kreis und Provinz,** Zuſammenfaſſung der dann noch verbleibenden ſtaatlichen Aufſichts- und Verwaltungsaufgaben in der Provinzialinſtanz und Beſeitigung der Regierungen.“ Die zweite Entſchließung wendet ſich gegen die antirepublikaniſchen Beamten; ſie lautet: „Der demokratiſche Beamtentag erſucht die Reichstagsfraktion, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß gegen die Beamten eingeſchritten wird, die den von ihnen geleiſteten Eid auf die Verfaſſung als erzwungen, daher ungültig hinſtellen und dadurch das Anſehen der Deutſchen Republik untergraben.“

Provinz und Nachbarländer.

Aus unſerer Nachbarſtadt Halle.

30 000 Mark unterſchlagen.

† **Halle a. S.** Wie hieſige Blätter berichten, hat der Geſchäftsführer der Ortsgruppe Halle des Wehrwolfs, ein gewiſſer Zabel 30 000 Goldmark unterſchlagen und das Geld in leichtlebiger Geſellſchaft durchgebracht. Zabel iſt ſpurlos verſchwunden.

Maſſenausſperrung.

† **Sonneberg.** Die Spielwareninduſtrie Cuno und O. Dreſſel in Sonneberg hat 300 Arbeiter wegen Lohndifferenzen ausgeſperrt. Jetzt kündigen faſt alle Mitglieder des Unternehmerverbandes die Ausſperrung an. Es wurde bereits 4000 Arbeitern gekündigt.

Die Hauptverſammlung der Goethe-Geſellſchaft.

† **Weimar.** Zur Tagung der Goethegeſellſchaft ſind auch in dieſem Jahre zahlreiche Teilnehmer in Weimar zuſammengekommen. Die Hauptverſammlung begann mit einer Begrüßungsanſprache durch Profeſſor Dr. G. Röthe-Berlin. Er teilte mit, daß der 175. Geburtstag Goethes am 28. Auguſt dieſes Jahres von der Goethe-Geſellſchaft mit beſonderer Feier in Weimar begangen werden ſoll, deren Einzelheiten noch nicht feſtſtehen. Mit ſehr ſcharfen Worten wandte ſich Profeſſor Röthe gegen die Veranſtaltung einer landwirtſchaftlichen Ausſtellung im Goethepark. Der Park von Weimar ſei nicht die geeignete Stätte für derartige Veranſtaltungen. Der Bann ſei gebrochen, der bisher den Goethepark umgeben habe. Die Kulturſtätten von Weimar gehörten nicht nur den Weimaranern, ſondern der ganzen deutſchen gebildeten Welt. Im weiteren Verlauf der Beratungen gelangte eine Entſchließung zur Annahme, die gegen die Pietätloſigkeit, die in der Preisgabe großer Parkteile für jene Ausſtellung ſich zeigt, ſchärfſte Verwahrung einlegt. Den Jahresbericht der Geſellſchaft gab Dr. Bondorf-Weimar. Hervorzuheben iſt daraus, daß der Mitgliederbeſtand ſich gegenwärtig auf 6500 beziffert. Der Leiter des Goethe- und Schillerarchivs, Profeſſor Dr. J. Wahle, berichtete über dieſe Anſtalt die die Goethebibliothek. Er konnte von wertvollen Geſchenken an das Archiv Mitteilung machen, unter denen der geſamte ſchriftliche Nachlaß des in jungen Jahren verſtorbenen revolutionären Dichters Büchner und zwei am heutigen Tage des Archiv überlaſſene bedeutſame Briefe Goethes aus den Jahren 1775 und 1776 an Karl Auguſt, endlich ein Foliobogen mit Aufzeichnungen Goethes über die Burſchenſchaften aus dem Jahre 1822 beſondere Erwägung verdienen.

Ein rentabler Kaffeehausbeſuch.

† **Erfurt.** Am Montag zwiſchen 5½ und 6 Uhr nachmittags begab ſich die Beſucherin eines Kaffees am Kaiſerplatz auf die Toilette zum Händewaſchen. Sie legte ihre Brillantringe, die etwa 800 Mark wert ſind, auf die Glasplatte des Waſchbeckens, vergaß ſie jedoch beim Verlaſſen der Toilette wieder anzuſtecken. Als ſie ungefähr ½ Stunde ſpäter den Verluſt bemerkte und bei der Aufwartefrau nach den Ringen fragte, mußte ſie erfahren, daß die Rige bereits von einer anderen Perſon abgeholt waren. Die Aufwartefrau hatte die Ringe bemerkt und an ſich genommen. Einer anderen Frau hatte ſie erzählt, daß 2 Ringe liegen geblieben ſeien. Dieſe wollte gleich die Ringe mitnehmen, mit der Bemerkung, daß die Ringe einer Dame gehörten, die bei ihr am Tiſche ſitze. Die Aufwartefrau hatte die Herausgabe abgelehnt und gebeten, daß die Dame ſelbſt kommen möge. Kurz darauf erſchien auch tatſächlich eine 20jährige Frauensperſon mit ſchwarzem Haar, gebrannten Locken, und vollem rotem Geſicht, erklärte die Ringe für ihr Eigentum und ließ ſie ſich aushändigen.

Ausbrecher.

† **Eisleben.** Aus dem Gefängnis ausgebrochen ſind nachts drei Kommuniſten, die wegen Vergehens gegen das Schutzgeſetz inhaftiert worden waren. Es handelt ſich um den Arbeiter Walther und um den Kommuniſten Welbing, den Führer einer proletariſchen Hundertſchaft. Auffällig iſt, daß die Ausbrecher, trotzdem ſie mehrere Räume paſſieren mußten, um ins Freie zu gelangen, die Türen nicht erbrachen, noch irgendwie die Schlöſſer beſchädigt haben. Es muß daher wohl angenommen werden, daß den Flüchtigen durch Beſucher Schlüſſel zugeſteckt werden ſind, die ſie dann benutzten.

Der Nachtwächter als Spitzbube.

† **Zella-Mehlis.** Seit einigen Wochen wurden in der Fabrik von Jopp fortgeſetzt Diebſtähle ausgeführt, ohne daß es gelang, der Diebe habhaft zu werden. Nun ließen ſich einige Arbeiter zur Nachtzeit in dem fraglichen Raum einſchließen. Gegen 3 Uhr morgens erwiſchten ſie auch die Spitzbuben. Es waren 2 Arbeiter und — der Nachtwächter.

Das alte Mittſommerfeſt.

In den letzten Jahrzehnten, beſonders aber in der jüngſten Zeit, geht eine geſunde Bewegung durch unſer Volk, an alte zum Teil faſt vergeſſene, ehrwürdige Bräuche der Vorzeit wieder anzuknüpfen, in dem richtigen Gefühl, daß in ihnen eine große Menge unſerer völkiſchen Eigenart verankert iſt. Kein Tag im Jahre bietet dazu ſo reichliche Gelegenheit, wie der Tag der Sommerſonnenwende, an dem unſere Vorfahren das „Mittſommerfeſt“, oder wie der Tag ſpäter hieß, das „Johannisfeſt“, feierlich begingen. Sein Urſprung reicht bis in jene Zeiten zurück, als noch germaniſches Volkstum frei von fremden Einflüſſen die deutſchen Gaue bewohnte. Wenn die Sonne in ihrem höchſten Glanze ſtrahlte, und die Natur in vollſter Entwicklung ſtand, wenn die wogenden Kornfelder der Ernte entgegen reiften, dann beging man das Hochzeitsfeſt der Himmelskönigin Freya mit Odhin, dem Sonnengott. Dieſer Liebesbund galt als ein Symbol, der ſich alljährlich wieder vollziehenden Vereinigung zwiſchen Himmel und Erde. Zugleich aber huldigte man an dieſem Tage auch dem Beſchützer des Ackerbaues dem Gotte Donar, der im Gewitter einherfuhr und in deſſen Hand auch die Macht lag, mit feurigem Donnerkeil alle Erntehoffnung zu ſchanden zu machen.

Als dann die Lehre des Chriſtentums den germaniſchen Volksglauben bezwang, wurde aus dem Mittſommerfeſt der chriſtliche „Johannistag“, gefeiert zu Ehren Johannis des Täufers. Aber die alten Bräuche, zu feſt eingewurzelt in der Seele des Volkes, erhielten ſich weiter, Jahrhundert um Jahrhundert. Hierher gehören vor allen Dingen Johannisfeuer und Johannistänze. Des Sonnengottes Abbild waren die mit Lindenholz genährten Freudenfeuer, die man am längſten Tage, Sonnenwendelieder ſingend, umtanzte. War die ſüßduftende Linde doch Freyas Lieblingsbaum, mit ſeinen Zweigen ſchmückte man daher Wohnung und Verſammlungsſtätte. In die flackernden Holzſtöße aber, die man in der kürzeſten Nacht des Jahres zu Ehren der Götter entzündete, warf man zauberkräftige Kräuter, wie z. B. das Eiſenkraut, Ritterſporn und vor allen Dingen das Johanniskraut, damit die böſen Geiſter vertrieben und unſchädlich gemacht würden. Die Jugend ſchritt einen luſtigen Reigen um das Feuer und ſprang jubelnd durch dasſelbe hindurch; hatte es doch die göttliche Kraft vor Unglück und Krankheit zu bewahren. Das ganze Mittelalter hindurch blieben die alten Sitten überall lebendig und ſtanden in hohem Anſehen. Häufig erbat man ſogar von Kaiſer und Königen die Ehre, das Johannisfeuer in ihrer Gegenwart anzuzünden und die Biographen der Fürſten haben uns ſolche Gelegenheiten ausführlich beſchrieben. So zündete z. B. 1497 im Beiſein des Kaiſers Maximilian die ſchöne Suſanne Neitkard das Johannisfeuer mit einer Fackel an und tanzte dann mit dem Sohne des Kaiſers, Philipp von Burgund, den erſten Reigen um die Flamme.

Um 1573 ließ der Herzog von Liegnitz am Johannisabend ein Freudenfeuer auf dem Kynaſt halten, wobei er ſelbſt mit ſeinem ganzen Hof zugegen war. Am längſten erhielten ſich die Sonnwendfeiern in Nieder-Schleſien, Schwaben und Elſaß, und noch im Anfang des vorigen Jahrhunderts waren ſie in manchen Berggegenden ſtändige Einrichtungen. Eine Abart davon ſind die Johannisräder, man vergnügt ſich dabei mit dem Hinabrollen großer mit Pech getränkter Strohräder von Hügeln und Bergen.

Ein beſonderer Kreis von Sagen und Bräuchen hat ſich um das Johanniskraut (Hypericum perforatum) gebildet. Nicht nur das man bis in unſere Tage hinein mit Sträußen davon zur Sommerſonnenwende die Wohnung ſchmückte, weil ſie Krankheiten und Zaubereien abhalten ſollen, man träufelt auch einige Tropfen des im Fruchtknoten der Pflanze enthaltenen roten Saftes in Wien und gab es den Brautleuten beim Abendmal, ſowie lieben Angehörigen, die auf Reiſen gingen, zu trinken, als ein Mittel gegen Falſchheit und Krankheit. Dieſer Sitte wird übrigens in der altdeutſchen Literatur häufig Erwähnung getan im „Recodlieb“ und im „Ereck“ und auch Fiſchart und Grimmelshauſen ſchildern ſie in ihren Schriften. Sogar als Liebesorakel diente das Johanniskraut, die Maid, die gern wiſſen möchte, ob der heimlich Geliebte ihr wohlgeneigt iſt, braucht in der Johannisnacht nur unter Stillſchweigen zwei ungleiche Zweige der Pflanze zu pflückenund ſie in heimlichem Orte in eine Balkenritze zu ſtecken, nähern ſich die weiterwachſenden Zweige einander, ſo darf ſie auf die Erfüllung ihres Wunſches rechnen. Erwähnen wir zum Schluſſe noch die verſchiedenen Johannisgebäcke, die vielleicht als eine Erinnerung an die einſtigen Mittſommernachtsopfer aufzufaſſen ſind und der mannigfachen Zauberkräfte, die in den an den Johannistagen geſchnittenen Wünſchelruten wohnen ſollen, ſo haben wir den Kreis der aus dem Mittſommerfeſt herzuleitenden Sitten und Gebräuche ziemlich erſchöpft.

Wieder lohen die Feuer der Sommerſonnwende von vielen heimiſchen Bergen hinab in die Täler. Wieder umtanzt deutſche Jugend die Flammen und will ſich reinigen von all dem Greuel, das Winteröde in ihnen werden ließ. Das Bewußtſein von der Notwendigkeit wieder eins zu werden mit dem Geiſte unſeres Volkstums, hat ſie alle erfaßt. Denn es iſt ihnen klar geworden, das heilige Zukunftskräfte nur aus dem Quell einer geſunden Tradition entnommen werden können.

Edelmetallfunde im Harz. Neuerdings ſind im Harz Gold und Platin gefunden worden. Seit zwei Jahren wurde auf Grund wiſſenſchaftlicher Betrachtungen ſyſtematiſch danach geſucht. In der letzten Zeit ſind nun Funde gemacht worden, die zu den größten Hoffnungen berechtigen. In der Gegend von Thale ſind Vorkommniſſe entdeckt worden, deren Betrieb ſich weſentlich rationeller geſtalten dürfte. Wegen der Lockerheit der Subſtanzen und der geringen Höhe des Deckgebirges iſt die Möglichkeit eines Tagebaues naheliegend. Daß es bei den Funden ſich um Edelmetall handelt, ſah man ſchon oberflächlich an dem rötlich pfirſichartigen Glanze der Verwerfungen. Es handelt ſich nach dem eingeholten Gutachten um ein abbauwürdiges Vorkommen. Ein Gutachter äußerte ſich folgendermaßen: „Ich betone in aller Form, daß ich das Vorkommen des Edelmetalles im Harze unbedingt für wert erachte, es in ausſichtsreicher Form auszubeuten“. Bemerkenswert iſt, daß drei geologiſche Formationen, Aluvium, Diluvium und Tertiär, die hier übereinander gelegt ſind, von den Edelmetalllöſungen durchtränkt ſind. Hieraus iſt auf eine ſehr große Mächtigkeit des neu entdeckten Lagers zu ſchließen. Ein Schmelz hat 120 Gramm Silber und 140 Gramm Gold pro Tonne ergeben. Nach Schätzungen von Sachverſtändigen ſoll die obere Schicht allein 600 000 Tonnen ausmachen. In Anbetracht der Geldknappheit ſtellt ſomit das Vorkommen einen großen Wert dar.

Das älteſte Muſeum der Welt. In Nara, der früheren Hauptſtadt Japans, wo der Shoſoin, der kaiſerlich japaniſche Schatz, bewahrt wird, befindet ſich das älteſte noch beſtehende Muſeum der Welt. Dieſe Sammlung wurde im Jahre 756 unſerer Zeitrechnung vom damaligen Kaiſer Shomu gegründet und enthält etwa 3000 Gegenſtände, meiſt kunſtgewerbliche Arbeiten aus dem 8. und früheren Jahrhunderten, Holz- und Lackarbeiten, Möbel, Email, Bronzeſpiegel uſw. Eigentümlich iſt, daß dieſes Muſeum das ganze Jahr über geſchloſſen iſt. Nur im Frühjahr wird es zur Inventur geöffnet, die durch eine beſondere Kommiſſion unter dem Vorſitz eines höheren Staatsbeamten vorgenommen wird. Nur bei dieſer Gelegenheit iſt es einzelnen Fremden möglich, das Muſeum zu beſuchen.

Geſchmacksverirrung. Über ſehr ſeltſame Nahrungsmittel bei den ſüdamerikaniſchen Chuncho-Indianern berichtet der Naturforſcher E. Landenberger: Von einem gewiſſen Schauer wird man gepackt, wenn man die Chunchos, vor allem die Weiber und Kinder an das Flußufer hinabgehen und einen Stein nach dem anderen umdrehen ſieht. Unter den Steinen ſitzen häufig große, fette Larven und Tauſendfüßler, die die Indianer ſofort mit Entzücken in den Mund ſchieben. Auch Fliegen und Käfer, ſelbſt die kleinen Tierchen, die in ihren langen ſchwarzen Haaren gedeihen, ſah ich ſie verſchlingen. Und auch den Schnecken und kleinen Reptilien wird kein Pardon gewährt.

Die tſchechiſche Speiſekarte. Auſſig iſt eine deutſch-böhmiſche Stadt. Vor kurzem wurde dort eine Ausſtellung eröffnet, die eine Überſicht über das kulturelle und wirtſchaftliche Leben Deutſch-Böhmens bietet. Dieſe Ausſtellung hat die deutſch-böhmiſche Bevölkerung ohne jede Subvention durch die Regierung aus eigener Kraft ins Leben gerufen. Doch ſtellte ſich auch die tſchechiſche Regierung rechtzeitig mit einem Geſchenk ein, indem ſie nämlich knapp vor Eröffnung der Ausſtellung ſämtlichen Auſſiger Hotels, Kaffeehäuſern und Gaſthäuſern einen Erlaß zuſtellte, worin dieſe aufgefordert werden, die Speiſekarten in tſchechiſcher Sprache anzulegen und für tſchechiſches Bedienungsperſonal zu ſorgen. Die deutſchen Bauern, Gewerbetreibenden und Induſtriellen, die die Auſſiger Ausſtellung beſuchen, werden für dieſe Fürſorge der Regierung wenig Verſtändnis aufbringen

Merſeburg und Umgegend.

18. Juni.

(Weitere Lokalnachrichten auf Seite 7).

Schlagſahne!

Endlich iſt ſie wieder da! All die ſüßen kleinen Mädchen werden Stammgäſte in den Kaffees und Konditoreien. Damit iſt zugleich inem dringendem Bedürfnis abgeholfen, denn wer wird einer Bitte der buntbemützten Jugend: „Mein gnädiges Fräulein, darf ich Sie zu einem Windbeutel einladen?" unzugänglich bleiben. Gegenüber dieſer ſüßen Ausſicht. Da ſchmilzt auch der Widerſtand der Widerſpenſtigen.

Nun ſchimpfe mir keiner auf unſere wohllöbliche Regierung! Gerade jetzt in der Erdbeerzeit ſcheint ſie den Anforderungen der Natur gerecht werden zu wollen, denn zu Erdbeeren gehört Schlagſahne. Aber leichtſinnig war ſie doch, ſie hätte für die erſte Zeit eine Rationierung vorſchreiben müſſen, aber man kann wohl das Zutrauen zu den Ärzten haben, daß ſie dem Anſturm der Magenpatienten gewachſen ſein werden.

*

** **Perſonalnachricht.** In die hieſige Regierung, Abt. III, iſt der Forſtaſſeſſor Karl Paulus eingetreten.

** **In einigen Anlagen unſerer Stadt** macht ſich die beſſernde Hand bemerkbar. Einfaſſungszäune und -Gitter ſind erneuert, oder, wie auf dem kleinen Damm, Weg und Abhänge wurden durch entlanggezogenen Draht getrennt. Das iſt ſehr zu begrüßen, denn manche Anlagen befanden ſich in recht traurigem Zuſtand. Schuld daran iſt zumeiſt die Jugend, die unbekümmert um den Schaden den ſie anrichtet, einfach die Beete und Raſenflächen betrat, die Einfriedigungen überkletterte oder gar ganz beſeitigte. Bei den Anlagen vor der Turnhalle in der Brauhausſtraße und den ſonſt ſo ſchönen Raſenbeeten am Damm und an der Klia war das leider nur zu oft zu bemerken. Erwachſene ſollten ſolche Kinder ſtreng zur Rede ſtellen und ſie auf das Ungehörige aufmerkſam machen. Auch ein ernſtes Wort in der Schule iſt ſehr wirkungsvoll. Wenn Knaben auf den Bäumen und im Gebüſch der Anlagen herumklettern oder Zweige abbrechen, ſo verdienen ſie eine ganz nachdrückliche Strafe und jeder Einſichtsvolle iſt mit verantwortlich, daß ſolche Ungezogenheiten unterbleiben. Man mache nur einmal den Anfang damit und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

** **Blumenſchmuck vor den Fenſtern** iſt in verſchiedenen Straßen wieder zu ſehen. Das iſt ein erfreuliches Zeichen und beweiſt, wie wir auch hierin wieder einer Geſundung entgegen gehen. Gerade alte Häuſer können, wenn die Fenſter Blumenſchmuck tragen, ein überaus freundliches Anſehen erhalten. Nicht bloß der Anblick des Hauſes gewinnt dadurch, ſondern auch das Straßenbild wird ungemein belebt. Auf den Inhaber der Wohnung kann der Vorübergehende nun günſtige Schlüſſe ziehen, denn wer Blumen liebt und ſie pflegt, verrät ein ſinniges Gemüt und bekundet, daß ihm an einer freundlichen Häuslichkeit etwas gelegen iſt. Vor dem Kriege war in unſerer Stadt ein guter Anfang mit dem Häuſerſchmuck durch Blumen gemacht. War doch ſogar ein Wettbewerb veranſtaltet, und Preiſe wurden ausgeſetzt. Es wäre zu begrüßen, wenn das damals begonnene Unternehmen jetzt wieder aufgenommen und fortgeſetzt würde. Es kann unſerer Stadt und der Bürgerſchaft nur zur Ehre und Zierde gereichen.

** **Falſche Reichsbanknoten über 10 Billionen Mark.** Von den in letzter Zeit ausgegebenen Reichsbanknoten über 10 Billionen Mark mit dem Datum des 1. Februar 1924, die ihren Schutz in einem natürlichen Waſſerzeichen — Eichenlaub mit Kreuzdorn in ornamentaler Verarbeitung darſtellend — und in den im Papierſtoff eingebetteten Pflanzenfaſern tragen, ſind Fälſchungen aufgetaucht, die als ſolche an dem Fehlen oder der mangelhaften Nachahmung der Echtheitsmerkmale — Waſſerzeichen und Pflanzenfaſern — unſchwer zu erkennen ſind. Vor Annahme dieſer Fälſchungen wird gewarnt. Den beſten Schutz vor der Annahme von Falſchſtücken bietet die Kenntnis des Ausſehens und der Beſchaffenheit der echten Noten. Für die Aufdeckung von Falſchmünzerwerkſtätten und dahin führende Angaben zahlt die Reichsbank hohe Belohnungen.

** **Sommerkurſus über Agrar- und Bodenpolitik.** Die Fragen der inneren Koloniſation und Grundbeſitzverteilung werden in der Zeit vom 20. bis 26. Juli im Oſtſeebad Neuendorf auf Wollin in ihren volkswirtſchaftlichen, innen- und außenpolitiſchen Zuſammenhängen und Verhaftungen in einem von der Pommerſchen Demokratiſchen Partei veranſtalteten Kurſus verarbeitet werden. Vorträge werden halten Dr. h. c. Damaſchke, Prof. Dr. Franz Oppenheimer, Oberlandesgerichtsrat Dr. Höpker-Aſchoff, Regierungs-Landmeſſer Meincke-Merſeburg, Staatsminiſter Rönneberg, Abg. Dr. Schreiber und Landwirtſchaftsminiſter Dr. Wendorf. Die Freunde einer geſunden Entwicklung unſerer Außenpolitik und unſerer Arbeitnehmer-, Mittelſtands- und Bauernpolitik melden ſich bei der Geſchäftsſtelle der Deutſch-Demokratiſchen Partei in Halle, Leipziger Straße 21, zeitig zu dieſer Veranſtaltung an, die über die Provinz Pommern hinaus, Beachtung verdient.

** **Schupohilfe.** Die von Vertretern des Bergbaues, der Induſtrie, der Landwirtſchaft, der Banken und des Handels Mitteldeutſchlands im Jahre 1921 gegründete Schupohilfe hatte es ſich zur Aufgabe gemacht, die wirklich bedürftigen Hinterbliebenen der im Hölzputſch gefallenen Schutzpolizeibeamten zu unterſtützen, da die vom Staate hierfür zur Verfügung geſtellten Mittel unzulänglich waren. Nachdem in der Inflationszeit das aufgebrachte Kapital in nichts zerfloſſen war, haben die genannten Wirtſchaftszweige trotz der augenblicklich ſchweren Wirtſchaftslage neuerdings weitere Mittel aufgebracht, um wenigſtens die Bedürftigſten durch eine monatliche Rente zu unterſtützen mit dem beſonderen Hinweis, daß dieſe Unterſtützung auch den Hinterbliebenen der bei Böllberg gefallenen Schupobeamten zuteil werden ſoll. Die Wiederaufnahme dieſer Unterſtützungsaktion hat unter den Hinterbliebenen lebhafte Freude verurſacht.

** **Überſchwemmungsgefahr.** Wenn geſtern ein Steigen des Waſſers der Saale, Luppe und Elſter gemeldet wurde, ſo kann man dabei auf ganz ſonderbare Gedanken kommen. Eine alte Volksanſicht geht dahin, daß man ſagt, wenn der erſte Tag eines Monats ein Sonntag iſt, ſo ſtellt ſich in dieſem Monat Hochwaſſer ein. Der 1. Juni d. J. war ein Sonntag, und kaum ſind zwei Wochen vergangen, ſind die Flüſſe ſchon angeſchwollen. Iſt das mehr als ein Zufall? Faſt möchte man es glauben. Es iſt wie bei den Eisheiligen im Mai, die ebenfalls mit beharrlicher Bosheit ihr verderbliches Regiment ausüben. Solche alten Bauernregeln ſind doch nicht von der Hand zu weiſen, ſondern haben einen Kern von Wahrheit in ſich. Welcher Gelehrte der Wetterkunde will hier eine Deutung oder gar reſtloſe Aufklärung geben? Vielleicht hat der große Dichter Shakeſpeare doch recht, wenn er in ſeinem „Hamlet" ſchreibt: „Es geſchehen Dinge zwiſchen Himmel und Erde, die wir uns mit unſerer Schulweisheit nicht träumen laſſen." Das würde dann auch auf den Sonntagserſten und die Hochwaſſergefahr zutreffen.

** **Die Bautätigkeit.** Die frühere Richterſche Gärtnerei in der Chriſtianenſtraße, jetzt der Stadt gehörig, iſt zur Hälfte (nach der Altenburg zu) an die Firma Schlienz & Becker verkauft, die ein Wohnhaus dort aufzuführen beabſichtigt. Mit den Vorarbeiten iſt bereits begonnen.

** **Die Plakatſäule an der Ecke Schreiberſtraße—Unteraltenburg** iſt kürzlich wieder inſtandgeſetzt worden. Die breiten Riſſe im Fundament, die durch das Anfahren eines Fuhrwerks entſtanden waren, ſind ausgefüllt und die Säule ſelbſt wieder in ihren urſprünglichen Stand gerückt worden. Damit iſt einem Schönheitsfehler abgeholfen worden.

** **Der heutige Wochenmarkt** wies einen guten Beſuch auf. Das Hauptangebot beſtand in friſchem Gemüſe. Selbiges wurde in überaus reichlicher Menge angeboten. Ebenſo waren reichlich Erdbeeren vertreten. Die Preiſe waren gegenüber der Vorwoche ſtark zurückgegangen, pro Pfund von 65 Pfennig an. Kirſchen waren noch verhältnismäßig knapp. Der Preis betrug durchſchnittlich 30 Pfennig pro Pfund. Sehr gutes Angebot beſtand in Schoten und Stachelbeeren. Erſtere koſteten 30 Pfennig pro Pfund, letztere von 30 Pfg. an. In großer Anzahl hatten ſich wiederum Landfrauen mit Wurſtwaren eingefunden. Ihre Waren wurden gern gekauft. Das ſonſtige Angebot war das übliche: Fluß- und Seefiſche, Butter (Landbutter wie Molkereibutter reichlich), Eier, Käſe, Quark uſw. Auch waren reichlich Malta-Kartoffeln vertreten, Pfund 15 Pfg., Gurken ebenfalls gutes Angebot, Preiſe wie bisher. Auf dem Ferkelmarkt hatten ſich zahlreiche Händler eingefunden. Doch war die Nachfrage nach kleinen Borſtentieren nicht beſonders ſtark.

** **Ein bedauerlicher Unglücksfall** ereignete ſich geſtern abend gegen 6 Uhr in der Gotthardtſtraße Die etwa 13jährige Tochter Gertrud des Heilmagnetiſeurs Fuchs, Reinefartſtraße, ging über den Fahrdamm der Gotthardtſtraße, als gleichzeitig ein Heufuder entgegen kam. Das Mädchen wollte ausweichen, als plötzlich ein Auto auf der anderen Seite der Straße erſchien. Obgleich es ganz langſam fuhr und dauernd Warnungsſignale gab, muß das Kind dieſe überhört haben. Es wurde umgeriſſen und erlitt dabei mehrere Hautabſchürfungen. Durch das Auto wurde das Mädchen ſeinen Eltern zugeführt. Den Autoführer trifft keine Schuld. Der Vorfall hatte natürlich eine ganze Menge Leute angelockt, die den Fahrdamm abſchloſſen, ſo daß jeder Fahrverkehr unterbunden war. Das muß unbedingt unterbleiben. Der Fahrdamm muß unter allen Umſtänden freigehalten werden.

** **Guttemplerloge.** Donnerstag den 19. Juni abends 8 Uhr hält die hieſige Guttemplerloge Burgwart eine öffentliche Sitzung im Herzog Chriſtian ab, zu der auch Nichtmitglieder Zutritt haben. Es iſt darum jedermann Gelegenheit gegeben, die Arbeit der Loge kennen zu lernen. Die öffentliche Verſammlung am vorigen Sonntage, auf der Großtempler Blume aus Hamburg ſprach, hat bei vielen den Wunſch laut werden laſſen, eine ſolche Sitzung beſuchen zu dürfen. (Siehe Anzeige.)

Vom Halliſchen Stadttheater. Heute, Mittwoch „Die Fledermaus". Freitag „Bajazzo" und „Cavalleria ruſticana". Sonnabend „Der Halling". Hertha Reinecke vom Stadttheater wurde als Koloraturſängerin für zwei Jahre an das Nationaltheater Weimar verpflichtet. Johannes Verſteeg, der 1. Konzertmeiſter des Stadttheaters iſt, wie ſchon vor dem Kriege, zur Mitwirkung bei den Feſtſpielen nach Bayreuth berufen.

*

Das Amtsblatt der Stadt Merſeburg

enthält in heutiger Ausgabe eine Polizeiverordnung über die Desinfektion bei anſteckenden Krankheiten, eine Bekanntmachung des Magiſtrats über den Verkehr mit Milch, über Wertzuwachsſteuer und Beherbergungsſteuer und eine Verordnung des Bezirksausſchuſſes über Eintragungen in das Waſſerbuch.

*

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Verſammlung am 11. Juni.

Der erſte Vorſitzende Krüger eröffnete die Verſammlung.. Er dankte für das Vertrauen, das man ihm durch die Wahl zum erſten Vorſitzenden erwieſen habe. Das Reichsbanner gewinne immer mehr Mitglieder, in Halle zähle es bereits 1300 und in Magdeburg ſogar rund 7000. Hier ſei die Arbeit durch Extreme von links und rechts erſchwert. Er ermahne alle, mit aller Begeiſterung einzutreten für die Republik.

Als Redner des Abends war Herr Amtsleiter Fritz Renker-Halle vorgeſehen. Er war indeſſen dienſtlich verhindert; für ihn trat Dr. Berger ein mit einem Referat über die **Geſchichte der Reichsfarben Schwarz-rot-gold.**

Schwarz-rot-gold iſt das Banner der Verfaſſung von Weimar. An dem Tage, an dem die Abſtimmungen über die einzelnen Punkte der Weimarer Verfaſſung beendet waren, ging, während der Rede des Reichskanzlers Bauer, zum erſten Male das Banner mit den neuen Farben auf dem National-Theater hoch. Der Kanzler Bauer ſagte damals: „Wie unter der neuen Fahne gekämpft und gearbeitet wird, welche Geſinnung das neue Banner führen wird, darauf kommt es an . . ." — Seither iſt freilich weder die Weimarer Verfaſſung noch das Reichsbanner volkstümlich geworden. Man hat zu wenig amtlich für die Verbreitung getan. Ein Kampf gegen die Schwarz-weiß-rote Fahne hat durchaus nicht im Sinne der Geſetzgeber gelegen! Ein Beweis dafür iſt die amtliche Flaggentafel, die gezeigt wurde. Schwarzrotgold ſteht neben Schwarzweißrot! Jenes gibt auf dem Lande, letzteres zu Waſſer die amtlichen Reichsfarben. Man wollte damit in Weimar einen vernünftigen Uebergang von den alten zu den neuen Farben ſchaffen. Außerdem war für die Beibehaltung von Schwarzweißrot der Grund maßgebend, daß dieſe Farben für weite Sicht auf See berechnet ſind, während Schwarzrotgold in der Entfernung verſchwimmt. Beachtet man vollends die amtliche Kriegsflagge zur See, ſo gewahrt man auf ſchwarzweißrotem Grunde (mit kleiner ſchwarzrotgoldener Göſch) das Zeichen des Eiſernen Kreuzes; auch ein Beweis, daß man an die Tradition anknüpfen wollte, nicht ſie ausſchalten! Das gleiche gilt vom Wappenzeichen des Reichsadlers, den man in würdig vereinfachter Geſtalt beibehielt (nicht aber (wie etwa in Rußland) ſich ganz neue Hoheitszeichen ſchuf. Das alles ſind Beweiſe dafür, daß man mit den Hoheitszeichen der Weimarer Verfaſſung engen Anſchluß an die Geſchichte ſuchte.

Das gilt vor allem auch für die Farbenwahl ſchwarz-rot-gold; wäre die Geſchichte dieſes Hoheitszeichens bekannt, es würde gar keine Feindſchaft dagegen aufkommen können. Der Redner wies nun ausführlich nach, daß dieſe Farben als die alten deutſchen Farben gelten müſſen. Schon die Sturmfahne des alten heil. römiſchen Reichs deutſcher Nation zeigte dieſe Zuſammenſtellung: Schwarzer Adler mit roten Waffen im gelben Felde. Die Erinnerung daran hielt ſich. Jahn, der Erneuerer uralter Sitten und volkstümlicher Bräuche, macht die drei Farben unter den Turnern heimiſch. Die nationalgeſinnten Studenten nehmen ſie auf, und bei Kriegsausbruch 1813 waren ſie in der damaligen Jugendbewegung ſchon ſo heimiſch, daß das Lützowſche Freikorps ſie trug. 1815 erwählt ſie die deutſche Burſchenſchaft als Band- und Bannerfarben und wenn die damalige Jugendbewegung im Gegenſatz zum knechtenden Polizeiſtaat liberal-demokratiſch fühlte und das großdeutſche Ziel anſtrebte, ſo ward raſch auch im Bürgertum Schwarz-rot-gold das Symbol für dieſe Gedanken. Für dieſe Ideen müſſen in den Jahrzehnten von 1815 tauſende im Gefängnis und mit dem Tode büßen, als aber 1848 die Volksbewegung losbricht und ſchließlich zur Wahl des erſten geſamtdeutſchen Parlaments führt, erſcheint es ſelbſtverſtändlich, daß die deutſche Fahne nur ſchwarz-rot-gold ſein kann. Die Bewegung brach zuſammen, die großdeutſche Idee blieb lebendig und mit ihr die Farben. Als 1871 Bismarck im Gegenſatz zur Paulskirche ſchwarz-weiß-rot zur Reichsfahne beſtimmte, war das eine völlige Neuerung. Die letzten für Deutſchland bis 1914 erfolgreichen Jahrzehnte ſeit 1871 haben allerdings dieſe Farben tief eingewurzelt und darum war es klug und richtig, im Jahre 1919 ſie in die Reihe der deutſchen Hoheitszeichen mit aufzunehmen. Daß aber in erſter Linie dabei ſchwarz-rot-gold ſteht, iſt nunmehr aus der deutſchen Geſchichte verſtändlich, denn dieſe Dreiheit iſt die alte deutſche Farbentafel und unter dieſer Fahne haben die Väter ihre freiheitlichen und vor allem ihre durch und durch nationalen, ihre großdeutſchen Ideen verfochten. Und freiheitlich und großdeutſch iſt auch der Geiſt der Weimarer Verfaſſung. Nur das brutale Diktat der Entente hat die Oeſterreich-Deutſchen von uns ausgeſchloſſen, die 1919 zum Reiche wollten. So ſind die ſogenannten neuen Reichsfarben, geſchichtlich verſtanden, die alten deutſchen Farben und all die Feindſchaft gegen das Reichshoheitszeichen iſt gegenſtandslos, wenn man nur — Geſchichte kennt.

Man darf gerade in Deutſchland die Bedeutung von Hoheitszeichen nicht verkennen, auch die Bedeutung der Feſte nicht. Feſt und Feier iſt ein weſentliches Moment im Leben der Gemeinſchaft. Die deutſche Republik hat da viele Unterlaſſungsſünden zu verzeichnen. Statt des Zankes um die Reichsfarben aber ſollte man allenthalben die Kenntnis der amtlichen Flaggentafel und der Geſchichte verbreiten, dann werden ſich alle ohne Haß und Vorbehalt um das Bannes des Deutſchen Reiches ſtellen, die im Herzen freiheitlich und großdeutſch denken!

Nach dieſem, in der Hauptſache geſchichtlich gehaltenen Referat, erledigte die Verſammlung noch eine Reihe innerer Angelegenheiten, U. a. wurd die Gründung einer Jungſturmgruppe beſchloſſen.

Wetterwarte.

V. W. am 19. 6. (Donnerstag): Sehr warm, bald heiter, bald ſchwere Gewitterwolken, ſtarke Gewitterregen. — 20. 6. (Freitag): Nach weiterem Gewitterregen mäßige Abkühlung.

---

§ **Schkeuditz,** 18. Juni. Am Sonntag erhängte ſich in der Behauſung ſeiner Eltern der etwa 20 Jahre alte Sohn des Altwarenhändlers Keilhoff. Die Urſache zu dem Schritt des jungen Mannes iſt ungeklärt.

§ **Lützen,** 18. Juni. Schöffengerichtsſitzung. Der Muſiker F. R. aus Lützen wird zu einer Geldſtrafe von 10 Goldmark verurteilt, weil er Gelder, die ihm anvertraut waren, ſich angeeignet hat. — Wegen verſuchten Forſtdiebſtahls wird der Kürſchner F. H. aus Weißenfels a. S. zu einer Geldſtrafe von 15 Goldmark verurteilt.

§ **Lochau,** 18. Juni. In der letzten Sitzung der Gemeindevertreter wurde, nachdem die Jagdſteuerverordnung einer Reviſion unterzogen worden war, der Gemeindeetat für 1924/25 feſtgeſetzt und beſchloſſen. Die einzelnen durchgegangenen und beſchloſſenen Poſten der Ausgabe balanzieren mit denen der Einnahme insgeſamt mit 15 912 ℳ. Der ſo feſtgeſetzte Etat ſoll dem Kreisausſchuß zur Genehmigung unterbreitet werden. Ferner wurde beſchloſſen, Wege und Triften durch Bekieſung zu beſſern. Die Einteilung ſoll nach Losnummern erfolgen und vergeben werden. Erwerbsloſe ſollen beim Aufladen beſchäftigt und mit 4 ℳ täglich entlohnt werden. Alsdann wurde beſchloſſen, den Pachtvertrag zwiſchen der Gemeinde und einem Gemeindemitgliede wegen eines angrenzenden Stückes Gemeindeland in der Größe von etwa ¹/₁₂ Morgen zu regeln und die jährliche Pacht auf 6 ℳ feſtzuſetzen. Ein eingegangenes Angebot auf Hauswacht wurde abgelehnt. Bewilligt wurden den Teilnehmern am Feuerwehrtage in Zeitz vom hieſigen Feuerwehrkorps insgeſamt 10 ℳ aus Gemeindemitteln. Angeregt und beſchloſſen wurde, es bei der Ankörung von vier Ziegenböcken zu belaſſen, um die Gemeinde durch Beſchaffung von Böcken vor unvorhergeſehenen Ausgaben zu ſchützen. Noch einige andere Fragen fanden Beſprechung und Erledigung.

§ **Lochau,** 18. Juni. Kaum beginnen ſich die Kirſchen an den Bäumen zu färben, ſo ſitzen auch ſchon die läſtigen Sperlinge darauf, um die ſchönſten Früchte anzuhacken. Ein ſehr bewährtes Mittel, Kirſchbäume, Weinſpaliere uſw. gegen die räuberiſchen Spatzen zu ſchützen iſt die Zwiebel. Man ſchneidet dieſe in der Mitte durch und befeſtigt die Hälfte hier und da am Geäſt. Die Sperlinge haben eine ſolche Abſchen vor dem ſcharfen Zwiebelgeruch, daß ſie die betreffenden Bäume nicht mehr heimzuſuchen pflegen.

§ **Leuna,** 18. Juni. Im Kreiſe Ihrer Kinder, Enkel, Enkelkinder und Geſchwiſter feierte geſtern die Einwohnerin Wilhelmine Lorber, die ſich beſter Geſundheit erfreut und alle häuslichen und landwirtſchaftlichen Arbeiten noch in ſelten körperlicher Friſche verrichtet, ihren 80. Geburtstag. Zahlreiche Glückwünſche, Blumenſpenden und Geſchenke legten Zeugnis ab von der Liebe und Verehrung, die man der Achtzigjährigen von Verwandten und Bekannten entgegenbringt. Den Wünſchen auf einen weiteren ungetrübten Lebensabend ſchließen wir uns hierdurch an.

Kreis Querfurt.

‡ **Möckerling,** 18. Juni. Der Reiterverein „Zieten" hielt am Sonntag ein Kranzreiten ab. Das Kranzreiten, bei welchem die Reiter die aufgehängten Laubkränze im Galopp mittelſt eines Stabes herunterholten, ließ bei allen Teilnehmern gute Treffſicherheit und kurz entſchloſſenes Handeln erkennen. Das Wettrennen begegnete ebenfalls dem größten Intereſſe. Man verſteht, wenn bei manchem Beſucher das Pferd nur eine untergeordnete Rolle einnimmt, hier reiten nicht Jockeys, wo nur die Nummer gilt, ſondern Freunde ſind es, Bekannte und Verwandte. Die Reiterfeſte hieſiger Gegend tragen darum auch echten Volkscharakter. Auf dem Feſtplatze wurde in den Pauſen konzertiert. Nach erfolgter Preisverteilung formierte ſich die Reiterſchar zum Umzug, voran ritt der Vorſitzende vom „Zieten", Kloß, in roter Huſarenuniform, dann folgte ein jugendlicher Reiter, der das Geſicht buntbemalt auf einem gutmütigen Ochſen ſaß, die Muſikkapelle im grünbekränzten Wagen, ein Ochſengeſpann, und hieran anſchließend die Reiter hoch zu Roß. Während des Umzugs wurden mehreren Möckerlinger angeſehenen Familien Hochrufe ausgebracht.

‡ **Querfurt,** 18. Juni. Goldene Hochzeit feierte am Sonnabend das Ehepaar Karl und Henriette Kautz. Dem Jubelpaar wurden von allen Seiten Glückwünſche und Geſchenke in großer Zahl überbracht. Die Firma Weidlich, bei der Kautz ſchon viele Jahre beſchäftigt iſt, überreichte ein anſehnliches Geldgeſchenk. Beſonders erfreut wurde der Jubilar durch eine Ehrung der freiwilligen Feuerwehr, deren langjähriges Mitglied er iſt. Wir ſchließen uns den Glückwünſchen von Hrrzen an.

Lauchſtädt und Schafſtädt.

⊙ **Lauchſtädt,** 18. Juni. Heute feierten die hieſigen Handwerksmeiſter und -Geſellen ihr alljährliches ſogenanntes Quartal. Dabei wurden Berufsfragen erörtert, ein gemeinſchaftliches Eſſen veranſtaltet und nachmittags fand Gartenkonzert im Kutzſchbauchſchen Lokale ſtatt. Nachmittags 4 Uhr hielten die Geſellen einen Umzug durch die Stadt. Sie ließen ſich am Goethetheater gemeinſchaftlich photographieren und kehrten dann ins Feſtlokal zurück. Kurz vor 7 Uhr fand noch ein Umzug ſtatt, an welchem ſich auch die Handwerksmeiſter beteiligten. Nach dem Umzug ſchloß ein Kränzchen den Tag. — Zum Bezirksturnfeſt, das am Sonntag in Frankleben ſtattfand begaben ſich auch die 3 hieſigen Turnvereine. Am Turnen beteiligten ſich jedoch nur 3 Mitglieder des Turnvereins Dr. Lauterbach, die ſämtlich Preiſe nach Hauſe brachten. — Gerüchtweiſe verlautet, daß eine Bewegung im Gange iſt, hier ein größeres Sanatorium zu errichten. Es ſollen Leipziger Intereſſenten ſein, die den Plan realiſieren wollen. Örtliche Ermittelungen zur Klärung der Angelegenheit ſollen bereits in aller Stille erfolgt ſein.

Stimmen aus dem Leſerkreiſe.

Die unſoziale Wirkung der letzten Beamtenbeſoldungsregelung

Die letzte Gehaltsregelung hat den mittleren und höheren Beamten eine größere Erhöhung ihres Dienſteinkommens gebracht, als den unteren Beamten, insbeſondere den Klaſſen der Beamten, die ſich hauptſächlich aus ſtudierten Leuten zuſammenſetzen. Von den Verbänden der mittleren und unteren Beamten wird gegen dieſe Regelung als unſozial Sturm gelaufen. Es muß anerkannt werden, daß die unteren und auch ein Teil der mittleren Beamten zur Zeit immer noch eine völlig unzureichende Beſoldung erhält im Vergleich zu dem geſunkenen Geldwert gegenüber im Frieden. Jeder höhere Beamte hätte ihnen eine größere Aufbeſſerung gewünſcht und gegönnt. Der Umſtand aber, daß das Reich dazu offenbar noch nicht in der Lage war, darf gerechtigter Weiſe nicht dazu führen, nun die Erhöhung der Beamten höherer Gruppen zu bekämpfen, denn dieſe Beamten ſtehen auch jetzt noch im Verhältnis zu ihrem Friedenseinkommen ſchlechter als die unteren Beamtengruppen. Der kurze Aufſatz des Herrn Dr. Gorghorſt vom Reichsbunde der höheren Beamten, der jetzt den hauptſtädtiſchen Zeitungen zugegangen iſt, beſagt hierüber zutreffend folgendes:

Es werden gefliſſentlich Nachrichten über die neue Beſoldungsregelung verbreitet, die geeignet ſind, das Urteil der Oeffentlichkeit zu verwirren. Wenn darauf hingewieſen wird, daß die mittleren und höheren Beamten ene größere Aufbeſſerung erhalten haben, als die unteren, ſo iſt feſtzuſtellen, daß dies nur eine ſpäte, — und nur teilweiſe — Wiedergutmachung eines jahrelangen Unrechts bedeutet. Die Politik der Schlagworte, unter der das Wort „Sozial" den größten Mißbrauch erfuhr und anſtiftete, hatte dazu geführt, daß die Löhne und Gehälter für qualifizierte und unqualifizierte Arbeit, für die verantwortliche Leitung eines Amtes und einfachſte Dienſtleiſtung des Unterbeamten ſich immer mehr annäherten. Auch die letzten Neuordnungen hatten dieſen auf die Dauer unhaltbaren Zuſtand nicht beſeitigt Während z. B. ſchon durch die Aprilregelung die unteren Beamten durchſchnittlich 90 Prozent ihres Friedenseinkommens, z. T. mehr erhielten, mußte ſich der Beamte der Gruppe 13 mit 51 Prozent begnügen. Auch heute bleiben die mittleren und höheren Beamten noch erheblich hinter ihren Friedensbezügen zurück; der untere Beamte hat ſie z. T. ſchon überſchritten. Aber auch, wenn man das Gehalt der mittleren und höheren Beamten niedriger halten wollte, wäre den anderen damit nicht geholfen. Hätte man z. B. alle Reichsbeamten von Gruppe X aufwärts bis zum Reichskanzler bei der vorletzten Regelung das Gehalt der Gruppe IX gegeben und ſo das Erſparte auf alle Beamten gleichmäßig verteilt, ſo hätte jeder 2,70 Mark monatlich mehr erhalten, d. h. man ſollte endlich aufhören, Dinge als „ſozial" zu fordern, die nur beſtimmten Gruppen ſchaden, ohne anderen zu nützen.

Leitung: Franz Rößner.

Verantwortlich: Dr. phil. Siegfried Berger für den politiſchen Teil und Feuilleton; Franz Gomm für Provinz, Lokales, Volkswirtſchaft, Vermiſchtes und Sport; Kurt Rößner für den Anzeigen- und Reklameteil ſämtlich in Merſeburg.

Berliner Vertretung: Walter Aßmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Str. 35

Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merſeburg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Anzeigen.
Für die Aufnahme der Anzeigen an beſtimmt vorgeſchriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünſche der Auftraggeber nach Möglichkeit berückſichtigt.

Junger Kaufmann ſucht **Schlafſtelle** i. Merſeburg od. Frankleben. Gefl. Ang. unt. 700 a. d. Exp.

Berufstätige Dame ſucht für ſofort oder ſpäter

frdl. möbl. Zimmer

und bittet um Angebot unt. Nr. 690 an die Exp. d. Bl.

Suche unmöbl. oder einfach möbl. Zimmer
übernehme daſelbſt auch Hand-Näharbeit. Ang. erb. unt. 702 an die Exped. d. Bl.

Reg.-Baumeiſter a. D.
ſucht zum 1. Juli
ein oder zwei möbl.

Zimmer

in gutem Hauſe. Angebote unter 698 an die Exp. d. Bl.

Wohnungstauſch.
Schöne 3-Zimmer-Wohnung mit reichlichem Zubehör zu tauſchen geſucht (Weißenfels mit Merſeburg). Zu erfragen Saalſtraße 4, 1 Tr.

Mehrere

Auto-Garagen

für Perſonenwagen
zu vermieten.
Degenhardt, Preußerſtraße 33.

1¼ Morg. Acker
hinterm Dorfe,
ſofort zu verkaufen.
Spergau, Bergſtr. 1.

Cutaway, Weſte und Hoſe
faſt neu, zu verkaufen
Hüterſtraße 3, I.

Ein neues
Frottékleid
Größe 46, billig zu verk.
Kleine Ritterſtr. 12, 2 Tr.

Guterh. Trommel
zu verkaufen
Meuſchau Nr. 17.

Photo-Apparat
9×12, mit allem Zubehör, zu verk. Wo? ſagt die Exp. d. Bl.

Futterfeſte
Abſatzferkel
ſind zu verkaufen
Atzendorf Nr. 23.

---

26 Kücken
mit od. ohne Glucke zu verk.
Ottoweg 22, Siedl. hinter dem Seminar.

Schäferhunde
3 Mon., echt, ſehr ſcharf, billig zu verkaufen
Haus Erholung, Dürrenbg.

¼ Jahr altes
Fohlen
(mittelſt.) verkauft
P. Meuſel, Kl.-Kayna.

Dünger
zu verkaufen
Leipziger Straße 76.

Metall- u. Kautſchuk-
Stempel
liefert
H. Heßler
Kirchſtr. 7.

Briefbogen
und
Umschläge
mit u. ohne Druck
empfiehlt
Buchdruckerei Th. Rößner,
Merseburg,
Kl. Ritterstr. 3.

Dora Schickendanz
Bruno Kahnert
Ingenieur
zeigen hiermit ihre Verlobung an
Merseburg, den 18. Juni 1924

Statt Karten.

Gestern morgen 9 Uhr verschied plötzlich unerwartet meine liebe Tochter, unsere gute Schwester,

Elisabeth Franke

im 22. Lebensjahre.

Ww. Anna Franke.
Friedrich Franke.
Erna Franke.

Merseburg, den 18. Juni 1924.

Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Stadtfriedhofes aus statt.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe unſerer guten Mutter, der

Frau Ww. Sanitz

ſagen wir allen unſeren herzlichſten Dank. Dank für den reichlichen Blumenſchmuck.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Osw. Müller nebſt Verwandte.

Merſeburg, den 18. Juni 1924.

Katholiſcher Gottesdienſt.

Donnerstag, den 19. Juni 1924 (Fronleichnam).

Merſeburg. Mittw. nachm. 5 Uhr Beichte. — Sonntag 7 Uhr Frühmeſſe mit Predigt. — ½10 Uhr Hochamt mit Predigt. — 8 Uhr abends Andacht.
Neu-Rößen. ½7 Uhr Frühmeſſe. — ½10 Uhr Hochamt m. Predigt.
Kayna. 8 Uhr Gottesdienſt mit Predigt.
Naundorf. 11 Uhr Gottesdienſt mit Predigt.
Schafſtädt. ½10 Uhr Gottesdienſt mit Predigt.

In unſer Handelsregiſter iſt heute in Abteilung A Nr. 379 bei der Firma **Erich Altſtädt, Merſeburg,** Generalvertreter der Deutſchen Zollbaulizenzgeſ. m. b. H. Berlin, eingetragen worden: Die Firma iſt erloſchen,

Merſeburg, den 23. Mai 1924.

Amtsgericht.

Grasnutzungs- und Hartobſtverkauf.

Sonnabend, den 21. Juni d. Js., **nachmittags 4½ Uhr,** findet an Ort und Stelle (zwiſchen Saale und vord. Stadtpark) der Verkauf der **diesjährigen Grasnutzung** von **ca. 12½ Morgen Wieſe,** den Herren Gebrüder Dietrich gehörig, in 4 Parzellen öffentlich meiſtbietend ſtatt.

Sammelplatz: Am Stadtgut des Herrn Burckhardt (Klauſentor).

Anſchließend an obigen Termin findet der Verkauf des **Obſtanhanges von ca. 25 Muskatbirnbäumen am Klauſentor,** dem Stadtgutsbeſitzer Herrn Burckhardt gehörig, öffentlich meiſtbietend gegen ſofortige Barzahlung ſtatt. Bedingungen in den Terminen.

Albert Franke, beeid. Auktionator,
Merſeburg, Lindenſtr. 11.

Staatliche Grundvermögensſteuer.

Die Steuerwerte der Grundſtücke ſind nachgeprüft worden. Soweit das Ergebnis von der bisherigen Veranlagung abweicht, ſind die Steuerſchuldner ſchriftlich benachrichtigt worden. Die anderen Schuldner haben die Steuern in der bisherigen Höhe bis zum 15. jeden Monats ohne beſondere Aufforderung weiterzuzahlen. Auch ſie können gegen das Ergebnis der Nachprüfung und die darauf gegründete neue Veranlagung binnen einem Monat, vom Tage dieſer Bekanntmachung an gerechnet, Einſpruch bei dem Vorſitzenden des Grundſteuerausſchuſſes einlegen. Die **Zahlung der Steuer** wird **dadurch nicht aufgehalten.** Für die Unterſuchung der als unbegründet zurückgewieſenen Einſprüche wird eine beſondere Gebühr erhoben werden.

Lauchſtädt, den 10. Juni 1924.

Der Magiſtrat.

Wer neue Kräfte braucht
trinke das altberühmte **Köſtritzer Schwarzbier!**

S.-R. Dr. Sch. in O. ſchreibt: (U II/15-17)

„Das Köſtritzer Schwarzbier iſt nach meiner reichen 20jährigen Erfahrung tatſächlich das beſte Kräftigungsmittel, das ich kenne, und wird es wohl bleiben, da keines der zahlloſen, in dieſer Zeitſpanne auf den Markt geworfenen ſogenannten Kräftigungsmittel auch nur annähernd den Vergleich mit dem vollwertigen Köſtritzer Bräu aushalten konnte."

Der Preis einer Flaſche beträgt **30** Pfg.

Zu haben bei:
Carl Schmidt, Biergroßhandlung, **Unter-Altenburg 10, Fernſprecher 369.**
Bernhard Oeltzſchner, Biergroßhandlung, **Obere Burgſtraße 9, Fernſprecher 374.**

Buchdr.-Verein „Gutenberg"
Verband der deutſch. Buchdrucker, Ortsverein Merſeburg

Unſeren Mitgliedern, Freunden und Gönnern zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 22. Juni 1924 im **„Kaffeehaus Meuſchau"** unſer

Johannisfeſt

beſtehend in **Konzert, Preisſchießen, Tambola, Quadräteln und Ball** ſtattfindet. — — Der Vorſtand.

Kinder-Umzug mit Bretzel-Verteilung!

Beſondere Einladungen ergehen nicht.

Kurhaus Dürrenberg.
Mittwoch, den 18. Juni:

2 gr. Militär-Konzerte!

Ausgeführt vom Trompeterkorps des Reiter-Regiments Nr. 10 (ehemalige 12. Huſaren, Merſeburg). Perſönliche Leitung: Muſikmeiſter Fritz Warwas. — U. a. gelangen zur Ausführung: Fanfaren-Märſche für Signal-Trompete und Pauke. — Kaſſenöffnung: 3 Uhr nachmittags.

Nach dem Konzert: **Tanzkränzchen!**

Ausgeführt von der geſamten Kapelle. — Es ladet frdl. ein der Wirt K. Seelig.

Dr. Thompson's
Schutz-Marke
Seifenpulver
Dr. Thompson's Seifenpulver
macht die Wäsche blendend weiss.

Badeartikel

Bade-Mäntel
Bade-Anzüge
Badetücher
Bade-Handtücher
Bade-Mützen
Bade-Trikots
Bade-Hoſen

Große Auswahl! :—: Billige Preiſe!

Otto Dobkowitz, Entenplan 8.

Beachten Sie die Auslagen in der Passage.

Motten und deren **Brut**
in Polſtermöbeln u. dergl
tötet radikal u. sicher!
Zertrennen der Gegenſtände unnötig!!!
Mottentötungsapparat
G. Haring, Merſeburg, Gr. Sixtiſtr. 6
Telephon 211.

Laſſen Sie ſich
unſere neuen, **unerreichten** preiswerten Modelle in
Nationalkaſſen
koſtenlos vorführen.
— Sie werden ſtaunen! —
Alleinvertret. u. Muſterlager
B. H. Zimmer,
Halle a. S.
Schräg gegenüber der Hauptpoſt. — Telephon 3124.
Ratenzahlungen!

Lehrvertrags-
Formulare
der Handwerkskammer
hält vorrätig
Buchdruckerei **Th. Rößner,**
Merseburg, Kl. Ritterstr. 3.

Schlagſahne, Kaffeeſahne, ſaure Sahne!

Nachdem das Vertriebsverbot für Sahne aufgehoben iſt, empfehlen wir uns zur Lieferung von Schlagſahne, Kaffeeſahne, ſaure Sahne, in plombierten Flaſchen gegen ſofortige Rückgabe der leeren Flaſchen oder Flaſchenpfand. Beſtellungen nehmen unſere Verkäufer entgegen. Lieferung erfolgt am nächſten Tage.

Molkereigenossenschaft Schafstädt
E. G. m. b. H.

Korſetthaus Emmy Cappès
Obere Breite Straße 8
Elegante Anfertigung nach Maß.
Große Auswahl in Korſetten, Reformkorſetten, Hüftenformern, Büſtenhaltern, Univerſal-Leibbinden „Monopol".
Feinſte Damenwäſche.

Keine Angſt!

Der Emaillekitt **„Lieber Heinrich"** kittet durchgebrannte Kochtöpfe, zerbrochene Glas- und Porzellangegenſtände waſſer- und feuerfeſt.

Zu haben in allen Drogerien. — Hauptniederlage bei **Paul Ehlert Nachf.,** Haus- und Küchengeräte.

Öffentlicher Abend der Guttemplerloge Burgwart
Donnerstag, den 19. Juni,
abends 8 Uhr im „Herzog Chriſtian".
Jedermann herzlich willkommen! — Eintritt frei!

Das Richtige in Trikot-Unterkleidung
makofarbig und echt mako:

Einſatz-Hemden	2.75	3.50	4.90	5.80—8.50
Herren-Hemden	2.95	3.95	4.95	5.90—7.75
Herren-U.-Hoſen	2.95	3.95	4.20	5.25—6.50
Herren-U.-Jacken	1.90	3.30—5.75		
Netz-U.-Jacken	1.15—1.95			

Farbige Garnituren 5.90, beſteh. aus Jacke u. Hoſe

A. Henckel Geſchäftsprinzip: Preiswert und gut! — Oelgrube 29.

Preußisch-Süddeutsche Lotterie
Die Loſe-Erneuerung hat bis 2. Juli zu geſchehen.
Ziehung der Haupt- u. Schlußklasse v. 9.—26. Juli.
66000 Gewinne und 1 Prämie
auf nur 264000 Loſe im Geſamtbetrage von über
14½ Millionen Rentenmark.
Hauptgewinne zu 500000, 300000, 200000, 150000, 2 zu 100000, 3 zu 75000, 6 zu 50000 u. ſ. f.
Kaufloſe halte noch in allen Abſchnitten zur Verfügung.
Staatl. Lotterie-Einnahme, Halleſche Str. 25.

Wir verkaufen noch
Pa. Speiſe-Kartoffeln
billigſt.
Funke & Scherz,
Getreide-, Futter- und Düngemittel,
Weißenfelſer Straße 4. Weißenfelſer Straße 4.

Ein Angebot
von besonderer Preiswürdigkeit!

Hemdentuch
solide prima Ware

80 cm breit, feinfädig . . . } Meter
80 cm breit, starkfädig . . . } 1 Mark

Theodor Freytag

Huſten-ſaft in feſter Form ſind die Sagitta-Bonbons, das praktiſche kräft. wirkende, wohlſchmeckende Huſtenmittel. In allen Apotheken erhältlich, ſtets vorrätig: Apoth. Lauchſtedt. Sagittawerk G. m. b. H. München SW 2

Beths Gesellschaftshaus
Täglich das beliebte
Putler-Trio
unter persönlicher Leitung d. Konzertmeisters
Otto Putler

Donnerstag im Garten:
Großer Wiener Walzer-Abend!
Bei ungünstiger Witterung im Café

Landwirte!
Wer braucht ſofort einen fabrikn. **Elektro-Motor** 220/380 Volt, 6 od. 7,5 PS.? Als Gegenleiſtung ſind im Herbſt 2 fette Schweine zu liefern. Ang. u. 701 a. d. Exp.

Landbutter
½ Pfund Stück **90 Pfg.**
G. Müller.
Oelgrube Nr. 3.

Grabdenkmäler, Grabeinfaſſungen, ſchwarz-weiß. Silberkies
in groß. Auswahl ſehr preisw.
Bildhauerei Bielig,
Gartenſtr. 11/17, Tel. 684.

Diejenige Dame,
die am Sonntag im Gaſth. „Lindner" in Kötzſchen die **Uhr an ſich genommen** hat iſt erkannt worden und bitte man dieſelbe, die Uhr abzugeben bei **Lindner, Gaſthaus Kötzſchen.** Andernfalls wird Anzeige erſtattet.

Knaben-Anzüge
bis zu 16 Jahren, werden zu ſoliden Preiſen angefertigt
Roßmarkt 6.

Suche zum 1. 7. ordentliches, fleißiges, nicht zu junges
Dienſtmädchen.
Osk. Albrecht, Fleiſchermſtr. Braunsdorf, Kr. Querfurt.

Erfahrenes, tüchtiges, ehrl.
Alleinmädchen
m. Kochkenntniſſen u. guten Zeugniſſen bei gutem Lohn ſucht **Heltrung, Halle a. S.,** Dorotheen-Straße 8.

Aelt. tüchtig. Mädchen
nach Neu-Rößen geſucht.
Gute Bezahlung.
Zu erfragen in der Exped.

14—15jährige
Arbeitsmädchen
ſtellt ſofort ein
Peitschenfabrik,
Halleſche Straße 17.

Pförtner
nicht unter 30 Jahren, von hieſigem Fabriketabliſſement zum möglichſt baldigen Antritt geſucht. Schriftliche Angebote mit Zeugnisabſchr. unter 699 an die Exp. d. Bl.

Hiermit nehme ich die gegen Frau **R. Schumann** [illegible]äuß. Beleidungen: „Lügenhaftes Subjekt und Canaille" ſchiedsamtlich zurück!

A. Schumann.

Vertraulichkeit.

Ausſchluß der Kommuniſten aus dem Auswärtigen Ausſchuß?

Im Rahmen der Gefechtsvorſchriften, die den deutſchen Jüngern Moskaus von ihrem ruſſiſchen Oberkommando jüngſt zu gehorſamer Durchführung übermittelt worden ſind, iſt auch geſagt worden, daß die Kommuniſten in den parlamentariſchen Ausſchüſſen des Reiches wie der Länder die ihnen bekannt gewordenen vertraulichen Mitteilungen der Regierung, ohne Bedenken und ohne jede Einſchränkung für die Partei mit dem Ziele der Herbeiführung der Weltrevolution auszunutzen hätten. Dieſer Moskauer Ukas hat bereits in einzelnen Parlamenten der deutſchen Länder zu Weiterungen geführt, mit beſonderem Intereſſe aber hatte man der erſten Sitzung des Auswärtigen Ausſchuſſes des neuen Reichstages entgegengeſehen, wo ja die hauptſächlichſte Probe aufs Exempel zu erwarten war. In der kommuniſtiſchen Preſſe war nämlich mit zyniſcher Offenheit erklärt worden, daß der Befehl der Moskauer Oberen buchſtäblich befolgt werden würde, das hieß alſo, daß die neugewählten kommuniſtiſchen „Parlamentarier" nicht zögern wollten, ſelbſt wichtige Staatsgeheimniſſe, von denen ihnen Kenntnis geworden ſein würde, gegen das eigene Land auszumünzen. Ein völlig undenkbarer und unhaltbarer Zuſtand, wie ja auch im Plenum des Reichstages durch die Ausführung anderer Moskauer Vorſchriften ein ähnlich unmöglicher Zuſtand herbeigeführt worden iſt, der binnen kurzem naturnotwendig eine grundſätzliche Verſchärfung der Geſchäftsordnung nach ſich ziehen wird.

Die erſte Sitzung des Auswärtigen Ausſchuſſes hat nun ſoeben ſtattgefunden. Am Tage zuvor hatte Außenminiſter Dr. Streſemann die Parteiführer mit Ausnahme der Völkiſchen und Kommuniſten zu ſich gebeten, um mit ihnen die Lage zu beſprechen. In der Sitzung des Auswärtigen Ausſchuſſes fragte der Vorſitzende, der Sozialdemokrat Müller-Franken, daraufhin die Kommuniſten, ob ſie die Vertraulichkeit wahren würden oder nicht. Darauf ſpielte das Kommuniſtiſche Ausſchußmitglied Stöcker den Entrüſteten und ſtellte ſodann den Antrag, die Öffentlichkeit der Sitzungen einzuführen. Dieſer Antrag wurde ſelbſtverſtändlich abgelehnt, denn damit wäre der Zweck des Ausſchuſſes, nämlich die vertrauliche Unterrichtung der Parteien über die Abſichten der Regierung hinfällig gemacht. Die gegebene Folge wird deshalb auch in dieſer Frage eine Änderung der Geſchäftsordnung ſein. In Anweſenheit des Kommuniſten trat man dann trotz allem in die Tagesordnung ein und nahm die Berichte des Staatsſekretärs Vogt vom Reichsverkehrsminiſterium über die Neugeſtaltung der Reichsbahnen und des Reichsbankpräſidenten Dr. Schacht über die Reichsbank entgegen. Man wird vermuten dürfen, daß zunächſt nur ein Vertraulichkeit auf ſchnellſtem Wege gegen die Kommuniſten gelöſt wird. Die Zuſammenarbeit der Parteien mit der Regierung darf gerade in dieſer Zeit nicht durch Hinderniſſe ſolcher Art eingeengt werden.

Die Erſchießung des belgiſchen Leutnants Graff.

Stettin, 17. Juni. Schon lange vor Beginn der Sitzung ſind die Korridore von Neugierigen beſetzt. Schupobeamte ſorgen für geordneten Verkehr. Pünktlich um 10 Uhr werden die Angeklagten hereingeführt. Hinter den beiden Vertretern der Staatsanwaltſchaft nehmen Vertreter des Auswärtigen Amts, des Juſtizminiſteriums und des Oberpräſidiums Platz. Es werden etwa 90 Zeugen im Laufe der Verhandlungen vernommen werden, doch hat man die Zeugen noch nicht für heute geladen. Man rechnet auf eine Verhandlungsdauer von etwa 10 Tagen. Als Dolmetſcher iſt Aſſeſſor Rath geladen. Unter den Geſchworenen befinden ſich auch zwei Damen. — Landgerichtsdirektor Hoffmann ruft

die Angeklagten

auf. Der erſte iſt der Büroangeſtellte Johannes Kaws aus Greifenhagen, am 15. Mai 1895 in Trakſeden, Kreis Heidekrug, geboren. Kaws hat den Krieg als Kriegsfreiwilliger mitgemacht und iſt ſpäter zur Schutzpolizei übergegangen. Der zweite Angeklagte iſt der landwirtſchaftliche Arbeiter Engeler aus Holle, Kreis Marienburg (Provinz Hannover), am 22. Oktober 1899 geboren. Der dritte iſt der Landwirt Max Schwirrat aus Greifenhagen, am 8. Februar 1900 in Oberliſchken, Kreis Inſterburg, geboren. Auch dieſe beiden haben am Kriege teilgenommen und ſind ſpäter bei der Schupo eingetreten.

Der Vorſitzende gibt den Geſchworenen ein Bild von den Vorgängen, die zu der Anklage führten, eine kurze Schilderung der Vorgänge vom 20. und 22. März.

Darauf wendet ſich der Vorſitzende an Kaws, den er darauf aufmerkſam macht, daß er im Laufe ſeiner Vernehmungen die verſchiedenſten Darſtellungen der Vorgänge gegeben habe. Kaws erklärt, daß er mit mehreren Kameraden auf einer Stube in der Friedrichſchule gelegen habe. In der Nacht vom 20. bis zum 21. März mittags habe er Dienſt gehabt. Am 21. vormittags hörte er auf der Straße von den Vorgängen, die ſich in der Nacht vorher abgeſpielt hatten. In der Bevölkerung war darüber

große Erregung,

und auch von ſeiten der Schupobeamten wurde geäußert, daß der Belgier von demſelben Schickſal getroffen werden müßte. Kaws erklärte weiter, er habe erſt ſpäter erfahren, daß der Täter Schmitz ein ehemaliger Deutſcher war, der ſpäter zu den Belgiern übergetreten iſt. Kaws erzählt dann, daß er mit ſeinen Kameraden Schwirrat und Engeler am 22. März ausgegangen ſei. Sie hatten verſchiedene Lokale beſucht und waren ſchließlich in die Nähe von Pollmanns-Ecke gekommen.

Kaws fährt fort: Wir waren auf dem Wege nach Pollmann zu. Da ſah ich von der Wolfſtraße her in der Straßenbahn einen Belgier ſitzen. Ich glaubte in ihm Schmitz zu erkennen. Als wir die Straßenbahn beſtiegen, war der Wagen ſchon im Fahren. Wir waren auf den Hinterperron geſprungen. Der Belgier ſaß im Wageninnern. Ich habe dann die Tür aufgemacht und

einen Schuß auf ihn abgegeben.

Ich bin abgeſprungen und habe noch zwei oder drei Schuß fallen gehört. Später bin ich mit Engeler und Schwirrat wieder zuſammengetroffen. Wir wollten dann zu dem Offizier Zander gehen, der früher mein Zugführer war. Wir wollten uns von ihm Rat holen.

In der Dienstagsſitzung fand zunächſt die Vernehmung des Angeklagten Engeler ſtatt. Dieſer gibt eine zuſammenhängende Darſtellung; er ſpricht fließend und beſtimmt. Seine Ausſagen machen einen ausgezeichneten Eindruck und entſprechen im weſentlichen denjenigen, die am erſten Verhandlungstage Kaws abgegeben hat. Vorſitzender: Sie ſind mehrfach vernommen worden und haben wiederholt vieles anders geſchildert, als Sie es heute behaupten. Engeler: Ich habe zuerſt meinen Freunden im beſetzten Gebiet möglichſt wenig Unannehmlichkeiten machen wollen. Als ich nach meiner Verhaftung erfuhr, daß Kaws und Schwirrat ſich geſtellt hätten, habe ich meine Ausſagen zunächſt möglichſt nach den Vorhaltungen eingerichtet, die man mir in den Verhören machte und von denen ich annahm, daß ſie ſich aus den Äußerungen von Kaws und Schwirrat ergeben hätten. Vorſitzender: Sie haben einmal auch geſagt, daß Sie nicht geſchoſſen hätten. Engeler: Das habe ich geſagt, weil ich nicht verhaftet und dem belgiſchen Gericht nicht in die Hände fallen wollte. — Engeler betont, daß das, was er heute ſage, richtig ſei.

Wichtiges vom Tage.

Markbewertung in Newyorker Schluß- und Nachbörſe $23^{7}/_{8}$ Geld, 24 Brief. Dollarparität unverändert 4,18 Billionen.

*

Das Befinden des Bundeskanzlers Seipel iſt außerordentlich günſtig. Die Ärzte ſind mit dem Fortſchreiten des Heilungsprozeſſes ſehr zufrieden. Der Patient befindet ſich ſchon einen Teil des Tages außer Bett.

*

Der bei Sabang auf Grund geratene Dampfer Saarbrücken iſt wieder flott geworden und im Sabanger Hafen eingelaufen. Die Paſſagiere ſetzten die Reiſe am 16. Juni mit dem Rotterdamſchen Lloyd-Dampfer „Kowi" nach Singapore fort.

*

Bei den im Anſchluß an die 3. Aronautiſche Ausſtellung ausgeführten Flugwettbewerben hat die deutſche Flugzeuginduſtrie mit glänzenden Ergebniſſen abgeſchnitten, nachdem die franzöſiſchen Vertreter bereits am erſten Tage die Teilnahme aufgegeben hätten. Die deutſchen Leiſtungen waren den ausländiſchen weit überlegen.

*

Seit dem 15. Mai hat eine Neuregelung des Verkehrs durch die Kölner Zone in der Berechnung der Frachten für Sendungen vom Regiebezirk durch die Kölner Zone und nach dem Regiebezirk eine erhebliche Verteuerung gegen bisher gebracht.

*

Kommuniſt Dr. Frank, der in der Unterſuchungshaft den Hungerſtreik 21 Tage lang durchgeführt hatte, hat dieſen geſtern im Gefängnis Stadelheim eingeſtellt.

*

Dienstag nacht ſtießen im Weſtfjord in den Lofoten die beiden norwegiſchen Dampfer „Haakon Jarl" und „Kong Harald" im dichten Nebel zuſammen. „Haakon Jarl" ging unter. Etwa 20 Perſonen, vor allem Frauen und Kinder, ertranken. Einzelheiten fehlen noch.

Die Tagung der Hausbeſitzer-Vereine.

Am Sonnabend und Sonntag tagte der Preußiſche Landesverband der Haus- und Grundbeſitzervereine in Frankfurt. Landtagsabgeordneter Ladendorff-Berlin erinnerte an die großen Frankfurter Führer Miquel und Abdickes und gedachte des verſtorbenen Stadtrats Kalkbrenner-Wiesbaden. Die Berliner Regierung war auf der Tagung nicht vertreten, ein Umſtand, der bei der Bekanntgabe mit Pfuirufen aufgenommen wurde. Das erſte Referat hatte der Geſchäftsführer des Zentralverbandes deutſcher Haus- und Grundbeſitzervereine, Dr. Franck, über:

„Der Hausbeſitz als Gegner der dritten Steuernotverordnung".

Die Baſierung der Mietzinsſteuer ſei falſch, da ſie ſich auf einen Mietbetrag aufbaue, der gar keiner ſei. Die geſamte ſeither von Preußen getriebene Wohnungspolitik ſei zu verwerfen.

Reichstagsabgeordneter Prof. Dr. Bredt-Marburg verlangte in ſeinen Ausführungen über die Forderung auf endliche „Beſeitigung der Paragraphenwirtſchaft im Wohnungsweſen" reſtloſe Aufhebung aller Beſtimmungen der Zwangswirtſchaft. Finanzminiſter Luther ſtehe auf dem Standpunkt, daß die geſamte Mietaufwertung an die Staatskaſſe zu zahlen ſei; Arbeitsminiſter Braun ſtehe den Forderungen des Hausbeſietzes verſtändnisvoll gegenüber.

Abgeordneter Ladendorff ſprach über die Geſamtlage des Haus- und Grundbeſitzes in Deutſchland, über die Erſcheinungen der Zwangswirtſchaft und beleuchtete die geſamte Korruption auf dem Gebiete des Wohnungsweſens. Es wurden zahlreiche Leitſätze angenommen, die Wiederherſtellung der Miete im Sinne des § 535 des Bürgerlichen Geſetzbuches. Bezeichnung der Koſten und Nebenabgaben als „Wohnungslaſten", Regelung der Steuern und Schutz gegen Exekution im Unvermögensfalle des Vermieters fordern.

Die Verſammlung ſchloß mit der Annahme der folgenden Anträge:

Die in Frankfurt verſammelten Vertreter des geſamten preußiſchen Haus- und Grundbeſitzes fordern mit größtem Nachdruck, daß unverzüglich mit der bisherigen überſpannten Paragraphenwirtſchaft im Wohnungsweſen gebrochen wird. Die bisherige Wohnungsgeſetzgebung iſt dem tatſächlichen praktiſchen Bedürfnis in keiner Weiſe gerecht geworden. Die ausgeklügelte Kompliziertheit der bisherigen geſetzlichen Beſtimmungen hat vielmehr nur erreicht, künſtlich Zank und Streit zu ſtiften da, wo früher Einigkeit und von Natur aus Intereſſengemeinſchaft beſtand. Im Intereſſe des unſerem Volke ſo bitter notwendigen inneren Friedens fordern wir deshalb ſofortige Aufhebung des Reichsmietengeſetzes, des Mieterſchutzgeſetzes und des Wohnungsmangelgeſetzes und an deren Stelle einfache und klare Übergangsbeſtimmungen bis zur baldigen Wiederherſtellung der freien Wirtſchaft.

Die Mietzinsregelung insbeſondere hat bis dahin zu erfolgen unter Wegfall jeglicher Beteiligung der Mieter an Betriebs-, Verwaltungs- und Inſtandſetzungskoſten in Form von Hundertſätzen der Friedensmiete. Die Miete muß ſo ausreichend bemeſſen ſein, daß der Hauseigentümer das Haus ordnungsgemäß bewirtſchaften kann. Hierzu gehört insbeſondere die Einrechnung einer ausreichenden Rente.

Die in Frankfurt verſammelten Vertreter des geſamten preußiſchen Haus- und Grundbeſitzes nehmen mit Entrüſtung davon Kenntnis, daß der Volkswohlfahrtsminiſter den politiſchen Parteien das Verſprechen gegeben hat, auf Monate hinaus die Mieten nicht zu erhöhen. Dieſe Verletzung der reichsrechtlichen Vorſchrift iſt im Intereſſe des Volksganzen um ſo weniger zu verantworten, als dadurch die allein in den Sommermonaten mögliche Inſtandſetzung der Häuſer wiederum unterbleibt und damit dem Bauhandwerk zwangsweiſe jede Arbeits- und Verdienſtmöglichkeit entzogen wird.

*

Wohlfahrtsminiſter und Hausbeſitzer.

Der amtliche Preußiſche Preſſedienſt ſchreibt:

Gelegentlich der Weſtfäliſchen Haus- und Grundbeſitzertagung in Bad Oenhauſen am 25. Mai hat der Vorſitzende des Preußiſchen Landsverbandes der Haus- und Grundbeſitzervereine, Abgeordneter Ladendorff, ſchwere Anſchuldigungen gegen den preußiſchen Miniſter für Volkswohlfahrt und den Staatsſekretär ſeines Miniſteriums erhoben. Der Miniſter für Volkswohlfahrt hat darauf an Herrn Ladendorff ein perſönliches Schreiben gerichtet, das auf der Tagung des Preußiſchen Landesverbandes der Haus- und Grundbeſitzervereine in Frankfurt a. M. zur Verleſung gebracht worden iſt. Nach Preſſemeldungen hat der Verband in einer einſtimmig angenommenen Entſchließung ſeine Entrüſtung über dieſes Schreiben des Miniſters kundgegeben und ſich damit die von ſeinem Vorſitzenden erhobenen Vorwürfe zu eigen gemacht.

Dieſer Umſtand veranlaßt den Miniſter für Volkswohlfahrt unter ausdrücklicher Zurückweiſung der gegen ihn erhobenen vollſtändig unbegründeten Vorwürfe, den Wortlaut des an Herrn Ladendorff gerichteten Schreibens nunmehr der Öffentlichkeit zu übergeben:

„Nach dem in Nr. 123 der „Weſtfäliſchen Neueſten Nachrichten" abgedruckten Verhandlungsbericht über die Weſtfäliſche Haus- und Grundbeſitzertagung in Bad Oeynhauſen am 25. Mai d. J. haben Sie

Piefkes neuer Chauffeur.

Ein Roman aus dem Berliner Leben von Frieda Birkner.

24. Fortſetzung. (Nachdruck verboten.)

O, ſie ſich das müſſen auch anſehen!"

„Danke, nein! Ich laſſe mir meinen Herrgott nicht vermenſchlichen", wehrte Robby ganz ernſthaft ab.

„Well, ſie haben recht auf das eine Seite. Das waren auch meine Gedanken. Aber die ganze Sache ſein good. So, und nun die business. Wo ſein mein Mann?"

„Ich werde ihn gleich beordern," ſagte Robby und ging zum Telephon und ließ ſich mit Piefkes Nummer verbinden Die ölige Stimme Jeans ertönte:

„Steinplatz 1616."

„Rufen ſie bitte Chauffeur Sörenſen zum Telephon."

„Bedauere, die Angeſtellten des Hauſes haben keine Erlaubnis zum telephonieren."

„Hier iſt Robby Wehler — bitte rufen ſie mir ſofort Chauffeur Sörenſen. Aber Tempo!" Robbys Stimme hatte ſich merklich gehoben.

„Sofort, Gnädiger Herr — ich muß nur erſt nach der Garage telephonieren."

„Gut — ich warte hier am Apparat", ſagte Robby, ſetzte ſich auf die Schreibtiſchecke und unterhielt ſich mit Miſter Double, indes er mit den Beinen baumelte und immer mit den Abſätzen ſeiner Shimmyſchuhe an den Schreibtiſch anſchlug, was weder der Politur des Schreibtiſches, noch ſeinen Schuhen gut war. „War es voll in Oberammergau, war viel los?"

„Oh yes, es waren ganz voll die ganze Dorf. Doch es war bald ſo wie Amerika, denn alles war aus meiner Land und England. Oh — ich haben nie geglaubt, daß ſein in England die Frau ſo uply."

„Ich habe auch noch keine hübſche Engländerin geſehen. Wo haben ſie denn gewohnt?"

„Bei Judas Iſcharioth."

„Proſt! War die Rechnung danach?"

„Oh no, bei Jeſus Chriſtus ſoll ſie ſein geweſen viel höher."

„Gott, der Mann wird ſich denken: Wäre ich nicht, wären die ganzen Paſſionsſpiele nicht."

„Es ſein aber eine gräßliche Dorf! Alle Männer haben lange Haare, und in jedem Stall liegen Amerikaner. Aber es ſein gut, das Spiel, oh yes."

„Waren ſie in Linderhof?"

„Yes, eine ſehr ſchöne Schloß von die geiſtesgeſtörte König."

„Sie müſſen ſich noch Neuſchwanſtein und Hohen — ja, Hallo, Hans, biſt du es? Hör mal, Junge, du mußt ſofort zu mir kommen, aber ſchnell", ſprach er in das Telephon hinein.

„Das wird nicht gehen, ich muß die Damen um ſieben Uhr in die Oper fahren."

„Sollen Stadtbahn fahren — oder Müller kann ſie fahren. Du mußt ſofort her — business, mein Lieber."

„Wie ſoll ich denn das machen?"

„Lieber Gott, du nimmſt dir eben deinen freien Tag. Jeder Hausangeſtellte hat heutigen Tages Anſpruch auf einen freien Nachmittag. Komm ſo wie du biſt, nimm dir ein Auto — das Geſchäft bringt es wieder ein."

„Man wird mir vor Wut den Hals abdrehen."

„Laß ihn dir abdrehen — aber komme ſchnell her."

„Auf dein Haupt die traurigen Folgen."

„Gemacht! Außer Lottes Liebesglut nehme ich alles auf mich."

„Ich bin alſo in 20 Minuten bei dir. Schluß."

Miſter Double und Robby ſaßen bei einer feinen Braſil und warteten auf den neuen Mann der Tat.

Der Mann der Tat puffte ſich erſt die Bruſt voll Mut und meldete der gnädigen Frau, daß er für den Nachmittag um Urlaub bitten müſſe, in Familienangelegenheiten.

„Det iſt ja mehr wie naiv von ihnen. Sollen wir vielleicht zu Fuß ins Theater gehen?" Anna blies ſich auf wie ein Truthahn.

„Gnädige Frau vergeſſen, daß Müller noch frei iſt und daß ich bis jetzt noch keinen freien Tag gehabt habe."

„Meine Tochter will aber nicht mit Müller fahren. Sie ſind doch für uns Damen engagiert."

„Es tut mir leid, gnädige Frau, aber ich muß bei meiner Bitte bleiben."

„Nee, Leute — der Chauffeur will mir Vorſchriften machen."

Hans kochte. Nur mit Mühe blieb er ruhig und artig.

„Gnädige Frau geſtatten alſo, daß ich mich empfehle? Ich werde am Schluß des Theaters mit dem kleinen Wagen am Opernhaus ſein," und ohne ſich um Annas Antwort zu kümmern, verließ er das Empirezimmer und eilte nach ſeinem Zimmer, riß die Mütze vom Garderobehaken, rannte im Eiltempo an die Autohalteſtelle und ſaß aufatmend in dem Ratterkaſten: Nach mir die Sintflut! Hätte Robby nichts Wichtiges, hätte er nicht angeklingelt.

Bei Robby angelangt, ſah er erſtaunt Miſter Double gemütlich mit Robby zuſammenſitzen.

„Hallo, da biſt du ja, alter Junge! Alſo denn mal rin in die business. Miſter Double, das iſt ihr Mann!"

„Oh yes, ich ihn ja kenne ſchon, er ſein eine kluge Mann, ſein ein gentleman."

„Ihr Urteil über mich ehrt mich ſehr, Miſter Double," ſagte Hans auf engliſch.

„Oh no, nix engliſch. Ich ſprechen ſehr gut deutſch. Ich habe ſie damals nur auf die Probe ſtellen wollen. Alſo wie iſt es, wollen ſie ſein mein Vertreter?"

Hans ſtand ganz konſterniert da und ſah Robby fragend an.

„Natürlich, wieder Glaskabel — lange Leitung," lachte Robby auf. „Einen Augenblick, Miſter Double, ich muß den Jüngling erſt mal in groben Umriſſen aufklären. Hans, mein Sohn, Miſter Double ſucht für ſeine Newyorker Konſervenfabrik einen deutſchen Vertreter. Da mir die Sache zu Ohren kam, habe ich mir erlaubt, dich vorzuſchlagen, und Miſter Double hat, nachdem er dich geſehen, und auf mein glänzendes Zeugnis hin, ſich entſchloſſen, dich zu engagieren. So — und nun red du!"

„Robby, lieber alter Kerl!"

„Es darf dir aber weiter nicht unangenehm ſein?"

„Herrgott im Himmel! Robby, Miſter Double, ich freue mich ja ſo blödſinnig."

„Fällt bei dir nicht weiter auf, mein Junge," warf Robby ſtoiſch dazwiſchen.

„Sie wollen mich alſo wirklich mit ihrem Vertrauen beehren und mich engagieren?" ſagte Hans mit erregter Stimme und ſah den alten Herrn an. „Sie kennen doch aber meine Fähigkeiten gar nicht. Werde ich ihren Anſprüchen genügen?"

„Well", ſagte der alte Herr vergnügt und ſchüttelte Hans kräftig die Hand, „wenn mir ſagt Miſter Wehler: der Mann iſt good — well, dann iſt er good."

Hans ſchlug Robby in ſeiner unbändigen Freude mit aller Macht auf die Schulter.

„Schwagerſeele — du biſt ein prachtvoller Junge. Der Dank kommt ſpäter."

Robby hob ſchmerzhaft die Schulter.

„Du, den Dank bitte auf die andere Seite, denn die hier haſt du match geſchlagen."

„Bitte, Miſter Sörenſen, ſie nehmen hier Platz, wir wollen nun beſprechen die große business."

„Erſt noch allſeitig eine Friedenspfeife. Echte Braſil, Miſter Double, geſchmuggelte."

„Well, das die beſten ſein."

Die drei Herren ſaßen bald in dichten Rauch gehüllt, und Miſter Double ſetzte Hans ſein Amt und ſeine Pflichten auseinander.

„Ich brauche eine Mann, der ſchnell ſein mit zufaſſen, der ſich nicht genieren vor eine Arbeit. Ich habe alſo gekauft eine ganze Gut in das Land, wo ſein die Gemüſe ſo good, in die Deutſchland, bei die Stadt Erfurt."

„Aha, in Thüringen."

„Well! Und auf dieſe Gut wird gebaut eine Konſervenfabrik, nur für Gemüſe und die deutſche Obſt. Das ſein nun ihre Amt, Miſter Sörenſen, zu machen in die Fabrik die Gemüſe und die business. Fleiſch und Fett machen wir weiter drüben bei uns in Amerika. Bis ſein die deutſche Fabrik in Gang. Sie erſt müſſen mit nach Amerika und ſehen meine Fabrik. Ich ihnen zahle von heute an drei Dollar pro Tag als Gehalt."

„Gebe Gott, daß er ſteigt," warf Robby lachend ein, nachdem Miſter Double die Höhe des Gehalts genannt.

„Well, das wird ſein. Yes — und wenn ſie ſein in Amerika, ſie ſein mein Gaſt in my little house. Wenn dann fertig ſein die Fabrik ſie bekommen extra Prozente, die ſein üblich in Amerika in ſolch business. Well! Sein ihnen das aggreeable?"

Hans war im Moment wie vor den Kopf geſchlagen. Am liebſten hätte er einen Gang mit Robby geboxt, um ſeiner Freude Herr zu werden.

„Ob mir das recht iſt, ob es mir angenehm iſt? O, Miſter Double, fragen ſie einen Ertrinkenden, ob es ihm angenehm iſt, wenn ſie ihn aus dem Waſſer ziehen!"

„Alſo ſie ſein meine Mann?"

„Well, dann shakehands und die Sache ſein ready."

„Uff! Gottlob, das war ein ſchweres Stück Arbeit!" ſtöhnte Robby auf.

„Was haben ſie nun zuerſt für Aufträge für mich, Miſter Double?"

„Sie müſſen zuerſt fahren nach die Gut und machen Verträge mit die Bauern für die Gemüſe. Und dann ſie müſſen mit mir fahren nach Amerika am zehnten September und ſehen und lernen in meine Fabrik."

„Sei guten Muts, mein kleiner Schmerzensreich. Aſtrid fährt zufällig auch am 10. September mit Piefkes nach Amerika, inkluſive des lieben Robby."

„Robby? Iſt das wahr?"

„Halt, nicht wieder auf die Schulter hauen! Nimm die andere, bitte."

„Wer ſein Aſtrid, Miſter Wehler?"

„Das iſt ſeine future bride."

„Oh, ich gratuliere."

„Iſt noch nicht ſo weit, Miſter Double, vorläufig hat dieſer Ritter Toggenburg ihr noch nicht ſeine Liebe geſtanden."

„Sei du mal Chauffeur, dann vergeht dir der Mut auch für ſolche Sachen," ſagte Hans lachend. „Ob mich aber Piefke, pardon, Herr Piefke, ſo plötzlich aus ſeinen Dienſten entlaſſen wird? Ich müßte doch erſt zum fünfzehnten kündigen."

(Fortſetzung folgt.)

ſich gegen mich und den Staatsſekretär des Wohlfahrtsminiſteriums geäußert und in dieſem Zuſammenhange „von Gewiſſenloſigkeit und Unwahrhaftigkeit“ geſprochen. Außerdem haben Sie u. a. nach dem genannten Blatt im weiteren Verlauf ihrer Ausführungen folgendes geſagt: „Wenn der Staatsgerichtshof irgend einen Zweck habe, dann ſei es der, jene Männer vor ſein Forum zu laden, die das Verbrechen der Wohnungszwangswirtſchaft an der Volksgeſamtheit begangen hätten.“ .. „Es geht nicht an, daß diejenigen nicht zur Verantwortung gezogen werden, die dieſen Raubbau und Diebſtahl begangen haben.“ ... „Wer da behauptet, für uns ſeien nur Gewinnausſichten maßgebend, der lügt, und wenn er auch Staatsſekretär iſt.“ — Ich muß annehmen, daß der Bericht den Tatſachen entſpricht. Solange Sie daher nicht eine mich befriedigende Klarſtellung der Angelegenheit veranlaßt und gegebenenfalls eine mir hinreichend erſcheinende Richtigſtellung in derſelben Zeitung herbeigeführt haben, werde ich Sie bei mir nicht mehr empfangen. Außerdem habe ich angeordnet: 1. daß mein Vertreter und meine Beamten mit Ihnen nicht mehr in dienſtlichen Angelegenheiten perſönlich verhandeln oder Sie zu Verhandlungen empfangen; 2. daß Sie zu Verhandlungen in meinem Miniſterium nicht mehr geladen werden und 3. daß Tagungen, die unter Ihrer Leitung ſtattfinden, von hier aus grundſätzlich nicht beſchickt werden. Weitere Maßnahmen behalte ich mir vor.“

Provinz und Nachbarländer.

Ein viertauſendjähriges Haus aufgefunden.

† **Weimar.** Beim Grundgraben der neuen Häuſer in der Kaſernenſtraße kamen gleich beim Ausroden eines Brunnens die Reſte einer bandkeramiſchen Wohnung des heidniſchen Weimar zum Vorſchein, nachdem ſchon vor Jahren beim Planieren der Straße und Bau der neuen Kaſerne das Vorhandenſein einer ganzen ſteinzeitlichen Dorfanlage feſtgeſtellt wurde. Der Grund der Rundhütte wird morgen Dienstag, um 5 Uhr, freigelegt und die zeitbeſtimmenden Funde werden demonſtriert; die Mitglieder des Vereins für Urgeſchichte, ſowie die des alten Vereins für Naturkunde und alle (erwachſenen) Freunde der Vorgeſchichte ſind dazu eingeladen.

Steuerhinterziehung.

† **Apolda.** Vor einigen Tagen hatten ſich die Gebrüder G. wegen Steuerhinterziehung zu verantworten. Sie hatten, wie ihnen nachgewieſen wurde, in ihren Steuererklärungen weſentlich falſche Angaben gemacht und ſich nachher damit entſchuldigt, ſich um ihre Bücher nicht gekümmert zu haben. Ihre Entſchuldigungen halfen ihnen jedoch nichts und ſie wurden zu je 600 ℳ Geldſtrafe verurteilt.

31. Bundesſchießen der Provinz Sachſen, der Freiſtaaten Anhalt und Braunſchweig.

† **Delitzſch.** Hier findet in den Tagen vom 22. bis 26. Juni d. J. das 31. Bundesſchießen der Provinz Sachſen und der Freiſtaaten Anhalt u. Braunſchweig ſtatt. Die beſten Büchſen- und Piſtolenſchützen aus den über fünfzig dem Bunde angeſchloſſenen Gilden werden hier in friedlichen Wettbewerb treten um zahlreiche, z. T. außerordentlich wertvolle Preiſe und Ordensauszeichnungen. Neben Ordensauszeichnungen für die beſten Schützen winken künſtleriſch ausgeführte ſilberne Feſtmünzen als Preis allen jenen Schützenbrüdern, die auf der Punktſcheibe aufgelegt 30 Punkte bezw. freihändig 20 Punkte erreichen. Es werden folgende Scheiben aufgeſtellt: Ehrenfeſtſcheibe, Meiſterſcheiben, Silberſcheiben, Glücksſcheiben, Punktſcheiben, Piſtolen- und Jagdſcheibe. Zu einem Geſellſchaftswettſchießen wurden von den Damen der feſtgebenden Gilde zwei geſtickte Fahnenbänder geſtiftet, die die beiden beſten Gilden ſich erſchießen können.

Bluttat einer Geiſtesgeſtörten.

† **Robach.** Im benachbarten Trappſtadt hat die geiſtesgeſtörte 68 Jahre alte Barbara Eckſtein die 78 Jahre alte Babette Schmitt, die von der Eckſtein für eine Hexe gehalten wurde, überfallen und durch Meſſerſtiche derart verletzt, daß ſie ſtarb. Sie zeigte ihre Tat ſelbſt dem Bürgermeiſter an. Die Täterin war ſchon einmal im Irrenhaus untergebracht.

Zur kommenden Landtagswahl.

† **Deſſau.** Zur anhaltiſchen Landtagswahl am nächſten Sonntag haben neun bürgerliche Parteien untereinander Liſtenverbindungen mit der deutſchen Volkspartei und der deutſchnationalen Volkspartei beſchloſſen. Dieſe beiden Hauptparteien haben ihrerſeits wieder eine Verbindung der Liſten beſchloſſen. Damit iſt erreicht worden, daß nennenswerte bürgerliche Stimmen bei der Wahl nicht verloren gehen.

Automobilunglück.

† **Braunſchweig.** Am Sonntag mittag fuhr ein dem Beſitzer Thie aus Wolfenbüttel gehöriger Kraftwagen in der Nähe von Semmenſtedt gegen einen Baum. Thie wurde getötet, die anderen drei Inſaſſen aus dem Wagen geſchleudert. Sie kamen aber ohne ernſtere Verletzungen davon Der Wagen iſt ſtark beſchädigt. Er war auf gerader Strecke in der Richtung auf Jerxheim zu gefahren. Vor ihm fuhr auf der linken Seite in der gleichen Fahrtrichtung ein Radfahrer. Nachdem der Führer des Wagens Signal gegeben hatte, fuhr der Radfahrer kurz, ehe der Wagen ihn überholen mußte, auf den Fahrdamm. Der Führer des Kraftwagens wollte den Radfahrer ſchonen, indem er eine ſcharfe Biegung machte. Der Wagen kam aber dadurch ins Schleudern und prallte gegen einen Baum, ſo daß die beiden hinteren Räder abgeſchlagen und alle vier Inſaſſen herausgeſchleudert wurden. Der Radfahrer blieb unverletzt.

Das mißglückte „Fenſterln“.

† **Sangerhauſen.** Ein heiteres Geſchichtchen hat ſich dieſer Tage hier zugetragen. Ein junger Burſche wollte das in Süddeutſchland ſo beliebte „Fenſterln“ auch einmal in Sangerhauſen verſuchen. Sei es nun aber, daß er darin noch nicht die richtige Übung hatte, oder hatte er ſich vorher zu viel Mut angetrunken — kurz, ſtatt leiſe zum Fenſter hineinzuſchlüpfen, fiel er mitſamt dem Fenſterrahmen in das Zimmer! Das verurſachte einen derartigen Lärm, daß nicht nur die Nachbarſchaft, ſondern auch die Polizei aufmerkſam wurde, die dem Idyll mit rauher Hand ein Ende machte.

Handels- und Börſenteil.

Bezugspreiſe des Kleinhandels

feſtgeſtellt von der amtlichen Lebensmittel-Notierungskommiſſion am Dienstag, den 17. Juni 1924, nachmittags 3 Uhr.

Die Preiſe verſtehen ſich für 50 Kilogramm in Goldmark, frei Bahn oder Haus Halle, in Originalpackungen, mittlere Qualitäten, im Auspack erhöhen ſich die Preiſe um 6 Prozent.

Mühlenfabrikate: Gerſtengraupen C fein und mittel 17,0; Haferflocken, mittel 16,—; Weizengrieß 17,—; Kartoffelmehl 21,—; Schnittnudeln in Papierſäcken 19,—; Makkaroni aus Hartgrieß, loſe 37,75.

Hülſenfrüchte: Bohnen, ungar. Mittel- 23,75; Viktoriaerbſen I 16,—; Viktoriaerbſen II 12,—; Linſen, ruſſiſche, Mittel- 28,—; Linſen, ruſſiſche, große Heller- 39,—.

Reis: Burma II 16,75; Bruch, grob ä4,75.

Früchte: Aprikoſen, choice northern 92,—; Corinthen 65,—; Sultaninen, extriß, Carab. 72,—; Sultaninen, kiup Carab. 82,—; Pflaumen, bosn. 90/100er in Kiſten 45,—; Pflaumen, fränk. in Säcken 30,—; Ringäpfel, prima, evaporated 80,—; Mandeln, ſüße, ausgewogen 148,—; Mandeln, bittere, ausgewogen 138,—.

Gewürze: Pfeffer, ſchwarz 100,—; Pfeffer, weiß, Muntok 136,—; Piment, Jam. 77,—; Kümmel, holländ. 90,—; Canehl, ganz 220,—; Zimt gem. 123,—.

Kaffee: Guatemala, prima, roh 215,—; geröſtet 290; prima Santos roh 190,—; geröſtet 250,—; hochf. Coſta Rica, roh 270,—; Gerſte, gebrannt, loſe 16,75.

Tee: Souchong, loſe in Kiſten 316,—; Ceylon, loſe in Kiſten 458,—.

Verſchiedenes: Speiſeöl in 15 Kilo-Kannen 62,—; Schmalz, amerik. 65,—; Zucker, inländiſcher, Melis 34,—.

Heringe: Norweger, 7/800er 1/1 To. 26,50; Schottiſche Winterfang-Fulls, ca. 750er 1/1 To. 45,—; Schottiſche Winterfang-Matfulls ca. 750er 1/1 To. 44,—.

*

Die Kohlenförderung des Ruhrbergbaues.

Nach vorläufigen Berechnungen wurden in der Woche vom 1. bis 7. Juni im geſamten Ruhrgebiet (ohne die von der Micum betriebenen drei Zechen und zehn Kokereien) in ſechs Arbeitstagen 1 515 965 To. Kohlen gefördert (auf das beſetzte Gebiet entfallen davon 1 378 777 To.) gegen 1 711 039 in ſechs Arbeitstagen in der Woche vom 27. April bis 3. Mai, der letzten Woche vor dem Ausſtand, (beſetztes Gebiet: 1 565 897 To.). Die Kokserzeugung ſtellte ſich vom 1. bis 7. Juni auf 181 993 To. (beſetztes Gebiet: 163 207 To.) in ſechs Arbeitstagen gegen 402 829 To. (368 250 To.) in der Woche vom 27. April bis 3. Mai. Die arbeitstägliche Kohlenförderung ſtellte ſich in der Woche vom 1. bis 7. Juni im geſamten Ruhrgebiet auf 252 661 To. (285 173 To.). Die tägliche Kokserzeugung ſtellte ſich auf 25 999 To. (57 547 To.). Im beſetzten Gebiet betrug die arbeitstägliche Kohlenförderung 229 769 To. (260 938 To.), die tägliche Kokserzeugung 23 344 To. (52 607 To.).

*

Neue Gebührenordnung bei der Reichsbank.

Die Reichsbank hat ihre Gebühren für die Aufbewahrung von verſchloſſenen Depots neuerdings wie folgt feſtgeſetzt:

Für verſchloſſene Depots je nach Umfang und Gewicht der Stücke eine jährliche Hinterlegungsgebühr von 0,20 oder 30 Goldmark zu entrichten. Bei Hinterlegung für ¼ Jahr beträgt die Gebühr für dieſen Zeitraum 3,6 oder 9 Goldmark.

Für die koſtenpflichtige vorübergehende Herausnahme eines Depots iſt eine Zuſchlaggebühr von 1 Goldmark zu entrichten. Die Verſicherungsgebühr für Depots mit Wertangabe iſt auf 0,25 Goldmark für jedes angefangene Tauſend des über 5000 Goldmark hinaus angegebenen Wertes feſtgeſetzt. Einzelheiten über die Neuordnung ſind bei den Reichsbankanſtalten zu erfragen.

Berliner Deviſenmarkt vom 17. Juni.

Am Berliner Deviſenmarkte erfuhren geſtern die Frankendeviſen einen leichten Kursrückgang, nämlich Auszahlung Paris minus 0,45, Auszahlung Brüſſel minus 0,10 in den amtlichen Mittelkurſen. Von den übrigen ausländiſchen Zahlungsmitteln lagen feſter Auszahlung London plus 0,40, Auszahlung Mailand plus 0,10. Dem Rückzug der Frankendeviſen entſpricht auch der Kurs für London-Paris, der 79¹/₈ zu ³/₈ nach 87,4 lautet. Der Kaufauftragsbeſtand war wieder erheblich geringer. Beſonderheiten ſind nicht zu Tage getreten. Franzöſiſche und belgiſche Franken, ſowie italieniſche Lire waren ſtärker angeboten.

Berliner Börſe vom 17. Juni.

Die Effektenbörſe eröffnete unter leichtem Druck, da die Situation am Markte der Dollarſchatzanweiſungen ebenſo verſtimmt, wie die bisher noch nicht beſtätigte Nachricht von einer beſchloſſenen Zuſammenlegung der deutſchen Petroleumaktien im Verhältnis von 20 : 1. Nach den erſten Kurſen machten ſich auf Grund von Auslaſſungen in einem Berliner Mittagsblatt Hoffnungen auf eine Lockerung der Kreditpolitik der Reichsbank geltend. Die genügten, um an ſämtlichen Märkten eine zwar geteilte aber doch merklich freundlichere Stimmung hervorzurufen. Die Steigerungen, welche am Montanmarkte daraufhin eintraten, waren namentlich in Deutſchluxemburg, Gelſenkirchen und Phönix auf ſpekulative Käufe hin ſtärker. Am Petroleummarkte wollte man fernerhin Ankäufe von ſeiten der Banken, u. a. der Deutſchen Bank (wobei man an eine Intervention dachte) bemerken. Später verdichteten ſich dieſe Meldungen weiter, ſo daß die Tendenz bis zum Schluſſe des amtlichen Verkehrs behauptet blieb. Allerdings traten kursmäßig keine nennenswerten Veränderungen mehr ein, und das Geſchäft war im großen und ganzen klein. Die Sätze für tägliches Geld ſchwanken, laſſen aber durchweg eine gewiſſe Neigung zur Feſtigkeit erkennen. Die durchſchnittlichen Sätze ſtellten ſich auf ⁵/₈—¾ pro Mille.

Leipziger Börſe vom 17. Juni.

Die bereits geſtern zu beobachtende Ermattung der aufwärts gerichteten Tendenz ſetzte ſich heute ſtärker durch und kam dementſprechend auch kursmäßig mehr zum Ausdruck. Der Umfang des Geſchäfts erfuhr gleichfalls eine merkliche Einſchränkung. Die Haupturſache hierfür bildeten die ſchwächeren Berliner Eröffnungskurſe. Im weiteren Verlaufe vermochten auch die von Berlin ausgehenden Gerüchte von einem Einſchränken in der Kreditpolitik der Reichsbank die Kursbewegung nicht bemerkbar nach oben zu beeinfluſſen.

Berliner Produktenbörſe vom 17. Juni.

Weizen, märkiſcher 145—150; Roggen, märkiſcher 125—133; pommerſcher 122—126; weſtpreußiſcher 116—119; Braugerſte 148—154; Futtergerſte 137—143; Hafer märkiſcher 125—134; Weizenmehl 21,00 bis 23,75; Roggenmehl 18,00—21,25; Weizenkleie 8,60—8,70; Roggenkleie 8,80; Raps 2,40; Viktoriaerbſen 19,00—20,00; kleine Speiſeerbſen 14,00—15,00; Futtererbſen 12,00—13,00; Peluſchken 10,50 bis 11,00; Ackerbohnen 13,00—14,00; Wicken 11,00—12,00; blaue Lupinen 9,00—10,00; gelbe Lupinen 13,00—14,00; Serradella 11,00—13,00; Rapskuchen 8,70; Trockenſchnitzel 6,40; Torfmelaſſe 6; Kartoffelflocken 16,00—16,20.

Getreide und Oelſaaten per 1000 Kilogramm, ſonſt per 100 Kilogramm. In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.

Leipziger Produktenbörſe vom 17. Juni.

Weizen, inländiſcher 140—148; Roggen, inländiſcher 142—151; Sommergerſte, inländiſche 166—167; do. Wintergerſte 155—166; Hafer, inländiſcher 141—151; Maïs, amerikaniſcher 175—185; Raps 250—270.

Die Preiſe verſtehen ſich für 1000 Kilo für Ware, prompt Parität frachtfrei Leipzig in Gold-Mark, 4,20 G.-M. = 1 Dollar der Goldanleihe.

Verbrannt.

† **Wittenberg.** Mit ſchweren Brandwunden wurde am Donnerstag nachmittag der 24jährige Sohn des Gaſtwirts Edwin Kramer, hier, Mittelſtraße, in die elterliche Wohnung eingeliefert. Kr. war an ſeiner Arbeitsſtelle, den Weſtf.-Anh. Sprengſtoffwerken, mit dem Abſchlagen einer Schraube beſchäftigt. Durch Funken wurde ein Teil der Exploſionswolle entzündet und erlitt Kr. dadurch ſehr ſchwere Brandwunden.

Leichenlandung.

† **Magdeburg.** Am linken Ufer der Elbe bei Rothenſee landete am Donnerstag die ſchon ziemlich ſtark verweſte Leiche einer unbekannten weiblichen Perſon im jugendlichen Alter. Sie war bekleidet mit dunkelblau gemuſtertem Kleiderrock, geſtricktem weißen Unterrock mit roter Kante, dunkelblauer Bluſe, wollener ſchwarzrot gemuſterter Weſte und trug einen eiſernen Fingerring mit kleinem Eiſernen Kreuz. Die Leiche befindet ſich auf dem Weſtfriedhofe. Angaben, die zur Feſtſtellung der Perſönlichkeit führen können, erbittet die Kriminalpolizei.

Schwerer Unfall.

† **Gutendorf.** Als der Landwirt Karl Albrecht im Troiſtedter Wald Holz abfuhr, gingen plötzlich die Pferde durch Dabe geriet Albrecht unter das Gefährt. Die Tiere konnten von dem in der Nähe weilenden Förſter Reiſe aufgehalten werden. Der Überfahrene hatte ſchwere innere Verletzungen davongetragen.

Wolkenbruch.

† **Rudolſtadt.** Ein Wolkenbruch iſt am Freitagmittag über unſere Flur niedergegangen. In den tiefer gelegenen Straßen drangen die Waſſermaſſen in die Keller, ſo daß die Feuerwehr zur Hilfe gerufen wurde. Unter dem Unwetter hatte auch der Wollmarkt auf dem Oberanger, wo ſich ein großer See gebildet hatte, ſchwer zu leiden. Verſchiedene Händler mit Zuckerwaren, Südfrüchten uſw. haben empfindlichen Schaden erlitten, da ſie ihre Waren nicht ſchnell genug in Sicherheit bringen konnten.

Volksabſtimmung.

† **Kreiſcha.** Eine Volksabſtimmung, ob die Gemeindeverordneten ſich einer Neuwahl zu unterziehen haben, hatte die linke Seite des Kollegiums gemäß § 34 der Gemeindeordnung beantragt und durchgeſetzt. War an und für ſich ſchon die Hälfte der in der letzten Wählerliſte verzeichneten Einwohner am 15. d. Mts zur Abſtimmung nicht erſchienen (665, an der Abſtimmung beteiligten ſich aber nur 662), ſo ergab die Abſtimmung ſelbſt 481 für und 166 gegen Auflöſung der Gemeindeverordneten, 15 Stimmen waren ungültig. Der ſ. Zt. geſtellte Antrag auf Abſtimmung war mit 552 Unterſchriften bedeckt.

Tödlich verunglückt.

† **Leipzig.** Ein tödlicher Unglücksfall ereignete ſich im Hofe der Maſchinenfabrik von Kirſchner in Leipzig-Reudnitz. Ein 24jähr. Eiſendreher war behilflich, als ein Laſtkraftwagen der Frma rückwärts fahrend das Grundſtück verließ. Er wollte einige im Wege liegenden Holzſchwellen beiſeite räumen, kam dabei zu Falle und wurde auch ſchon von dem Wagen überfahren. Während der Überführung nach dem Krankenhauſe iſt der Verunglückte geſtorben.

Der Raubmörder Bohne wieder ergriffen.

† **Goslar.** Der Kriminalpolizei iſt es gelungen, den zum Tode verurteilten Harzburger Raubmörder Bohne und einen anderen Schwerverbrecher, die aus dem Zuchthauſe in Wolfenbüttel entwichen waren, in der Frankenbergerſtraße feſtzunehmen. Vorher hatten die beiden in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag in Oker in einem Tabakgeſchäft einen Einbruch verübt und Zigarren, Zigaretten, Tabak, Schokoladen und u. a. auch zwei Ruckſäcke und zwei neue Spazierſtöcke entwendet. Am Donnerstag nachmittag wurden nun in der Frankenbergerſtraße zwei Perſonen durch die Kriminalpolizei ergriffen, die mit neuen Ruckſäcken und Stöcken ausgerüſtet waren. Dabei ſtellte ſich heraus, daß es ſich um die beiden entſprungenen Schwerverbrecher, den Raubmörder Bohne und Bäcker Heinemann, handelt.

Neue Wege im Zivilprozeß.

Dr. Buerſchaper, Dresden.

Am 1. Juni 1924 iſt die Verordnung über das Verfahren in bürgerlichen Rechtsſtreitigkeiten vom 13. Februar 1924 in Kraft getreten, die bisher in der Öffentlichkeit nicht die Beachtung gefunden hat, die ſie verdient. Sie tritt einem Übel entgegen, das unausrottbar erſcheint, aber doch durch ſie weſentlich eingeſchränkt wird: der Prozeßverſchleppung. Sie verletzt natürlich das Intereſſe der Parteien, denen an einem beſchleunigten Ausgang des Prozeſſes liegt. Dieſem Intereſſe trägt die Verordnung Rechnung. Bisher konnten die Anwälte nach Belieben einen Termin abwarten oder ihn „umgehen“ oder gemeinſchaftlich beantragen, ihn zu vertagen oder ein allein erſchienener Anwalt konnte die Vertagung beantragen. Erſchienen beide Anwälte nicht, ſo ruhte das Verfahren, bis es durch neue Ladung wieder in Gang geſetzt wurde. Einer Vertagung konnte das Gericht ſich nicht widerſetzen. Das ſoll nun anders werden. Künftig iſt das Gericht ſouveräner Herrſcher an Stelle der Anwälte. Die Vertagung oder die Verlegung der Verhandlung kann es ablehnen, wenn nicht erhebliche Gründe dafür vorgebracht ſind. Die Abhaltung des Anwalts durch andere Termine gilt ſelbſtverſtändlich als ſolcher Grund nicht. Er muß alſo verhandeln oder ſich vertreten laſſen. Bleibt er im Termine doch weg oder läßt er ſich nicht vertreten, und ſtellt der gegneriſche Anwalt keinen Antrag, ſo tritt nicht mehr ohne weiteres Ruhen des Verfahrens ein; vielmehr bedarf es einer beſonderen Anordnung des Gerichts. Es kann aber auch von Amtswegen einen neuen Termin zur mündlichen Verhandlung beſtimmen, es kann ſogar nach Lage der Akten ohne weitere Verhandlung entſcheiden. Dasſelbe Recht ſteht ihm zu, wenn die Anwälte beider Parteien nicht erſcheinen, den Termin alſo umgehen. Will es nach Lage der Akten entſcheiden, ſo muß es allerdings dem nicht erſchienenen Anwalt den mindeſtens auf eine Woche hinaus anzuſetzenden Termin zur Urteilsverkündung durch eingeſchriebenen Brief bekanntgeben. Der Anwalt kann vor dieſem Termin beantragen, daß die Verkündung unterbleibt, muß aber glaubhaft machen, daß er in dem Termin „ohne ſein Verſchulden“ ausgeblieben iſt. Das wird ihm meiſt nicht gelingen, ſo daß das Urteil unabwendbar iſt. Selbſtverſtändlich beſteht dabei die große Gefahr für die Partei, daß wichtige Tatſachen, die ſonſt hätten vorgebracht werden können, nun unberückſichtigt bleiben. Das hat der Partei gegenüber deren Anwalt zu verantworten. Die erhöhte Haftung wird ſicherlich dazu beitragen, daß die Prozeſſe beſchleunigt werden und der Prozeßverſchleppung ein Ziel geſetzt wird.

Das Ruhen des Verfahrens kann auch nicht mehr durch die Anwälte vereinbart werden. Auch dazu bedarf es einer Anordnung des Gerichts. Es muß nur dann angeordnet werden, wenn beide Anwälte es beantragen und anzunehmen iſt, daß es z. B. wegen ſchwebender Vergleichsverhandlungen oder aus ſonſtigen wichtigen Gründen zweckmäßig iſt. Wahrſcheinlich werden aber die Anwälte es tunlichſt vermeiden, daß das Gericht überhaupt Ruhen des Verfahrens anordnet. Denn nach der Verordnung darf ein ruhendes Verfahren vor Ablauf einer dreimonatlichen Friſt nur mit Zuſtimmung des Gerichts aufgenommen werden.

Allein auch die Parteien ſelbſt treffen 2 wichtige neue Beſtimmungen.

1. Zwar konnte ſchon bisher das perſönliche Erſcheinen einer Partei vor dem Gericht angeordnet, nicht aber erzwungen werden. Nach der Verordnung können die Parteien, ſofern ſie trotz Anordnung des Gerichts im Termin ausbleiben, wie Zeugen beſtraft werden, die trotz Ladung in einem Vernehmungstermin nicht erſcheinen; es darf aber die Strafe nur auf Geld, nicht auf Haft lauten. Außerdem können ſie in die durch Verſäumnis des Termins entſtandenen Koſten verurteilt werden; das kann teuer werden, z. B. dann, wenn der Gegner auch geladen und erſchienen war und etwa größere Reiſekoſten ihm entſtanden ſind.

2. Im amtsgerichtlichen Prozeß iſt als Neuerung ein Güteverfahren eingeführt, das vor der Klageerhebung ſtattfinden muß. Es iſt ein Güteantrag einzureichen, der ähnlich wie die Klage lautet. Einigen ſich die Parteien in der Güteverhandlung nicht, ſo kann ſofort oder in einem neuen Termin verhandelt werden. Erſcheinen beide Parteien nicht, ſo erklärt das Gericht den Güteantrag für zurückgenommen. Erſcheint nur eine Partei, ſo ergeht auf Antrag Verſäumnisurteil. Hoffentlich erreicht die Verordnung ihren Zweck.

Neuer Geiſt im Strafvollzug.

Die politiſchen Kämpfe der letzten Jahre haben das Intereſſe der meiſten von dem unermüdlichen Wirken unſerer Erzieher auf den mannigfachen Gebieten der Pädagogik abgelenkt. Das iſt bedauerlich, denn Dauerwirkung iſt für pädagogiſche Arbeit nur dann zu erreichen, wenn das ganze Volk auf ſie achtet und an ihr teilnimmt. Hamburgs Gemeinſchaftsſchulen weiſen unſere Volksſchulen auf neue Wege. Die freie Stadt hat ihren Lehrern hier freie Bahn gegeben. Ein Geſchlecht von ſelbſtändigen Menſchen wächſt hier heran, wie es die alte Lernſchule nicht kannte. Hamburg wagte auch auf dem Felde der Strafpädagogik kühne Schritte. Was ſeit den Tagen der Frankfurter Nationalverſammlung von 1848 eine in Wort und Schrift oft vertretene Forderung war, die Betätigung ſchöpferiſchen Liebesgeiſtes im Strafvollzug, das wurde in den Anſtalten von Fuhlsbüttel zur ſchönen Wirklichkeit. Ganz beſonders ſei hier das Jugendgefängnis von Hahnöverſand erwähnt, in dem Erzieher wirken, die das Gemeinſchaftsideal der Jugendbewegung zur erzieheriſchen Grundlage ihres Handelns wählten. Den Hamburgern folgte der Freiſtaat Thüringen, deſſen bisherige Regierung bereits vor mehr als zwei Jahren den progreſſiven Strafvollzug einführte und die auch Fürſorger im Hauptamt auf die Strafanſtalten verteilte. Die hier und anderwärts gemachten günſtigen Erfahrungen veranlaßten den Reichsrat 1923, Richtlinien für das ganze Reich zu veröffentlichen — den Anſtoß gab der ehemalige Reichsjuſtizminiſter Radbruch —, denen zufolge der progreſſive Strafvollzug im ganzen Reich eingeführt werden ſoll. Erfolg kann dieſe grundſätzliche Umſtellung unſerer Strafgefangenenbehandlung nur haben, wenn ſie Verſtändnis im ganzen Volke findet. Der Fackelreiter-Verlag zu Werther (Teutoburger Wald) machte ſich darum recht verdient, daß er einen der in Thüringen wirkenden Fachleute Dr. Otto Zirker unter dem Titel „Der Gefangene. Neuland der Erziehung“ (87 Seiten, 1 ℳ) über die dringendſten Fragen berichten ließ. Das ſchmucke Büchlein wendet ſich nicht an Sachkenner, ſondern an alle Menſchen mit warmem Herzen. Geſpräche Tagebuchblätter, Auszüge aus Briefen füllen die kurzen Abſchnitte, von denen mancher ein tief erſchütterndes Schickſal zeigt. Zirker iſt dabei kein gefühlvoller Träumer. Er weiß wohl, daß es Menſchen gibt, denen auch die hingebungsvollſte Liebe nicht mehr auf die Dauer zu helfen vermag. Den meiſten aber, die von ihren Trieben, dem Alkohol oder von wirtſchaftlicher Not aus der „normalen“ Bahn gedrängt wurden, iſt zu helfen. Das ſpürt ein jeder, der das Buch mit Verſtand und Herz lieſt. Wir wünſchen dem Geiſte, der aus ſeinen Zeilen ſpricht, weiteſte Verbreitung. Achtung und Vertrauen, gepaart mit Liebe und Hingabe werden die beſten Kräfte jedes Menſchen.

D. W. Bacher.

Eine eigenartige Sinnestäuſchung.

Wie ſchon kurz gemeldet, ſetzt eine Sinnestäuſchung die Stadt Roßwein ſeit eingen Tagen in Aufregung. Auf dem Grabe eines vor fünf Jahren auf dem hieſigen Friedhofe beerdigten Fabrikanten iſt angeblich deſſen Geſtalt erſchienen und der Volksaberglaube hat ſich deſſen ſogleich bemächtigt. Zuerſt bemerkte eine Frau die ſeltſame Erſcheinung vom Grabe eines Angehörigen aus. Erſchreckt verließ ſie den Friedhof und erzählte ihren Angehörigen davon. Seitdem gehen alltäglich viele Perſonen nach dem Friedhofe, um den Verſtorbenen zu ſuchen. Tatſächlich iſt von dem ſeitlich gelegenen Grabe aus, beſonders ſcharf bei Nachmittagsbeleuchtung, der Oberkörper des Fabrikanten zu ſehen. Die Kapitäle zweier Säulen täuſchen den Kopf, die ſchwarze Marmorwand den Rock und Zylinderhut vor. Eine ähnliche Erſcheinung hat man in Dresden, wo man einen Menſchen auf der Hofkirche in eine Feuereſſe blicken ſieht, wenn man einer beſtimmten Stelle einer Seitengaſſe der Schloßſtraße ſteht. Der Menſch iſt eine der freiſtehenden Figuren auf der Schloßkirche, die Feuereſſe befindet ſich auf einem ganz anderen Hauſe.

Merſeburg und Umgegend.

18. Juni.
(Weitere Lokalnachrichten S. 3.)

Sieben Gebote für Fußgänger.

1. Gehe möglichſt rechts, weiche ſtets rechts aus.
2. Schreite nicht unnötigerweiſe auf dem Straßenfahrdamm entlang und bleibe dort nicht unnötigerweiſe ſtehen.
3. Vor Überqueren des Fahrdammes blicke vom Fußwege aus nach beiden Seiten, ob Fahrzeuge nahen. Zunächſt droht die Gefahr von der linken, dann von der rechten Seite. Dann überſchreite den Fahrdamm nach Möglichkeit im rechten Winkel, jedenfalls ſuche den kürzeſten Weg einzuhalten.
4. Suche nicht vor einem Radfahrer noch im letzten Augenblick vorüberzulaufen, ſondern bleibe ſtehen, damit er nach ſeiner Wahl vor oder hinter dir vorbeifahren kann.
5. Vor dem Hervortreten hinter einem haltenden Straßenbahnwagen oder anderer Fahrzeuge beobachte beſonders vorſichtig, daß nicht ein anderer herannahender Straßenbahnwagen oder ein ſonſtiges Fahrzeug dir Gefahr bringt.
6. In gleich vorſichtiger Weiſe beobachte man beim Abſteigen von der Straßenbahn ob Fahrzeuge in gefahrbringender Nähe herankommen. Dabei faſſe man mit der linken Hand am Wagen zu und ſpringe in der Fahrtrichtung ab.
7. Wenn du dich einer Straßeneinmündung oder einer Straßenkreuzung näherſt, beobachte, ob die Wagenführer und Radfahrer durch eine Handbewegung andeuten, in welcher Richtung ſie weiterfahren wollen, und richte dich in deinem Verhalten dementſprechend ein.

*

** **Sonderzug nach Oſtpreußen.** Am 11. Juli verkehrt ein Sonderzug von Halle—Leipzig über Cottbus—Frankfurt—Marienburg nach Oſtpreußen mit dritter Wagenklaſſe und ⅓ Fahrpreisermäßigung. (Abfahrt Halle 2,52 Uhr nachmittags, Ankunft Königsberg 8,43 Uhr vormittags), jedoch nur bei ausreichenden Vormerkungen bis zum 28. Juni. Der Fahrkartenverkauf beginnt in dieſem Falle am 30. Juni. Die Sonderzugkarten gelten bis zum 10. September. Der Fahrpreis 3. Klaſſe ab Halle beträgt für Hin- und Rückfahrt nach Marienburg 36,80 ℳ, nach Elbing 38,60 ℳ, nach Braunsberg 42 ℳ, nach Königsberg 46 ℳ. Zur Rückfahrt dürfen alle fahrplanmäßigen Züge mit der Sonderzugkarte benutzt werden, für D-Züge iſt nur ein Zuſchlag von 1,50 ℳ nachzuzahlen. Rückreiſe — ausgenommen nach Cottbus — auch über Berlin zuläſſig. Im Sonderzug entſtehen an den Grenzen und innerhalb des polniſchen Gebiets keine Paß- oder Zollſchwierigkeiten, auch Perſonalausweiſe ſind nicht erforderlich. Auf der deutſchen Strecke iſt jedoch mit Perſonenkontrolle zu rechnen, weshalb die Mitnahme eines Ausweiſes über deutſche Reichsangehörigkeit empfohlen wird. Der Sonderzug wird ohne Zwiſchenaufenthalt beſchleunigt durchgeführt.

** **Der Kraftpoſtverkehr im Harz.** Der öffentliche Perſonenkraftwagenverkehr erfährt in allen Teilen Deutſchlands durch Inbetriebnahme neuer Strecken eine ſtetige Zunahme. Der Vorteil gegenüber der Eiſenbahn liegt beſonders da, wo es ſich darum handelt, landſchaftlich ſchöne Gebiete dem Verkehr zu erſchließen, nach denen die Anlage von Eiſenbahnen aus wirtſchaftlichen Gründen nicht zweckmäßig oder mit großen techniſchen Schwierigkeiten verbunden iſt. Zu den durch den Perſonenkraftwagenverkehr mit am beſten erſchloſſenſten Gebieten gehört der Harz, wo jetzt auf folgenden Kraftpoſtlinien der Reichspoſtverwaltung und der Kraftverkehrsgeſellſchaft Braunſchweig ein regelmäßiger Betrieb beſteht: 1. Goslar—Hahnenklee, 2. Clausthal—Oſterode, 3. Bad Harzburg—Braunlage—Schierke, 4. Braunlage—Schierke, 5./6. Wernigerode—Blankenburg—Treſeburg, 7. Blankenburg—Haſſelfelde, 8. Ellrich—Sülzhayn, 9. Bad Harzburg—Oker—Altenau, 10. Bad Harzburg—Torfhaus—Braunlage, 11. Braunlage—Schierke, 12. Braunlage—St. Andreasberg, 13. Braunlage—Zorge—Bad Sachſa, 14. Wernigerode—Rübeland, 15. Rübeland—Treſeburg.

** **Werbeblatt „Luftpoſt 1924".** Die Deutſche Reichspoſt hat wieder ein Werbeblatt „Luftpoſt" herausgegeben, das in knapper überſichtlicher Form einer Skizze der Luftpoſtverbindungen mit eingezeichneten Flugzeiten und die wichtigſten Beſtimmungen für Luftpoſtſendungen einſchl. der Gebühren enthält. Das Blatt wird in den Flugpoſtorten und anderen Verkehrsorten, die gute Anſchlußverbindungen an Luftpoſten haben, an Behörden, Firmen, Geſellſchaften, Vereine und Perſonen mit lebhaftem Poſtverkehr unentgeltlich verteilt. Die Verſender eiliger Poſt werden ſich in vielen Fällen des Blattes mit Nutzen bedienen können.

** **Poſtſendungen mit ungenügender Aufſchrift.** Mängel in der Aufſchrift von Poſtſendungen, namentlich das Fehlen von Straße und Hausnummer, ſowie Nummer der Zuſtellpoſtanſtalt bei Sendungen nach Großſtädten, wie Berlin, Breslau, Dresden, Hamburg, München, wirken für Poſt und Publikum außerordentlich nachteilig. Briefſendungen nach großen Orten, die keine Straße und Hausnummer tragen, zählen bei jeder größeren Zuſtellpoſtanſtalt täglich nach Tauſenden. Man ſtelle ſich vor, welche ungeheure Mühe und welchen Aufwand an Zeit und Koſten es bei der Poſt erfordert, täglich ſolche Maſſen von Sendungen durch Benutzung von Nachſchlagewerken aller Art unterzubringen. In der Regel tritt dadurch noch eine Verzögerung in der Zuſtellung ſolcher Sendungen ein. Abhilfe kann der Abſender ſchaffen, wenn er bei Poſtſendungen, namentlich nach großen Orten, ſtets die genaue Wohnungsangabe des Empfängers hinzufügt. Zur Erzielung vollſtändiger Aufſchriften kann jedermann viel beitragen, wenn er bei den von ihm ausgehenden Poſtſendungen auf den Briefbogen, Briefumſchlägen, Rechnungen uſw. ſtets der Ortsangabe ſeine Straße und Hausnummer hinzufügt. Werden dieſe oft wiederholten Hinweiſe von den Poſtbenutzern nicht beherzigt, ſo wird man es der Reichspoſt nicht verübeln können, wenn ſie die ihr meiſt durch Gedankenloſigkeit und Gleichgültigkeit entſtehenden, die Allgemeinheit belaſtenden Koſten durch Erhebung einer beſonderen Gebühr auf die Schultern derjenigen abbürdet, die jene unnötige Arbeit verurſachen.

** **Aufbeſſerung der Militärrenten.** Halbamtlich wird gemeldet: In Zuſammenhang mit der Änderung der Beamtenbezüge iſt an Stelle der bisher geltenden Erhöhung der Militärrenten um 24 v. H. mit Wirkung vom 1. 6. 1924 ab eine Rentenerhöhung von 40 v. H. getreten. Da die Verſorgungsämter bei der Zahlung der Renten für Juni nur eine Rentenerhöhung um 24 v. H. berückſichtigen konnnten, wird die Nachzahlung der reſtlichen 16 v. H. mit der Rentenzahlung für Juli (Ende des Monats Juni) zuſammen geſchehen. (T.U.)

** **Optionserklärung.** Nach Art. 25 § 4 und Art. 26 § 1 Abſ. 2 des deutſch-polniſchen Abkommens über Oberſchleſien vom 15. Mai 1922 ſteht über 18 Jahre alten Perſonen, die nach den Beſtimmungen von Rechts wegen unter Verluſt der deutſchen Reichsangehörigkeit die polniſche Staatsangehörigkeit erworben haben,. das Recht zu, bis einſchließlich 15. Juli 1924 durch Option zugunſten Deutſchlands die deutſche Reichsangehörigkeit wieder zu erwerben. Die Optionserklärungen ſind entweder ſchriftlich oder mündlich (werktäglich in der Zeit von 9 bis 12 Uhr vormittags unter Vorlage der erforderlichen Urkunden: Geburtsſchein, gegebenenfalls Taufſchein, Heiratsurkunde, Belege für Staatsangehörigkeit und Wohnſitz uſw.) bis zum 15. Juli bei der Regierung in Merſeburg anzubringen.

** **Der Bierkonſum 1923.** 26 687 402 Hektoliter Bier ſind 1923 in den Brauereien der Bierſteuergemeinſchaft ohne das Saargebiet hergeſtellt worden, auf den Kopf der Bevölkerung alſo 44⅓ Liter im Jahr. Die geſamte verſteuerte oder ſteuerfrei abgelaſſene Menge war bis auf wenig über 1 Million Hektoliter Vollbier. Einfachbier wurden nur 718 774 Hektoliter hergeſtellt; Schankbier 307 754; Starkbier 55 766 Hektoliter. Für die geſamte Erzeugung wurden 4 378 984 Doppelzentner Malz, 273 026 Doppelzentner Reisgrieß, Maisgrieß und Maisſtärke und 19096 Doppelzentner Zuckerſtoffe verbraucht. Die größten Mengen wurden im Landesfinanzamtsbezirk München mit 1 066 645 Hektoliter hergeſtellt, dann in Groß-Berlin mit 757 531 Hektoliter und hierauf erſt im Bezirk Nürnberg mit 704 316 Hektoliter.

** **Finanzierung der deutſchen Zuckerausfuhr.** In Ergänzung der Meldung über die amerikaniſchen Wechſelkredite für die deutſche Zuckerinduſtrie iſt noch zu berichten: Bei einem Auslandspreis von 19 Schilling für den Zentner Zucker beträgt die Beleihung durchſchnittlich 60 Prozent, gleich 10 ℳ für den Zentner. Der größte Teil der zu beanſpruchenden Kredite dürfte ſchon Mitte dieſes Monats in Kraft treten und wäre am 15. Dezember fällig, da die Kredite auf ſechs Monate lauten. Bemerkenswert iſt, daß die Berliner Großbanken ſich zur Girounterſchrift bereit erklären wollen, ein Modus, den ſie bislang nach Möglichkeit vermieden haben. Der Kredit iſt, wie ſchon gemeldet, mit 8 Prozent verzinslich. Dazu kommen noch geringfügige Koſten für Proviſion, Giro uſw. Das Weſentliche der Zuckerkredite ſcheint darin zu liegen, daß nennenswerte Quantitäten durch dieſe Auslandskredite finanziert werden, ſo daß man auch von einem Produktivkredit ſprechen kann.

Turnen und Sport.

Deutſche Turnerſchaft.

8. Bezirksturnfeſt der Deutſchen Turnerſchaft, Bezirk Merſeburg, in Frankleben.

Unter reger Anteilnahme der Einwohnerſchaft von Frankleben, wurde das Bezirksturnfeſt am Sonnabend abend durch einen Feſtkommers im Bahnhofsreſtaurant eröffnet.

Eine aus Turnern verſchiedener Vereine des Bezirkes zuſammengeſtellte Riege zeigte ſehr gute Leiſtungen am Pferd, Reck und Barren. Die von Turnerinnen des Männer-Turnvereins Merſeburg in zwei Gruppen vorgeführten Keulenübungen ſowie mehrere Ausdruckstänze fanden ſehr großen Beifall und bei dieſen Vorführungen kam die weibliche Anmut ganz beſonders zur Geltung. Die von Turnern des gleichen Vereins gezeigten vorbereitenden Übungen des volkstümlichen Turnens ſowie die bei bengaliſcher Beleuchtung ausgeführten Einzel- und Gruppenſtellungen fanden allgemeinen Anklang. Der Geſanverein „Harmonie" Frankleben erfreute die Feſtteilnehmer durch die zum Vortrag gebrachten ausgewählten deutſchen Lieder, wie auch die Kapelle des Seyffert-Orcheſter durch ihre ſchneidige Muſik ebenfalls großen Beifall erntete. Kurz nach 12 Uhr hatte der Feſtabend ſein Ende erreicht.

Am Sonntag, dem Hauptfeſttag, welcher früh durch ein Wecken eröffnet wurde, traten um 9 Uhr vormittags über 200 Turner zum edlen Wettſtreite an. Manch gute Leiſtungen an den Geräten und bei den Läufen, Springen, ſowie Stoß- und Wurfübungen konnte man beobachten.

Infolge der unermüdlichen Arbeit der Bezirksleitung ſowie auch der Obmänner und Kampfrichter war es möglich, die Wettkämpfe bis kurz vor 1 Uhr mittags voll zur Abwicklung zu bringen.

Pünktlich ½2 Uhr konnte ſich der Feſtumzug unter großer Beteiligung von Turnerinnen und Turnern in Bewegung ſetzen. Am Kriegerdenkmal hielt der Feſtzug an, wo bei gemeinſamen Geſang des Liedes „Ich hatt' einen Kameraden" zum Gedenken an die im Weltkriege Gefallenen die Kranzniederlegung vollzogen wurde. Nach dem Eintreffen des Feſtzuges auf dem Feſtplatze und nachdem dieſer Aufſtellung genommen hatte, ergriff der Gauturnwart Frohne-Merſeburg das Wort. Er überbrachte Grüße der Gauleitung. In ſeiner Rede wies er beſonders auf die hohen Ziele der Deutſchen Turnerſchaft hin. In den Reihen der Deutſchen Turnerſchaft iſt ein jeder herzlich willkommen, gleich welchen Standes, gleich welcher Geſinnung, um mitzuhelfen, unſere Jugend zu tüchtigen Männern heranzubilden und die in der Deutſchen Turnerſchaft ſo vorbildlich beſtehende Einigkeit weiter zu hegen und zu pflegen. Dadurch iſt es allen möglich, auch an dem Aufbau unſeres Vaterlandes großen Verdienſt zu erwerben. Seit Kriegsende hat ſich die Deutſche Turnerſchaft verdoppelt, ſo daß ihr heute 2 Millionen Mitglieder angehören. Mit einem auf die Deutſche Turnerſchaft ausgebrachten dreifachen „Gut Heil" ſchloß Gauturnwart Frohne ſeine Rede.

Alsdann wurde nach Auflöſung des Feſtzuges Aufſtellung zu den allgemeinen Freiübungen genommen, welche den Zuſchauern ein prächtiges Bild boten. Nach ihrer Beendigung wurden die Bezirksmeiſterſchaften im Steinſtoßen, Hochſprung, Weitſprung, Schleuderballwerfen, Dreiſprung und 100 Meterlauf ausgetragen und hierbei gab es harte Kämpfe um die Siegesehre, wie auch in den darauf folgenden 4×100 Meter-Staffelläufen für Turner und Jugendturner. Großes Intereſſe erweckte auch der hierauf zur Durchführung kommende 1500 Meterlauf. Infolge der vor allen Dingen durch die ſchlechte Witterung während der letzten Tage nicht ganz einwandfreien Beſchaffenheit des Platzes, konnten nicht ſo günſtige Ergebniſſe in den volkstümlichen Kämpfen erzielt werden. Einem ſodann zum Austrag kommenden Werbehandballſpiel ſchloß ſich die Siegerverkündigung an. Nachdem die Turner noch auf einige gemütliche und frohe Stunden in den beiden Feſtlokalen verweilten, traten dieſe dann abends ihren Heimmarſch an.

Nicht unerwähnt ſei noch die den ganzen Tag über in unermüdlicher Weiſe von der Bezirksleitung geleiſtete Arbeit, welche überall Vorbereitungen getroffen hatte, um das ſehr reichhaltige Programm in der vorgeſehenen Zeit und wohl auch zur Zufriedenheit der Wetturner abzuwickeln.

Die Siegerliſte:

Gemeinſamer Zehnkampf für Turner.

1. Walter Conrad, M.T.V.-Merſeburg 134 Punkte. 2. Karl Bretſchneider, Frieſen-Frankleben 132. 3. Fritz Hauck, Friſch Auf-Kötſchen 123. 4. Hugo Kretſchmar, Frieſen-Frankleben 119. 5. Kurt Sachſe, Frieſen-Frankleben 116.

Gemeinſamer Sechskampf für Jugendturner. Jahrgang 1906—1907.

1. Kurt Krötzſch, T.V. 1861-Lützen 89 Punkte. 2. Arnim Kling, T.V. Gr.-Lehna 88. 3. Max Knauth, A.T.V.-Spergau 88. 4. Otto Engel, M.T.V.-Merſeburg 86. 5. Wilhelm Graf, T. u. Sp.V.-Neu-Röſſen 86. 6. Otto Pabſt, A.T.V.-Spergau 84. 7. Ewald Walker, T.V.-Kötzſchen 83.

Gemeinſamer Sechskampf für Jugendturner. Jahrgang 1908—1909.

1. Kurt Spengler, T. u. Sp.V.-Neu-Röſſen 88 Punkte. 2. Hermann Föhrenkamm, A.T.V.-Spergau 84. 3. Richard Triebel, A.T.V.-Merſeburg 82. 4. Otto Knauth, A.T.V.-Spergau 81. 5. Hermann Weiſe, T. Rothſtein-Merſeburg 80.

Volkstümlicher Fünfkampf für Turner.

1. Georg Neuſcheler, T. u. Sp.V.-Neu-Röſſen 62 Punkte. 2. Paul Wünſch, T.V.-Roßbach 61. 3. Gerhard Mann T.V. Dr. Lauterbach-Lauchſtädt 59. 4. Richard Schütze, Frieſen-Frankleben 54. 5. Kurt Eberhardt, A.T.V.-Kötſchen 53.

1500 Meterlauf.

1. Prager, T.V.-Lützen, 5 Min. 4⅕ Sek. 2. Hermann Munkelt, T. u. Sp.V. Germania-Schladebach, 5 Min. 4⅘ Sek. 3. Rudolf Engel, M.T.V.-Merſeburg, nicht gezeitigt.

4×100 Meter-Staffel für Turner.

Turnverein Groß-Lehna 56⅕ Sek.

4×100 Meter-Staffel für Jugendturner.

Turnverein Spergau 58 Sek.

Bezirksmeiſter.

100 Meterlauf: Paul Wünſch, T.V.-Roßbach 12,3 Sek.
Hochſprung: Gerhard Mann, T.V. Dr. Lauterbach-Lauchſtädt 1,55 Meter.
Weitſprung: Willi Meyer, Frieſen-Frankleben 5,35 Meter.
Schleuderball: Gerhard Mann, T.V. Dr. Lauterbach-Lauchſtädt 41,90 Meter.
Steinſtoßen: Georg Neuſcheler, T. u. Sp.V.-Neu-Röſſen 6,46 Meter.
Dreiſprung: Willi Meyer, Frieſen-Frankleben 11,43 Meter.
1500 Meterlauf: Prager, T.V.-Lützen 5 Min. 4⅕ Sek.

*

Turnen bei der Reichsbahn.

Die Hauptverwaltung der Deutſchen Reichsbahn hat ein [illegible]lingswetturnen ausgeſchrieben, für das Herr Helle einen Ehrenpreis geſtiftet hat. Die Kämpfe finden in drei Bezirken ſtatt. Der Wettkampf umfaßt: 1. eine vorgeſchriebene Übung am Reck; 2. eine vorgeſchriebene Übung am Barren; 3. eine vorgeſchriebene Freiübung; 4. eine vorgeſchriebene volkstümliche Übung: Hochſprung; 5. eine vorgeſchriebene volkstümliche Übung: Kugelſtoßen; 6. einen Lauf: 100-Meter-Mallauf. Es iſt erfreulich, daß die Staatsbehörden neuerdings dem Turnen ſo große Förderung angedeihen laſſen.

*

Leichtathletik.

Die Reihe der diesjährigen nationalen Sportfeſte im engeren Mitteldeutſchland beginnt eigentlich erſt mit dem unſeres Sportvereins von 1899. Trotzdem am gleichen Tage in Magdeburg und Köthen „Nationale Wettkämpfe" ſind, iſt das Meldeergebnis zu dem 1. Nationalen unſerer 99er glänzend zu nennen. 20 Vereine aus dem Reiche, u. a. aus Magdeburg, Köthen, Leizig, Halle, Zeitz, Landsberg, Niemegk, Gr.-Kayna haben rund 200 Teilnehmer gemeldet, rechnet man die des Veranſtalters hinzu, ſo ſind es ſogar weit über 250. Die Beſetzung der einzelnen Konkurrenzen iſt ſehr gut. U. a. ſtartet beſtimmt der Mitteldeutſche Langſtreckenmeiſter Bräutigam-Zeitz über 300 Meter.

I. Nationale Wettkämpfe des Sportvereins von 1899
22. Juni 1924 — 99er Platz — 250 Teilnehmer
Vorkämpfe 9½ Uhr vormittags — Hauptkämpfe 2 Uhr nachmittags

Spannende Kämpfe werden ſich alſo am nächſten Sonntag auf der ſich in glänzender Verfaſſung befindlichen Aſchenlaufbahn auf dem 99er Platz abwickeln. Vor allem werden uns Merſeburgern zum erſtenmal beſte leichtathletiſche Wettkämpfe gezeigt werden und die Wettkämpfe bedeuten ohne Zweifel für Merſeburg die größte diesjährige raſenſportliche Veranſtaltung. Wir werden in unſerer Vorſchau noch eingehender und ausführlich über die Wettkämpfe berichten.

*

Neumark I—Sportfreunde I-Halle 3 : 2 (1 : 2).

Nachdem die Verſuche der Spielvereinigung, mit Gegnern der Halliſchen Liga die Kräfte zu meſſen, bislang geſcheitert waren, gelang es ihr, für das von Arnſtadt 07 abgeſagte Spiel in letzter Stunde die Sportfreunde-Mannſchaft nach hier zu verpflichten und zu ſchlagen. Es muß feſtgeſtellt werden, daß der Sieg Neumarks einwandfrei errungen wurde. Wenn auch Sportfreunde mit Erſatz für ihren Mittelläufer Winter antraten, ſo muß geſagt werden, daß das Mitwirken desſelben in dieſem Spiele das Reſultat auch nicht geändert hätte, zumal noch berückſichtigt werden muß, daß Wollny als Mittelläufer die erſte Halbzeit verſagte. Übrigens traten die Veilchen erſtmals wieder mit ihrem Tormann Ecke an. Das Spiel war immer offen, was auch dem Eckenverhältnis von 8 : 7 für Neumark entſpricht. Das Spiel verhieß zu Anfang einen guten Verlauf zu nehmen, doch als der Schiedsrichter E. Schlegel (99) beim Stande von 1 : 0 für Neumark letzteren einen Elfmeter zuſprach — brachten Sportfreunde eine unnötige harte Note ins Spiel. Bereits in der 8. Minute nach Spielbeginn konnte Neumark das erſte Tor einſenden und 5 Minuten ſpäter fällt der Ausgleich für Sportfreunde, welche dann 5 Minuten vor Halbzeit in Führung gehen können. Etwa in der Mitte der 2. Halbzeit verhindert ein Verteidiger von Sportfreunde durch Handmachen vor dem Tor eine todſichere Sache, der fällige Elfmeter wird zum Ausgleich verwandelt und 10 Minuten ſpäter iſt es Röſiger, der durch unhaltbaren Schuß den Sieg Neumarks ſicher ſtellt. Schiedsrichter Schlegel war gut.

*

Vom Baden im Fluß.

Die beginnende Badeſaiſon gibt von neuem Anlaß, Maßregeln zur Vermeidung von Unglücksfällen und Erkrankungen zu geben. Insbeſondere iſt einige Vorſicht beim Baden im Fluß mit ſeiner oft ſtarken Strömung geboten. Deshalb ſoll aber niemand Angſt bekommen vor dem Flußbad. Mit der Zeit, hauptſächlich, wenn die Sonne ſtärker brennen und die Hochſaiſon ſein wird, iſt von der ſtarken Strömung in unſeren Flußbädern nichts mehr zu ſpüren. Immerhin wird die Beantwortung der Frage intereſſieren, wie man ſich die Erfriſchung des Bades verſchaffen kann, ohne ſich einer Lebensgefahr auszuſetzen.

Von den Todesfällen beim Baden, welche die Chronik ſchon meldete, handelte es ſich bei den meiſten um ein Verſagen der Herztätigkeit. Der Badende geht zu raſch ins Waſſer, ohne vorher den erhitzten Körper abgekühlt zu haben. Der Unterſchied zwiſchen erhitzter Körpertemperatur und dem Waſſer iſt zu groß, als daß die Körperwärme einen leidlichen Ausgleich erfahren könnte. So kommt es, daß die Herztätigkeit plötzlich in Unordnung gerät, der Badende verliert die Beſinnung und ſinkt unter. Wie kann man ſich davor ſchützen? In erſter Linie muß der Körper nicht zu ſtark überhitzt werden. Iſt man an dem Badeort angelangt, ſo iſt dringend nötig, langſam ſich zu entkleiden, den Körper einige Minuten mit dem Badewaſſer abreiben und ihn dann langſam den Fluten zu übergeben — dann findet allmählich ein Ausgleich zwiſchen Körpertemperatur und der des Waſſers ſtatt.

Auch iſt es ratſam, nicht ſtundenlang im Waſſer ſich aufzuhalten, wie es oft geſchieht, ſondern zur rechten Zeit herauszuſteigen, damit die Körpertemperatur nicht allmählich unter die Norm kommt. Iſt der Körper den Fluten entſtiegen, dann pflegt gewöhnlich das Trocknen durch die Sonne einzuſetzen, ein Akt, der ſchon manchem zum Verhängnis geworden iſt. Es ſetzt hier der umgekehrte Prozeß ein, der Körper wird von einer mäßigen Temperatur den Strahlen der ſiedenden Sonne ausgeſetzt und abnorm überhitzt, was ſtundenlang fortgeſetzt wird. Geſchieht das kürzere Zeit, etwa zehn bis zwanzig Minuten, ſo wäre das der Geſundheit höchſt zuträglich, da dann die ganze Zirkulation in Wallung kommt und ſämtliche Organe lebhaft mit Blut durchſpült werden. Bei Übertreibung aber und allzu langem Ausſetzen der Sonnenſtrahlen tritt eine Überhitzung aller Organe ein, beſonders von Herz und Gehirn; Übelkeit, Erbrechen, Schwindelgefühl — bis Sonnenſtich ſind in ihrem Gefolge.

Alſo etwas Vorſicht und man wird ſich beim Flußbad und beim Sonnenbad vor Gefahren bewahren.

Briefkaſten der Redaktion.

B. L. In dem fraglichen Falle kann der Mieter zur Hauszinsſteuer in dem Umfange herangezogen werden, wie er nach dem Verhältnis der geſetzlichen Miete daran anteilig in Anſpruch genommen werden kann. Gewerblich benutzte Räume unterlagen in der Zeit vom Auguſt bis einſchließlich November 1923 nicht der geſetzlichen Mietsregelung. Bei Wiedereinführung der geſetzlichen Mietsregelung wurde beſtimmt, daß die in der Zeit der freien Wirtſchaft abgeſchloſſenen Mietsverträge in bezug auf den Mietspreis ohne weiteres dahingehend geändert werden können, daß die geſetzliche Miete auch für dieſe Verträge Platz greift. Damit beſteht auch für gewerbliche Räume grundſätzlich eine geſetzliche Miete. Sofern eine höhere oder niedrigere Miete gezahlt wird, geſchieht dies ohne geſetzlichen Zwang. Deshalb iſt, worauf der Hanſa-Bund für Gewerbe, Handel und Induſtrie aufmerkſam macht, die Hauszinsſteuer auch von denjenigen Mietern zu tragen, die eine höhere als die geſetzliche Miete zahlen. Bei der Umlegung iſt jedoch nicht die vereinbarte, ſondern die geſetzliche Miete maßgebend.

M. R. An Ihrem Vermögen, ſei es Geld, Möbel uſw. hat Ihr Mann das Recht der Verwaltung und der Nutznießung. Dieſes Recht erſtreckt ſich aber nicht auf Ihr Vorbehaltsgut. Solches Gut ſind die zu Ihrem perſönlichen Gebrauch beſtimmten Sachen, ſo Kleider, Schmuckſachen uſw., ferner, was Sie durch Ihre Arbeit z. B. als Aufwartung, Waſchfrau, Näherin uſw., nicht durch in Haus und Beruf, zu der Sie Ihrem Mann verpflichtet ſind, erwerben, was durch Ehevertrag als Vorbehaltsgut erklärt worden iſt, und was Sie aus einem Nachlaß erben oder durch unentgeltliche Zuwendung eines Dritten unter der Beſtimmung des Erblaſſers oder des Dritten erwerben, daß es Vorbehaltsgut ſein ſoll. Hat alſo Ihr verſtorbener 1. Mann über die Möbel, Gelder uſw., die Ihnen aus ſeinem Nachlaß zugefallen ſind, durch Teſtament nichts beſtimmt, und liegen auch ſonſt die Vorausſetzungen für Vorbehaltsgut nicht vor, ſo dürfen ſie ohne Zuſtimmung Ihres jetzigen Mannes Möbel, Gelder uſw. nicht Ihren Kindern ſchenken.

M. R. in S. Die Hypothek iſt am 1 März 1920 ausgeliehen. Damals ſtand der Dollar auf 100 PM., die GM. alſo auf 25 PM. Die Umrechnung der 10 000 PM. in GM. ergibt 400 GM. Von dieſer Summe ſind 15 Prozent aufzuwerten, ſo daß 60 GM. auszuzahlen ſind.

Kleintiere. Der Hauswirt würde ſich jedenfalls verbitten, daß Sie Karnickel im Keller halten. Selbſtverſtändlich darf auch er dort nicht Karnickelzucht treiben. Denn auch ſeine Karnickel bezw. deren Unrat verpeſten die Kellerluft und entziehen den Keller ſeinen ordnungsmäßigem Gebrauch.

Volkswirtſchaftliches.

Berliner Börſe vom 17. Juni 1924.

Mitgeteilt von der Commerz- und Privatbank Merſeburg, Markt 31.

Hapag	20,50	Görlitzer Waggon	2,50	**Freiverkehr.**	
Hanſa Dampf.	26,50	Gothaer Waggon	1,60	Chem. Zeitz	4,—
Nordd. Lloyd	4,10	Hackethal	1,30	Teichgräber	0,77
Ver. Elbeſchiff.	2,—	Hirſch Kupfer	17,60	Becker Stahl.	2,30
Commerzbank	3,36	Höchſter Farbwerke	8,50	do. Kohle	4,25
Deutſche Bank	7,—	Ilſe Bergbau	10,65	Grade Motoren	0,70
Darmſt. u. Nationalb.	6 00	Köln Rottweiler	4,75	Ufa	3,75
Dresdner Bank	4.25	Nordd. Wolle	28,75	Kali Krügershall	2,50
Leipz. Credit (Adca)	1,30	Rütgerswerke	8,63	Diamond ſhares	12,75
Wiener Bank	0,25	Rückforth Sprit	0,40	Dt. Wald u. Holz	0,07
A. E.-G.	6,65	Rhein-Sprengſtoff	2,75	Berlin-Halberſtädter	0,01
Agfa	8,60	Sarotti	0,95	Lindner Auto	0,09
Badiſche Anilin	12,25	Schwartzkopf Maſch.	8,75	Stahlwerk Krone	0,3
Daimler Motoren	2,10	Stöhr Kammgarn	48,60		
Deutſche Maſchinen	4,—	Tecklenborg Schiff.	5,60		
Deutſche Kabel	0,85	Tritonwerke	2.40		
Dynamit Nobel	4,90	Wernshauſen Kammg.	4,50		
Elektra Dresden	0,80	Zwickauer Maſch.	0,90		
Fahlberg Liſt	1,87				

(Alles in Billionen Prozent.)

Leipziger Börſe vom 17. Juni 1924.

Mitgeteilt von der Commerz- und Privatbank Merſeburg, Markt 31.

Mansfeld	2,50	Glauzig Zucker	11,13	Thüring. Gas	3,50
Hartmann S. Maſch	2,40	Roſitz Zucker	23,50	**Freiverkehr.**	
Kirchner u. Co.	9,75	Chromo Najork	1,10	Altenburg. Glas	6,65
Sondermann u. Stier	0,42	Cröllwitz Papier	3,30	Bauchwitz Pſcherer	0,27
Wotan Werke	1,60	Altenburger Landkraft	0,60	Dermatoidwerke	1,70
Falkenſteiner Gard.	7,—	Hetzer Weimar	0,65	Kammg. Silberſtraße	0 75
Kammgarn Gautzſch	3,—	Hupfeld	2,00	Leutke Piano	0,56
Textiloſe Clavicz	1,—	Kunſt Groß	1,00	Polack Gummi	0,84
Tränkner u. Würker	3.20	Ldkr. Leipz. (Kulkw.)	2,75	Samſonia	0,07
Leipzig Riebeck	4,30	J. C. Richter	1,80	Seag	—,—
Wurzen K. (Krietzſch	1,—	Fritz Schulz jr.	10.—		

(Alles in Billionen Prozent.)

Halleſche Börſe vom 17. Juni 1924.

Kursnotierungen der Halleſchen Bankfirmen.

Mitgeteilt von der Commerz- und Privatbank Merſeburg, Markt 31.

Bank- u. Verſich. Akt.		Eilenb. Katt.-Manuf.	8,—	**Im Freiverkehr genannte Kurſe.**	
Halleſcher Bankverein	1,—	Eiſenwerk Brünner	0,7	„Api" (Petrol.-Ind.)	2,5
Hall. Effkt. u. Wechſ.	0,20	Zimmermann u. Co.	0.4	Bankverein Artern	1,2
Gewerbe- u. Handelsb	0,28	do. Vorzugs-Aktien	—	Bernburg Saalmühlen	0,5
Landcredit-Bank	0,03	Glauziger Zuckerf.	11,25	Caeſar u. Loretz	2,1
Zörbiger Bankverein	1,60	Halleſche Maſchinenf.	8,5	Hll. Röhrenw., j. Akt	—
Iduna Feuerverſich.	5,—	Halleſche Röhrenw.	1,3	Hanſ-Import	1,2
Bergw.-Akt. u. Kuxe.		Heckert-Glas	0,20	Kaliw. Krügershall	2
Halle. Pfännerſchaft	8.5	Hildebrand Mühlenw.	1,8	Kyffhäuſerh., j. Akt.	—
Prehl. Braunkohlen	42	Moritz Jahr	0.75	Lindner, junge Akt	—
Riebeck Montanwerke	28	Gebr. Jentzſch	7	Mansfeld Bergbau	2,3
Werſchen-Weißenfelſer	55	Kaiſerbad Schmiedeb.	5	Portland-Cementf.	4,7
Bruckdorf-Nietleben	—	Wilhelm Kathe	0,75	G. Beſter, Spedition	0,5
Induſtrie-Aktien.		Körbisdorfer Zuckerf.	—	Zimmerm. Co., j. Akt.	—
Ammend. Papierf.	2,9	Kyffhäuſerhütte	0,5	Hildebr. Mw., j. Akt.	—
Cröllw. Papierf.	4,0	Gottfried Lindner	4,1	Cröllw. Papf., j. Akt.	—
Cönnerner Malzf.	20	Schraplauer Kalkw.	0,9		
		Wegelin u. Hübner	4,4		
		Zeitzer Maſchinenf.	—		
		Zuckerraffinerie Halle	—		

(Alles in Billionen Prozent.)

Vermiſchte Nachrichten.

* **Eine verhängnisvolle Beweisführung.** In Tia Juana in Kalifornien war ein Selbſtmord zu unterſuchen. Um das Verfahren des Selbſtmörders zu erläutern, hielt der Richtr den Revolver, den man neben dem Toten gefunden hatte, gegen ſeinen Nacken und berührte dabei verſehentlich den Abzug; der Schuß ging los und der Richter ſank, von der Kugel getroffen, tot zu Boden.

* **Selbſtmord eines Berliner Maſſenmörders.** In der Nacht zum Montag hat ſich im Gerichtsgefängnis in Glogau der wegen zahlreicher Maſſenmorde und unzähliger ſchwerer Einbruchsdiebſtähle in Unterſuchungshaft befindliche Arbeiter Eduard Scheibner aus Berlin in ſeiner Zelle erhängt. Scheibner, der ſich in Einzelhaft befand, muß die Tat gleich nach der Reviſion ſeiner Zelle begangen haben; denn als der Gefängnisbeamte beim nächſten Kontrollgange die Tat bemerkte, war die Leiche bereits erſtarrt. Damit hat eine Verbrecherlaufbahn ihr Ende gefunden, die alles in den Schatten ſtellte, was bisher auf kriminellem Gebiet überhaupt zu verzeichnen war. Selbſt der Maſſenmörder Sternickel, der in der Vorkriegszeit lange Zeit die Gemüter außerordentlich erregte, iſt von Scheibner übertroffen worden. Wie auf Grund der amtlichen Auskunft der Staatsanwaltſchaft in Glogau mitgeteilt werden kann, iſt die Vorunterſuchung gegen Scheibner wegen ſieben Mordtaten zum Abſchluß gebracht worden, ſo daß in dieſen Fällen bereits Anklage erhoben werden konnte. Die Hauptverhandlung ſollte in aller Kürze vor dem Glogauer Schwurgericht ſtattfinden.

* **Die älteſte Banknote.** Die älteſte Banknote, von der nur noch vier Exemplare vorhanden ſind, ſtammt aus China. Sie wurde von dem erſten Herrſcher der Mingdynaſtie ausgegeben, alſo in der Mingperiode, die in die Zeit von 1368—1399 fällt. In China gab es alſo ſchon Banknoten, bevor es in Europa Banken gab, als deren älteſte die 1491 in Barcelona errichtete gilt. Aber auch dieſe hat noch keine Banknoten ausgegeben, ſondern erſt die im Jahre 1868 in Stockholm gegründete Bank. Die älteſte chineſiſche Banknote trägt zu oberſt eine Aufſchrift, die in der Überſetzung lautet: ein allgemein gültiger Wertſchein der Taiming-Dynaſtie, allgemein gültig unter dem Himmel. In der Mitte der Note ſteht mit großen Buchſtaben ihre Wertbezeichnung: „Kwan". Auch die Strafe für Fälſchung und Nachahmung wird angegeben: Wer falſche Scheine herſtellt oder verwendet, ſoll enthauptet werden. Wer Fälſcher ergreift, erhält eine Belohnung von 250 Silbertael, ſowie das feſte und bewegliche Eigentum des Fälſchers.

* **Auch in Rom Stierkämpfe.** „Grandi Corrida di Tori" verkünden ſeit einigen Tagen an allen Ecken Roms große Plakate! Rom ſoll ſein Stiergefecht haben ſo gut wie Madrid und Sevilla; der im vorigen Jahre nicht ganz geglückte Verſuch ſoll jetzt im größeren Stile wiederholt werden und die Preſſe iſt entzückt von dem Gedanken. Das Gerücht will wiſſen, daß Muſſolini ſelbſt dieſem Gedanken naheſteht, wie er denn überhaupt alles, was perſönlichen Mut und körperliche Kraft erfordert, zu fördern geneigt iſt. Jetzt mag der Beſuch des Hofes und der Flotte in Spanien die Ausführung beſchleunigt haben; ſchon ſind Stiere beſter caſtillianiſcher Zucht unterwegs und mit ihnen ein ausgeſuchtes Perſonal ſpaniſcher Eſpadas, Capeadores, Banderiſſeros und Picadores, dieſelben, wie die Blätter melden, die in Madrid vor dem ſpaniſchen Königshaus geſpielt haben. Das alles wird ſich am letzten Sonntag des Juni dem römiſchen Volke im Stadio Nazionale, einem modernen Bau im Stile des Berliner Weſtend-Stadions, zeigen.

* **Wohlfahrtsſcheck gegen gewerbsmäßiges Betteln.** Um der gewerbsmäßigen Bettelei zu ſteuern, hat das ſtädtiſche Wohlfahrtsamt in Dortmund Wohlfahrtsſchecks drucken laſſen, die in Sammelheften zu je 20 Stück, pro Stück 5 Pfg., zum Preiſe von 1 ℳ an private Wohltäter abgegeben werden. Dieſe geben den Scheck dem Bettler ſtatt Bargeld und Naturalien. Der Wohlfahrtsſcheck weiſt den Bettler an, zum Wohlfahrtsamte zu gehen. Hier wird ſeine wirtſchaftliche Lage in kürzeſter Friſt geprüft und ihm erforderlichenfalls geholfen. Nur durch die Ausgabe der Wohlfahrtsſchecks kann man der ausbeutenden Bettelei entgegentreten. Die tatſächlich Bedürftigen geben ihren Scheck beim Wohlfahrtsamt ab, damit ihnen geholfen wird, die gewerbsmäßigen Bettler aber fürchten die Entſchleierung ihres Geſchäftsgeheimniſſes und löſen die Schecks nicht ein. Das für die neueingelöſten Schecks verbleibende Geld kann dann für wirklich Bedürftige verwendet werden.

*

Ruſſiſche Zuſtände.

Von Axel Schmidt-Berlin.

Über die Verhältniſſe in Rußland wird ſo überaus verſchieden geurteilt, daß ich kürzlich einen Herrn, der Rußland von früher her gut kennt und jetzt wieder geſchäftlich in Petersburg und Moskau zu tun hatte, bat, mir ſeine Eindrücke und Beobachtungen zu ſchildern.

Allem zuvor hob er hervor, daß von ſeinen alten Bekannten, freilich nur im vertrauten Kreiſe, zugegeben wurde, daß der rote Terror in den letzten Monaten wieder ſtark zugenommen habe. Niemand fühle ſich mehr ſicher in ſeiner Stellung. Beſonders hat es der wieder „kriegeriſch gewordene Kommunismus" auf die ſogenannten Nep-Männer abgeſehen: d. h. auf diejenigen, die ſeit Lenins neuer Wirtſchaftspolitik den Verſuch machten, Handel und Wandel wieder anzukurbeln. Der Dank für dieſe Bemühungen iſt jetzt nur zu oft Verbannung oder Verurteilung wegen „konterrevolutionärer Geſinnung". Wehmütig hatte in Petersburg der Leiter einer großen Privatfirma meinem Gewährsmann geſagt: „Der nächſte, der daran wird glauben müſſen, bin ich. Der Mohr hat ſeine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Mein Unternehmen floriert, während die Staatsbetriebe gleicher Branche Zuſchüſſe verlangen — das iſt natürlich ein ſchweres Verbrechen in den Augen der roten Herren." Ins Ausland kann aber ſolch ein dem Tode Verfallener nicht, weil er keinen Reiſepaß erhält.

Das Wirtſchaftsleben iſt augenblicklich ins Stocken geraten und es iſt wenig Ausſicht vorhanden, daß es beſſer wird. Die Schilderungen vom Luxus auf der Straße und in den Läden, und vom flotten Leben in den Reſtaurants gehören der Vergangenheit an, weil jeder, der ſich beſſer kleidet oder mehr Geld ausgibt, ſich der G. P. U. (der Geheimpolizei, früher Tſcheka) verdächtig macht. Stehkragen iſt zum Beiſpiel der ſicherſte Beweis für einen Ausländer. Von den Einheimiſchen werden Bauernleinen und Baſtſchuhe bevorzugt, um in der proletariſchen Maſſe unbemerkt verſchwinden zu können. Die Wohnungsverhältniſſe ſind miſerabel. In Petersburg und Moskau ſind zwar die Faſſaden der Häuſer auf Befehl renoviert worden, im Innern ſind die Gebäude um ſo mehr verfallen. Waſſerleitung und -Spülung funktioniert nicht; auch die Dampfheizung iſt meiſt außer Betrieb geſetzt; die Parkettböden ſind teilweiſe aufgeriſſen oder angebrannt durch unvorſichtiges Umgehen mit der Notheizung. Zudem ſind in den vornehmen Privathäuſern meiſtenteils auch Arbeiter einquartiert, zu welchem Zwecke die größeren Räume durch Bretterverſchläge abgeteilt ſind. Das Zuſammenleben einer „Bourgeois"-Familie mit den Arbeitern iſt ſchon deshalb ein zweifelhaftes Vergnügen, weil die kommuniſtiſchen Arbeiter nur zu geneigt ſind, den Bourgeois zu denunzieren. Sich eine Wohnung wieder in Stand ſetzen zu laſſen, iſt eine höchſt koſtſpielige Sache. Ein Beiſpiel aus Petersburg möge das illuſtrieren. Eine engliſche Firma hat für ihren Direktor und ſeinen Gehilfen ein Haus mit zwei Vierzimmerwohnungen für 20 000 Rubel gekauft. Das Haus muß von Grund aus in Stand geſetzt werden. Waſſerleitung und Spülung, Heizung, Fußböden, Türen und Fenſter müſſen renoviert werden. Außerdem ſind an Steuern etwa 300 Rubel monatlich zu zahlen. Dabei verfällt das Haus nach 20 Jahren wieder dem ruſſiſchen Staat, der es dann von neuem auf Zeit verkaufen kann. Ohne die Koſten der Renovierung würde demnach jede der beiden Wohnungen 2500 Rubel oder über 5000 Goldmark im Jahre koſten. Überhaupt iſt das Leben in Petersburg und Moskau unendlich viel teurer als in Deutſchland. Was hier eine Mark koſtet, koſtet in Rußland einen Dollar, wobei die Lebensmittel verhältnismäßig noch billig ſind.

Beſonders auffällig iſt es für jeden, der Rußland von früher her kennt, wie ſich auch die Städte aſiatiſiert haben. Das iſt verſtändlich, wenn man ſich Rechenſchaft darüber gibt, daß die europäiſch gebildete Oberſchicht zum größten Teil zu Grunde gegangen oder ins Ausland geflüchtet iſt, die Reſte aber völlig proletariſiert ſind. Napolons Wort vom Tataren, der zum Vorſchein kommt, wenn man vom Ruſſen den europäiſchen Firniß abkratzt, iſt heute aktueller denn je. Moskaus Entwicklung iſt nahe an Aſien herangerückt und man erkennt erſt jetzt, wie recht diejenigen hatten, die im Kriege erklärten, daß Europas Grenze mit der der Randſtaaten zuſammenfalle.

Mein Gewährsmann war gerade in den Tagen in Moskau, wo die Demonſtrationen gegen Deutſchland wegen der Hausſuchung in der ſowjet-ruſſiſchen Handelsvertretung in Berlin ſtattfanden. Stundenlang zogen die aus der Fabrik abkommandierten Arbeiter, die übrigens dafür regelrecht bezahlt werden, mit ihren roten Fahnen und den Proteſtſchildern in der Stadt umher. Die Fülle des roten Tuches, die hierbei wie am 1. Mai verbraucht wird, iſt erſtaunlich. An dieſem Tage war auch die kleinſte Eiſenbahnſtation mit zahlreichen großen und kleinen Fahnen geſchmückt. Diejenigen Textilfabriken, die den roten Stoff herſtellen, ſind ſtets beſchäftigt, weil das rote Tuch ſpäter von Frauen und Mädchen zu Kopftüchern, die turbanartig getragen werden, zerſchnitten wird. Unter den zahlreichen Proteſtaufſchriften befanden ſich auch noch Verwünſchungen gegen die Schweiz wegen der Ermordung des Geſandten Worowſki. Wie meinem Gewährsmann geſagt wurde, ſoll das daher kommen, daß dieſe Proteſtſchilder den Fabriken von der Regierung geliefert werden und es hin und wieder vorkommt, daß vergeſſen wird, ein oder das andere Schild mit der „jeweiligen Volksempörung" zu überkleben.

Ganz Moskau verfolgt augenblicklich die Arbeit eines Kiewer Profeſſors der Medizin, der den Befehl erhalten hat, Lenins Leichnam, der bisher dem Volke unter Glas einbalſamiert gezeigt wurde, vor dem Verfall durch die Sommerhitze zu ſchützen. Der arme Gelehrte arbeitet jetzt fieberhaft, weil er um ſein Leben ſpielt. Die roten Herren halten nämlich die ſchlechte Einbalſamierung für eine konterrevolutionäre Bosheit der Bourgeoiſie-Gelehrten. Sie haben dem Profeſſor jetzt das Ultimatum geſtellt: Entweder Konſervierung der Leiche Lenins oder Übergabe an die G. P. U., von wo es nur ſelten Rückkehr gibt.

Wie dieſer arme Gelehrte, ſo befindet ſich die ganze bürgerliche Geſellſchaft unter dem ſtändigen Druck der Frage: Wann kommt die Reihe an mich. Das Fahren von Laſtautomobilen in der Nacht iſt für jeden Moskauer und Petersburger das ſicherſte Zeichen dafür, daß die G. P. U. wieder an der Arbeit iſt, ſich unter den Reſten der bürgerlichen Geſellſchaft weitere Opfer zu holen.

Amtsblatt der Stadt Merſeburg

Stück 23 Mittwoch, den 18. Juni 1924

Polizeiverordnung

betreffend Desinfektion bei anſteckenden Krankheiten.

Auf Grund der §§ 5, 6 und 15 des Geſetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und des § 143 des Geſetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird mit Zuſtimmung des Magiſtrats für den Stadtkreis Merſeburg verordnet was folgt:

§ 1.

Die Haushaltungsvorſtände oder deren Stellvertreter ſind verpflichtet, bei Krankheitsfällen an Ausſatz, Cholera, Pocken, Peſt, Flecktyphus, Unterleibstyphus, Diphterie, Ruhr, Scharlach, Genickſtarre, Körnerkrankheit, Milzbrand, Rotz und Tuberkuloſe, laufend die von den Kranken benutzten Räume und Sachen durch einen vom Magiſtrat verpflichteten oder angeſtellten Desinfektor desinfizieren zu laſſen (ſog. Desinfektion am Krankenbett).

Bei Sterbefällen an genannten Krankheiten — bei Tuberkuloſekranken auch bei deren Umzuge (Wegzuge) — muß die Schlußdesinfektion unbedingt, bei Krankheits- und Sterbefällen an anderen übertragbaren Krankheiten auf beſondere Anordnung der Geſundheitspolizeibehörde ausgeführt werden.

In Anſtalten übernehmen die Verpflichtungen der Haushaltungsvorſtände die Leiter, Verwalter oder Hausväter, bei Privatkrankenanſtalten oder Heimen die Unternehmer, und für alle dem öffentlichen Verkehr dienenden Aufenthaltseinrichtungen, wie Gaſthäuſer, Herbergen uſw. deren Beſitzer oder Leiter.

Desinfektionen, die in den Räumen öffentlicher Krankenhäuſer oder an den Sachen der dort untergebrachten Kranken erforderlich werden, können durch einen dazu geeigneten Angeſtellten der betreffenden Anſtalt erfolgen.

§ 2.

Die Schlußdesinfektion muß von dem in § 1 Verpflichteten innerhalb 24 Stunden nach der Geneſung des Kranken oder, nachdem der Kranke oder die Leiche aus der Wohnung oder aus dem benutzten Raume entfernt worden iſt, bei der zuſtändigen Ortspolizeibehörde beantragt werden.

Die laufenden Desinfektionen ſind unter Beachtung des Erlaſſes des Herrn Miniſters für Volkswohlfahrt — Amtsblatt des Preußiſchen Miniſteriums für Volkswohlfahrt 1921 Seite 191 — vorzunehmen, — vom 8. Februar 1921 — J.-Nr. III. Nr. 64 — ſ. Volkswohlfahrt zu bewirken.

§ 3.

Die Desinfektion erfolgt unter Beachtung der für die Desinfektoren erlaſſenen Dienſtanweiſung. Die von den Verpflichteten zu tragenden Koſten werden vom Magiſtrat feſtgeſetzt.

§ 4.

Mit Geldſtrafe bis zu 150 ℳ, im Unvermögensfalle mit verhältnismäßiger Haft wird beſtraft:

1. wer den Vorſchriften in §§ 1 bis 3 zuwiderhandelt,
2. wer durch ſein Verhalten die in § 1 vorgeſchriebene Desinfektion hindert oder unmöglich macht, ſofern nicht durch die Zuwiderhandlung die im § 327 des R.Str.G.B. vorgeſehene höhere Strafe verwirkt iſt.

Daneben kann die Ausführung der Desinfektion auf Koſten des Verpflichteten durch die Polizeibehörde gemäß § 132 des Geſetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 im Zwangswege angeordnet und durchgeführt werden.

§ 5.

Dieſe Polizeiverordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Merſeburg, den 12. Juni 1924. Zu P.I. 1073/24.

Die Polizeiverwaltung.

Wertzuwachsſteuerordnung.

Die von den ſtädtiſchen Körperſchaften am 6./26. Mai 1924 — V. 452/24 — beſchloſſene Wertzuwachsſteuerordnung iſt durch Verfügung vom 5. Juni 1924 — I. f. 2765 — von der Aufſichtsbehörde genehmigt worden. Die Ordnung hängt vom 19. Juni bis 2. Juli 1924 am Brett im Rathaus am Markt aus.

Merſeburg, den 14. Juni 1924.

V. 1235/24. **Der Magiſtrat.**

Beherbergungsſteuer.

Durch Verfügung des Herrn Regierungspräſidenten vom 5. Juni 1924 — I. f. 2685/24 — iſt die Ordnung betr. Beſteuerung des Herbergsvertrages vom 26. Juli 1921 auf ein weiteres Jahr genehmigt worden. Die Genehmigungsverfügung hängt vom 19. Juni bis 2. Juli 1924 im Rathaus am Markt aus.

Merſeburg, den 17. Juni 1924.

V. 1236 24 **Der Magiſtrat.**

Bekanntmachung.

Die Regierung zu Merſeburg, Abteilung für direkte Steuern, Domänen und Forſten hat auf Grund des § 11 des Fiſchereigeſetzes vom 11. Mai 1916 (G.S. S. 55) in Verbindung mit §§ 186 ff. des Waſſergeſetzes vom 7. April 1913 (G.S. S. 53) den Antrag geſtellt, folgende, dem preußiſchen Domänenfiskus zuſtehende Fiſchereirechte in das Waſſerbuch einzutragen:

- I. a) in der Saale von der Einmündung der Ilm bis zum Goſecker Wehr,
  - b) in der kleinen Saale von der Köſener Mühle bis zur Mündung nördlich Altenburg,
  - c) in der Unſtrut vom Freyburger Walde bis zur Mündung in die Saale,
  - d) im Unſtrut-Altarm bei der Mündung in die Saale;
- II. a) in der Saale vom Goſecker Wehr bis zur früheren Burgwerbener Mühle einſchl. der Doppelarm bei der Beuditz-Vorſtadt in Weißenfels und bei der Herrenmühle,
  - b) im Saale-Altarm bei Leißling,
  - c) im Saale-Altarm bei Lobitzſch,
  - d) im Saale-Altarm bei der Marienmühle;
- III. a) in der Saale von der Burgwerbener Mühle bis zur Straßenbrücke bei Schkopau,
  - b) im Saale-Altarm bei Leuna,
  - c) im Saale-Altarm bei Creypau;
- IV. in der Saale von der Straßenbrücke bei Schkopau bis zur Mündung der weißen Elſter;
- V. a) in der Saale von der Elſtermündung bis zur Böllberger Mühle,
  - b) im Saale-Altarm bei Wörmlitz;
- VI. in der Saale vom Wehr an der Südſpitze der Rabeninſel weſtlich um dieſe herum bis zur Wiedervereinigung;
- VII. a) in der Saale von der Böllberger Mühle bis zur Einmündung des Steinmühlengrabens,
  - b) in der wilden Saale bis zu der der Einmündung des Steinmühlengrabens gegenüberliegenden Stelle einſchl. aller Zwiſchenläufe (aber ohne die Schleuſengräben, den Sophienhafen, den Böllberger und Gimritzer Mühlgraben);
- VIII. in der Saale von der Einmündung des Steinmühlengrabens bis zur Burgruine Giebichenſtein (beide Arme der Saale);
- IX. a) in der Saale von der Burgruine Giebichenſtein bis zur Pögritz-Mühle bei Wettin,
  - b) im Altarm der Saale bei Lettin,
  - c) in der kleinen Saale bei Wettin;
- X. in der Saale von der Pögritz-Mühle bis zum ſogen. Gnölbziger Damm;
- XI. von der Einmündung des Trebnitzer Grabens bis zur Landesgrenze ſüdlich Groß-Wirſchleben.

Widerſprüche gegen vorſtehenden Antrag ſind bis zum 20. Juli dieſes Jahres bei dem Bezirksausſchuß ſchriftlich in 2 Stücken anzubringen.

Widerſpricht innerhalb dieſer Friſt niemand, ſo wird die Eintragung des Rechtes mit der geſetzlichen Wirkung des § 190 W.G. erfolgen.

Merſeburg, den 26. Mai 1924. B.A.W. 2702.

Der Bezirksausſchuß
(Waſſerbuchbehörde).
gez.: Dr. Loeſener

Veröffentlicht.

Merſeburg, den 11. Juni 1924. Zu P.I. 1039|24.

Die Polizei-Verwaltung.

35]

Verkehr mit Milch.

Die ſeit 1. 6. 1921 geltende Anordnung über den Verkehr mit Milch vom 26. 5. 1921 — L.A. 476/21 — (Amtsblatt der Stadt Merſeburg Stück 39 v. 28. 5. 1921) bleibt bis zum 15. Juli 1924 in Kraft. (Verordnung zur Änderung der Regelung des Verkehrs mit Milch vom 6. 6. 1924 — R.G.Bl. 1924 Seite 643).

Der Verkauf von Sahne wird, ſoweit die Milchverſorgung dies geſtattet, auf jederzeitigen Widerruf genehmigt.

Nähere Anordnungen folgen.

Merſeburg, den 18. Juni 1924. L.A. 18/24.

Der Magiſtrat.

Vermietung eines Ladens.

Im Hauſe Neumarkt Nr. 17 iſt ein Laden mit Ladenſtube ab 1. Juli 1924 zu vermieten.

Geſuche mit Mietpreisangebot ſind bis zum 23. Juni 1924 an den Magiſtrat — Grundeigentumsverwaltung — einzureichen.

Merſeburg, den 17. Juni 1924. II. 401/24.

Der Magiſtrat.

Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merſeburg.

Merſeburger Korreſpondent

Erſcheint täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis monatlich 2,20 Mark, fällig bei Abholung frei Haus. **Abholerkarte** wöchentlich 53 Goldpfennig. **Poſtbezug** monatlich (Nachforderungsrecht vorbehalten). **Einzelnummer** 10 Goldpfennig, bei 8 Seiten 15 Goldpfennig, Sonnabends 20 Goldpfennig.
Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr uſw.) hat der Bezieher keinen Anſpruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreiſes.
Geſchäftshaus: Kleine Ritterſtraße 3.
Mitglied des Vereins Deutſcher Zeitungsverleger (Eingetragener Verein) Kreis Mitteldeutſchland.

Neueſte Nachrichten für Stadt und Kreis Merſeburg
Amtsblatt der Stadt Merſeburg
mit den wöchentlichen Beiblättern **Das Leben im Bild,** der Unterhaltungsbeilage **Am häuslichen Herd**
und dem zwanglos erſcheinenden Chroniſt von Merſeburg

Anzeigenpreiſe: Für den achtgeſpaltenen Millimeterraum 7 Goldpfennig; im Reklameteil 28 Goldpfennig; für Chiffreanzeigen und Nachweiſungen 21 Goldpfennig Aufſchlag. — Bei Umrechnung in Papiermark iſt der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgeblich. — Familienanzeigen beſonders ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzvorſchrift ohne Verbindlichkeit. Belegnummer wird berechnet.
Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags.
Fernruf: Redaktion 324, Geſchäftsſtelle 486.
Poſtſcheckkonto: Leipzig 39 070.

Nr. 141 — **Mittwoch den 18. Juni 1924** — **50. Jahrg.**

Deutſchland und der Völkerbund.

Ein Teil der Rechtspreſſe vergnügt ſich damit, das Kabinett Herriot zum Kabinett Nollet umzutauſen und mit Nollet ganz genau ſo innenpolitiſche Argumente zu ſchaffen, wie ſie vorher mit Poincare gemacht werden konnten. Man möchte aber lieber empfehlen, aus dieſer Eingeſponnenheit in engſte Parteipolitik herauszutreten und ſich die Dinge anzuſehen, um die es ſich heute wirklich handelt.

Dazu gehört vor allem die Tatſache einer wiederholten Gleichzeitigkeit und Gleichartigkeit engliſcher und franzöſiſcher Kundgebungen. Die Äußerungen über die Konferenz vom Sonntag ſind ſo taktmäßig aus London und Paris gekommen, die Kommentierung der Ernennung Nollets iſt in den „Times“ ſo genau und wortgetreu nach dem Muſter der gleichzeitigen Meldung des „Matin“ gearbeitet, daß man an lange vereinbarte gemeinſame Schachzüge, an ein verſtändnisvolles Spiel mit verteilten Rollen denken muß. Es iſt ja auch nicht zu vergeſſen, daß für Macdonald das Kabinett Herriot und für Herriot das Kabinett Macdonald zu den innenpolitiſchen Vorausſetzungen der Autorität vor ihrem eigenen Lande gehören. Ganz abgeſehen von der teilweiſen Gleichartigkeit der Programme und der (in der Politik mit Vorſicht zu behandelnden) Ideale, die Macdonald und Herriot bisher verkündet haben.

Es konnte alſo kaum mehr wundernehmen, daß am Spätabend des Montag ſich wieder eine ſolche demonſtrative Gleichzeitigkeit ereignete. Mac Donald hat nämlich eine Anfrage im Unterhaus über das Verhältnis Deutſchlands zum Völkerbund faſt wörtlich ſo beantwortet, wie ſich Herriot einem amerikaniſchen Journaliſten gegenüber im gleichen Thema geäußert hatte. Der Zufall oder die Abſicht fügte es, daß die Unterredung mit dem amerikaniſchen Journaliſten genau zu der Zeit den Weg in die internationale Preſſe fand, zu der der engliſche Parlamentsbericht der Montag-Sitzung auf Draht gelegt wurde.

Der Inhalt der beiden Äußerungen iſt: „Deutſchland hat bisher kein Geſuch um Aufnahme in den Völkerbund eingereicht. Das iſt bedauerlich. Es iſt klar, daß der Völkerbund durch Aufnahme Deutſchlands ſeinen eigentlichen Zielen näher gebracht wird. Im Völkerbund iſt die Stimmung für Aufnahme Deutſchlands. Deutſchland ſoll nicht nur in den Völkerbund aufgenommen werden, ſondern auch einen Sitz im Völkerbundrat erhalten. Wenn alſo bisher kein deutſches Geſuch vorliegt, ſo würden wir es (wir heißt jeweils Herriot oder Macdonald) ſehr begrüßen, wenn ein ſolches Geſuch käme.“

Statt ſich gegenſeitig über die Bedeutung Nollets rein innenpolitiſche Vorhaltungen zu machen, ſollte die deutſche Preſſe jetzt ohne Unterſchied der Parteirichtung ſich mit den Problemen beſchäftigen, um die es wirklich geht. Und dazu gehört die engliſch-franzöſiſche Einheitsfront ebenſo wie dieſe direkte Aufforderung zum Eintritt in den Völkerbund.

Denn nichts anderes als eine ſolche Aufforderung ſtellen die beiden gleichzeitigen Äußerungen Herriots und Macdonalds dar. Die Aufnahme in den Völkerbund geſchieht durch einſtimmigen Beſchluß der Mitglieder. Bisher mußte man damit rechnen, daß Frankreich den Eintritt Deutſchlands in den Völkerbund durch ein einfaches Nein unmöglich machen würde. Gegen Ende der Regierungszeit Poincarés ſchien in dieſer Beziehung auf Grund der Tätigkeit Macdonalds ein Wandel geſchaffen; aber man mußte beſorgen, daß Deutſchland zwar in den Völkerbund aufgenommen würde, praktiſch aber doch ausgeſchaltet bliebe, da kein Platz im Völkerbundrat zur Verfügung geſtellt würde. Der Völkerbundrat iſt die Exekutive und das eigentliche Herz des Völkerbundes; er war bisher zuſammengeſetzt aus den Vertretern der großen Ententemächte und aus wechſelnden Vertretern der kleinen Staaten. Dadurch war der Völkerbundrat zu einem Inſtrument der Entente geworden. Inzwiſchen iſt aber ſchon durch den engliſchen Völkerbundsdelegierten Parmoor der Vorſchlag gemacht worden, im Völkerbundsrat neben der für Amerika offen gelaſſenen Stelle noch zwei weitere für Deutſchland und Rußland zu ſchaffen. Mit ſolchen neuen Beſetzungen würde natürlich der Charakter des Völkerbundrats völlig verändert werden, und der Völkerbund hörte auf, eine intime Vereinsſitzung der Unterzeichner des Verſailler Vertrages zu ſein.

Man wird zugeben, daß jetzt die Schaffung einer vernünftigen außenpolitiſchen Front der deutſchen Preſſe für uns eine Lebensfrage iſt. Das gegenſeitige In-die-Luft-Argumen-
tungsleſer die wirklichen
ungewollt tiefe Einblicke
as iſt einer der Gründe,
ſo ſchlecht abgeſchnitten
ereitung hatten, ſondern
aterialſammlung für den
bevorſtehenden Entſchei-
Die Frage des Völker-
für Öſterreich war, als
ich ein Sitz im Völker-
iele eines der bisherigen
Hinderniſſe mag jetzt die
s vorteilhafter iſt, außer-
ihr deſſen Bewegungen
Debatte darüber könnte
Zeit eine Entſcheidung

ontrolle.

ſtrigen Vormittagsſitzung
ntrag der engliſchen Re-
t. Germain, Neuilly und
militäriſchen Rüſtungen
ölkerbund zu übertragen.
in, daß mit der Über-
ei Friedensverträge **auch**
denzfall geſchaffen werde
gelegenheit genau geprüft
Reſolutionen die beiden
miſſion zur Prüfung der
g an die ſtändig beratene
Militärkommiſſion des Völkerbundsrates an.

Der Regierungskurs in Frankreich.

Teil-Amneſtie für die Ruhr- und Rheinopfer. — Vorerſt keine Räumung des Ruhrgebiets.

Paris, 18. Juni. (WTB.) Die Regierungserklärung, die geſtern in der Kammer vom Miniſterpräſidenten Herriot und im Senat vom Juſtizminiſter Renault im Anſchluß an die Botſchaft des Präſidenten verleſen wurde, ſagt, daß die Regierung im Innern wie nach außen nur ein Ziel kennt, Frankreich in der Arbeit und durch den Fortſchritt den Frieden zu geben, den es ſo ſehr verdient, zunächſt den moraliſchen Frieden. Wir ſind zwar entſchloſſen, keinen Botſchafter beim Vatikan aufrechtzuerhalten und das Geſetz über die geiſtlichen Orden durchzuführen, aber das alles in keiner Weiſe aus dem Gedanken der Verfolgung und Intoleranz heraus. Der Gedanke des Laientums, wie wir ihn auffaſſen, ſcheint uns eine Gewähr für die nationale Einheit und Brüderlichkeit; deshalb iſt es unſer Ehrgeiz, Frankreich den ſozialen Frieden zu geben.

Die Erklärung kündigt an, daß die Regierung noch heute einen großen Amneſtieentwurf einbringe, der nur Verräter und Fahnenflüchtige ausſchließe und der die Wiedereinſtellung der beim Streik 1920 entlaſſenen Eiſenbahnarbeiter betreiben werde. Das Ermächtigungsgeſetz ſoll unverzüglich aufgehoben werden. Die Regierungserklärung ſtreift die Dezentraliſation der Verwaltung, das Gewerkſchaftsrecht der Beamten, die Wiedereinführung der Arrondiſſementswahlen mit gewiſſen Verbeſſerungen, ferner die endgültige geſetzgeberiſche Vereinigung Elſaß-Lothringens mit dem alten Frankreich und die Aufhebung des Generalkommiſſariats an ſowie eine Bekämpfung der Mißbräuche im ehemaligen Kampfgebiet. Nichtsdeſtoweniger ſoll das franzöſiſche Werk weiter durchgeführt werden.

Die Erklärung verſpricht die Aufrechterhaltung des Achtſtundentages. Die Regierung wünſche die baldige Ratifizierung der Waſhingtoner und Genfer Arbeitskonvention. Sie werde den Frauen-, Kinder- und Mutterſchutz ausdehnen müſſen. Die Produktion ſoll mit allen Mitteln entwickelt werden. Die Staatsinduſtrien ſeien zu moderniſieren, aber nicht zu beſeitigen. Der Wert des franzöſiſchen Kolonialreiches ſoll voll erſchloſſen werden. Die Hauptträger der Produktion, die Arbeiter und Bauern hätten ein Recht auf Schutz im Alter und in Fällen von Arbeitsloſigkeit, Krankheit und Arbeitsunfähigkeit, aber dies ſei nicht möglich ohne eine Entwickelung des Unterrichts, der von dem Einfluß des elterlichen Beſitzes freigemacht werden müſſen. Das ganze Programm der Regierung laſſe ſich ohne eine ſtraffe Finanzgebahrung nicht verwirklichen. Sie werde daher das Gleichgewicht im Budget verlangen. Die Einkommenſteuer ſoll durch ſtrenge Kontrolle zur Grundlage eines wahrhaft demokratiſchen Finanzgebahrung gemacht werden.

Sodann geht die Erklärung auf die

Außenpolitik und die Sicherheiten Frankreichs

ein. Herriot führte aus, daß auf militäriſchem Gebiet eine Herabſetzung der aktiven Dienſtzeit beabſichtigt ſei, die aber ſo ausgeführt werden müſſe, daß Frankreich dadurch in keinem Augenblick geſchwächt werde. Herriot weiſt ausdrücklich jeden Gedanken an Annexionen und Eroberung zurück. Die Regierung werde mit Feſtigkeit die im Friedensvertrag niedergelegten Rechte Frankreichs verteidigen, das Anſpruch auf Reparationen habe und die ſie im Namen der Gerechtigkeit verlange. **Sobald Deutſchland hinſichtlich der Reparationen und der Sicherheit ſein Verhalten mit dem Friedensvertrag in Einklang gebracht habe, werde es ihm völlig freiſtehen, in den Völkerbund einzutreten. Die Regierung ſei**

gegen die Politik der Iſolierung, und der Gewalt,

die zu territorialen Beſetzungen und zu Pfandmaßnahmen führe. Angeſichts der Notwendigkeit, nicht allein Frankreich, ſondern alle Völker gegen eine neue Offenſive des nationaliſtiſchen Alldeutſchtums zu ſchützen, hält die Regierung es

nicht für möglich das Ruhrgebiet zu räumen,

bevor die Pfänder mit wirkſamen Garantien für die Durchführung konſtituiert und den zu ihrer Verwaltung beſtimmten internationalen Organiſationen übergeben ſeien. Die Regierung halte ferner eine gemeinſame Überwachung der Entwaffnung Deutſchlands durch die Alliierten und ſobald wie möglich durch die Kontrolle des Völkerbundes für nötig. Das Sicherheitsproblem ſoll durch Garantiepakte gelöſt werden, die ebenfalls der Kontrolle des Völkerbundes unterſtellt ſeien ſollen. Frankreich werde mit allen Mitteln für einen aufrichtigen und dauerhaften Frieden arbeiten. Seine Regierung werde nach beſten Kräften bei allen Völkern den demokratiſchen Geiſt ermutigen, auf den ſie ſich ſelbſt berufe. Der Völkerbund und alle internationalen Einrichtungen zum Zwecke der Sicherung oder des ſchiedsgerichtlichen Ausgleiches ſollen befeſtigt werden. Die Regierung werde eine **Verſtärkung der Bande zwiſchen Frankreich, ſeinen Alliierten und ſeinen Freunden erſtreben.** Mit ihrer Hilfe ſollen dann Garantien der Sicherheit gewährleiſtet werden, die der Sachverſtändigenbericht vorſieht. Frankreich werde aber gegenüber jenen Deutſchen, die den Revanchegeiſt und den monarchiſtiſchen Geiſt nähren, keinen Schutz kennen. Es wünſche, daß die deutſche Demokratie ſich kräftige, und ſei ſchon jetzt zu Maßnahmen des Wohlwollens bereit. In dieſem Zuſammenhang gibt Herriot die Erklärung über die

Begnadigungsmaßnahmen zugunſten eines Teiles der Gefangenen und Ausgewieſenen.

Der Strafaufſchub, der von den Beſatzungsbehörden gewährt worden iſt, wird in eine endgültige Begnadigungsmaßnahme umgewandelt werden. Auch auf die politiſchen Verurteilten, ausgenommen die wegen Anſchlägen, die gegen die Sicherheit unſerer Truppen verübt worden ſind, wird die Amneſtie angewandt werden. Für die kleinen Beamten und Angeſtellten, die nur auf Anweiſung gehandelt haben, werden die Ausweiſungsbefehle zurückgenommen werden. Gewiſſe ſchwere Fälle werden beſonders geprüft. Beſſer als alle Worte werden dieſe Beſchlüſſe beweiſen, daß, wenn die deutſche Regierung ihrerſeits die für die loyale Durchführung des Sachverſtändigenberichtes erforderlichen Arbeiten beſchleunigt, die franzöſiſche Regierung den Bemühungen in Deutſchland ſich mit Entſchloſſenheit den Weg der Demokratie und des Friedens betritt, entgegenzukommen vermag.

Er kam ſchließlich auf die Beziehungen Frankreichs zu Rußland zu ſprechen und teile mit, daß Frankreich ſchon heute die Wiederaufnahme der normalen Beziehungen zu Rußland vorbereite. Sie ſolle unter den Bedingungen erfolgen, die der Reſpekt vor den Verträgen gebiete. Zuvor müßten aber zur Berückſichtigung der franzöſiſchen Intereſſen gewiſſe Vorſichtsmaßnahmen getroffen und Informationen geſammelt werden, mit deren Einziehung bereits begonnen ſei.

Als erſter Interpellant ſprach der Kommuniſt Cachin. Er erklärte u. a.: Der Sachverſtändigenplan werde ebenſowenig wie alle anderen das Reparationsproblem löſen, und ſeine wahrhaftige Bedeutung beſtehe darin, Deutſchland und hierauf Frankreich unter die Herrſchaft der angelſächſiſchen Plutokratie zu bringen. Danach ſprach Rollin von der republikaniſchen Union, der erklärte: Wenn Herriot nicht nach London gehe, müſſe er an ihn die Frage richten, unter welchen Bedingungen er den Frieden von Verſailles ausführen laſſen wolle. Herriot müſſe klar zum Ausdruck bringen, daß die Regierung nicht auf die Wacht am linken Rheinufer verzichte. Nach dieſer Rede wurde die Sitzung gegen 6 Uhr abends unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte der ehemalige Vorſitzende der Reparationskommiſſion Dubois, man müſſe mit der Reparationskommiſſion die Frage der interalliierten Schulden behandeln, ſonſt werde man Frankreich der Gefahr ausſetzen, den Alliierten eine Milliarde mehr bezahlen zu müſſen, als es von Deutſchland erhalten habe. Hierauf wurde die weitere Debatte auf Donnerstag vertagt.

*

Rückkehr von St. Ré.

Paris, 18. Juni. (T.U.) Auf Grund des vor einigen Tagen zwiſchen der deutſchen und der franzöſiſchen Regierung getroffenen Abkommens ſind geſtern 30 Deutſche, die zu Zwangsarbeit durch das Mainzer Kriegsgericht während der Ruhrunruhen verurteilt worden ſind, in Paris von der Inſel St. Martin de Ré kommend, eingetroffen, um nach rheiniſchen Gefängniſſen weitergeleitet zu werden.

Der Widerhall der Rede in Berlin.

Berlin, 18. Juni. (Drahtmeldung unſerer Berliner Schriftleitung.) Zu der Regierungserklärung Herriots liegen irgendwelche offiziellen oder offiziöſen Äußerungen der Regierung noch nicht vor. Es beſteht aber Grund zu der Annahme, daß die Erklärung Herriots über die teilweiſe Amneſtierung der Ruhrgefangenen in allernächſter Zeit zu diplomatiſchen Schritten der Reichsregierung führen werde. In politiſchen Kreiſen iſt man im übrigen nicht gerade über die Rede entzückt, hält aber die Erklärung über die Räumung des Ruhrgebietes, ſobald das Sachverſtändigengutachten unter Dach und Fach gebracht ſei, für einen Fortſchritt gegenüber der Politik Poincarés. Im übrigen iſt bei der Beurteilung der Rede nicht zu vergeſſen, daß Herriot bei ſeiner Rede einige Rückſicht auf die Rechte nehmen mußte. Andererſeits hat die Erklärung auch keine Enttäuſchung bereitet, da man im weſentlichen den Standpunkt Herriots kannte.

Letzte Meldungen.

Vor den Londoner Beſprechungen.

Paris, 18. Juni. (Radiopreſſedienſt.) Der engliſche Delegierte im Völkerbund, Lord Parmoor, trifft heute vormittag in Paris ein. Er wird heute eine Unterredung mit Herriot haben. Die Unterredung Herriots mit dem belgiſchen Miniſter für Auswärtige Angelegenheiten, Hymans, findet um ½12 Uhr ſtatt. Der „Petit Pariſien“ ſchreibt darüber, auf dieſe Weiſe werde die belgiſche Regierung über die Gedanken unterrichtet, die Herriot Macdonald zu unterbreiten gedenke.

London, 18. Juni. (Radiopreſſedienſt.) Der Brüſſeler Berichterſtatter der „Times“ meldet: In belgiſchen Miniſterkreiſen herrſche der Eindruck, daß eine Einigung zwiſchen den Alliierten der Reparationsfrage ziemlich leicht hergeſtellt werden könne. Man ſei jedoch der Anſicht, daß die Löſung des Sicherheitsproplems ſchwieriger ſein werde.

London, 18. Juni. (Radiopreſſedienſt.) Der diplomatiſche Vertreter des „Daily Telegraph“ ſchreibt: Wenn Herriot, wie es in franzöſiſchen Kreiſen heiße, die Abſicht haben ſollte, die britiſche Regierung, um die Zuſage zu bitten, daß Großbritannien im Falle eines neuen Verzuges ſeitens Deutſchlands, Bezahlung der Frankreich von Deutſchland geſchuldeten Summe zu erzwingen oder jedenfalls ſicherzuſtellen, ſo werde die franzöſiſche Regierung verſuchen, an Stelle eines Pfandes oder militäriſcher Sanktionen eine Art finanzielle Garantie zu ſetzen. Dies werde einen wichtigen Punkt aufwerfen und es werde ſchwierig ſein, davon das Problem der Kriegsſchulden loszutrennen, das vorläufig beiſeite geſtellt worden ſei.

Erhöhung der unteren Beamtengehälter?

Berlin, 18. Juni . (T.U.) Wie wir erfahren, wird ſich das Reichskabinett in ſeiner heutigen Sitzung mit der kürzlich erfolgten Erhöhung der Beamtengehälter, die am 1. 6. erfolgte, befaſſen. Die Neuregelung wird bekanntlich von den Organiſationen ſcharf bekämpft, da nach ihrer Auffaſſung die Gehälter der unteren Beamtengruppen nicht genügend erhöht worden ſind. Wie es heißt, beabſichtigt die Reichsregierung, die Grundgehälter der Beſoldungsgruppen 1—6 einer Erhöhung zu unterziehen, Beſchlüſſe darüber ſind aber noch nicht gefaßt worden.

Schweres Straßenbahnunglück.

Iſerlohn, 18. Juni. Durch Verſagen der Bremſe rannte geſtern ein Wagen der Straßenbahn gegen die Schlieperſche Kettenfabrik. Der Wagen wurde vollſtändig zertrümmert. Bisher wurden 15 Tote geborgen und 30 Schwerverletzte feſtgeſtellt.